

SPARTACIST



NUMMER 34

DEUTSCHSPRACHIGE AUSGABE

DEZEMBER 2023

3€

**DER NIEDERGANG DER
US-HEGEMONIE**

&

**DER KAMPF UM
DIE ARBEITERMACHT**

**EIN PROGRAMM FÜR DIE
VIERTE INTERNATIONALE**

Dokumente der
VIII. Konferenz der
Internationalen
Kommunistischen Liga

Inhalt

Zu dieser Ausgabe:

VIII. Internationale Konferenz der IKL 2

Der Niedergang der US-Hegemonie
und der Kampf um die Arbeitermacht 3

Was ist revolutionäre Führung? 6

Der postsowjetische Revisionismus der IKL 7

Warum die IKL zusammenbrach
und wie wir sie wiederschmiedeten 15

Grüße von Bolschewik-Leninist in Australien 17

Zur Verteidigung des II. und
IV. Weltkongresses der Komintern 61

Ein revolutionärer Weg zur
Befreiung der Palästinenser 66

Permanente Revolution
und Frauenbefreiung 68

Puerto Rico:
Für Unabhängigkeit und Sozialismus! 70

Malvinas/Falklands-Krieg:
Der Hauptfeind war der Imperialismus 71

Zur Verteidigung der permanenten Revolution
Für kommunistische Führung des
antiimperialistischen Kampfes! 76

Deutschsprachige Ausgabe

SPARTACIST

Ein Organ des revolutionären Marxismus

Herausgegeben vom Internationalen Exekutivkomitee der
Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Philipp Perlstein (verantwortlich), Renate Müller
(herausgebend), Nadja Dostal, Doris Kohn, Daniel Müntzer,
G. Perrault, Herminio Sanchez

PRODUKTION: François Donau, Rita Tucović

VERTRIEB: Barbara Köhler

SPARTACIST PUBLISHING COMPANY

Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

Telefon: +1(212) 732-7862 · spartacist@spartacist.org

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der
Auffassung der Redaktion. Die Artikel dieser Ausgabe erschienen
zuerst im englischsprachigen Spartacist Nr. 68, September 2023,
außer der Erklärung zu Gaza vom 10. Oktober.

Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg

Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Dezember 2023.

Nummer 34

DEZEMBER 2023

Zu dieser Ausgabe

Achte internationale Konferenz der IKL

Krisen erschüttern die Welt, während die Hegemonie der USA in die Brüche geht. Das Schicksal des Weltproletariats schreit nach einer revolutionären Führung, aber die Arbeiterbewegung steht entwaffnet und desorientiert da.

In diesem Kontext hielt die Internationale Kommunistische Liga in diesem Sommer ihre VIII. Internationale Konferenz ab, der diese Ausgabe des *Spartacist* gewidmet ist. Das Dokument, das wir als unser neues Programm annahmen, „Der Niedergang der US-Hegemonie und der Kampf um die Arbeitermacht – ein Programm für die Vierte Internationale“ (Seite 3), gibt eine Antwort auf die wichtigsten politischen Probleme, die die Linke und die Arbeiterbewegung in den letzten 30 Jahren geplagt haben, liefert eine marxistische Analyse der postsowjetischen Periode und zeigt einen revolutionären Weg für proletarische Kämpfe heute auf.

Der Triumph des US-Imperialismus nach dem Zusammenbruch der UdSSR eröffnete eine neue Ära, in der der Liberalismus zur vorherrschenden politischen Ideologie wurde. Während der postsowjetischen Periode liefen Arbeiterbewegung und sozialistische Linke den liberalen Bewegungen und Politikern hinterher, deren Führung nur Niederlagen und Demoralisierung hervorbrachte und die rechte Reaktion anheizte.

Das Hauptargument dieses Dokuments ist, dass die Aufgabe der Revolutionäre in den letzten 30 Jahren *und heute* darin besteht, die Arbeiterbewegung von allen Varianten der liberalen Kräfte und ihrer zentristischen Versöhnler *wegzubrechen*. Das ist keine neue Erfindung, sondern die zentrale Lehre des Leninismus, angepasst an die heutige Realität.

Durch das Dokument (und die Konferenz) zieht sich als wichtiger Leitfaden die Notwendigkeit der marxistischen Methode: Die Intervention der Kommunisten muss auf einem materialistischen Verständnis der Weltlage und der Hindernisse basieren, die dem Kampf für den Sozialismus im Wege stehen. Ohne dies ist es unmöglich, die Frage richtig zu beantworten: „Was tun?“

* * *

In der Epoche des Imperialismus ist eine revolutionäre Strategie für die Länder des Globalen Südens unerlässlich.

Fortgesetzt auf Seite 14



Der Niedergang der US-Hegemonie

und der Kampf um die Arbeitermacht



Al Jazeera/ZUMA (oben), Osan/AP (unten)

Oben: Chaotischer US-Abzug aus Afghanistan, August 2021. Unten: Maruti-Suzuki-Autoarbeiter streiken in Manesar, Indien, Oktober 2011

Ein Programm für die Vierte Internationale

EINLEITUNG

Das nachfolgende Dokument wurde von der VIII. Internationalen Konferenz der IKL angenommen.

Gemessen an der Weltgeschichte waren die 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in jeder Hinsicht Jahre relativer Stabilität. Zwar gab es auch in dieser Zeit Krisen und blutige Konflikte, doch waren sie eher die Ausnahme als die Regel und hatten nicht das Ausmaß der Umwälzungen des 20. Jahrhunderts. Bewaffnete Konflik-

te waren von geringerer Intensität, der Lebensstandard von Millionen Menschen verbesserte sich, und in vielen Teilen der Welt fand eine soziale Liberalisierung statt. Wie war dies nach der Zerstörung der UdSSR, einer katastrophalen Niederlage für die internationale Arbeiterklasse, möglich?

Die imperialistische herrschende Klasse und ihre Speichellecker verkündeten, dass diese Entwicklungen eindeutig die Überlegenheit des liberalen US-Kapitalismus über den Kommunismus bewiesen. Was war die Antwort derjenigen, die den Mantel des Marxismus für sich beanspruchten? Die

Kommunistische Partei Chinas (KPCh) wurde zum Bannerträger der wirtschaftlichen Globalisierung, sie ging auf Schmusekurs mit der Welthandelsorganisation (WTO) und degradierte den Sozialismus auf rein zeremonielle Zwecke. Viele Pro-Moskau-Stalinsten haben sich einfach aufgelöst. Was die trotzkistischen Gruppierungen betrifft, so liefen sie liberalen Bewegungen gegen Krieg, Austerität und Rassismus hinterher und waren nicht in der Lage, die Notwendigkeit einer revolutionären Partei zu begründen. Während einige „Marxisten“ weiterhin den Sozialismus für die Zukunft predigten, baute niemand eine revolutionäre Opposition zum liberalen Triumphalismus auf.

Heute ist dem Liberalismus der Wind aus den Segeln genommen. Die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine markieren einen Wendepunkt in der Weltlage. Die Krise wird zur Regel und die Stabilität zur Ausnahme. Da die Hegemonie der USA bedroht ist und alle stabilitätsfördernden Faktoren schwinden, haben nur sehr wenige die Illusion, dass die vor ihnen liegende Periode ruhig verlaufen wird. Der Liberalismus hat zwar immer noch seine Verteidiger – nicht zuletzt in der Arbeiterbewegung –, aber sie sind nicht mehr zuversichtlich und in der Offensive, sondern hysterisch und reaktiv, da sie spüren, wie ihnen der Boden unter den Füßen wegbricht. Der Liberalismus sieht sich jetzt echten Herausforderern gegenüber, vom Rechts- und Linkspopulismus über den Islamismus und den Hindu-Nationalismus bis hin zum chinesischen Stalinismus. Die Liberalen selbst zerfleischen sich gegenseitig über Kriterien für politische Korrektheit und Identitätspolitik. Doch während sich die Wolken verdichten und der US-Imperialismus und seine Verbündeten versuchen, die Initiative wiederzuerlangen, bleibt die Avantgarde des Proletariats desorganisiert und desorientiert.

Der Kampf für den Bruch der Arbeiterbewegung vom Opportunismus, der von Lenin begonnen und von Trotzki fortgesetzt wurde, muss wieder aufgenommen und auf die Aufgaben und die Dynamik der heutigen Welt angewandt werden. Die VIII. Internationale Konferenz der IKL und dieses Dokument streben an, eine Grundlage für diesen Kampf zu geben, indem sie eine Kritik der postsowjetischen Periode des liberalen Triumphalismus vorlegen und einige grundlegende Elemente der Analyse und des Programms für die heutige neue Ära skizzieren, die durch den Niedergang der US-Hegemonie gekennzeichnet ist. Da die Arbeiterklasse der Welt mit Katastrophen und Konflikten konfrontiert ist, besteht mehr denn je die dringende Notwendigkeit einer revolutionären internationalen Avantgardepartei, die fähig ist, die Arbeiterklasse zur Macht zu führen.

I. URSPRÜNGE DER UNIPOLAREN WELT

Die Vereinigten Staaten gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als unangefochtene Führer der kapitalistischen Welt hervor. Ihre Binnenwirtschaft erwirtschaftete 50 Prozent des globalen BIP. Sie besaßen 80 Prozent der weltweiten Hartwährungsreserven, hatten das stärkste Militär und waren der größte Gläubiger der Welt. Sie nutzten diese Vormachtstellung, um die internationale Ordnung neu zu gestalten. Im Rahmen des Bretton-Woods-Systems wurde der US-Dollar als globale Reservewährung eingeführt und es wurden eine ganze Reihe von Institutionen gegründet (UNO, IWF, Weltbank, NATO),

um die Vorherrschaft der USA zu festigen und die Grundlage für eine liberal-kapitalistische Weltordnung zu schaffen.

Trotz der überwältigenden Wirtschaftsmacht der USA stellte die UdSSR ein wichtiges Gegengewicht dar. Die Rote Armee war eine gewaltige Macht und ihre Kontrolle erstreckte sich über ganz Osteuropa. Trotz der Versuche Stalins, ein dauerhaftes Abkommen mit dem US-Imperialismus zu erzielen, war keine Einigung möglich. Allein schon die Existenz und Stärke der Sowjetunion stellte eine Herausforderung für die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitalismus dar. Weltweit waren die antikolonialen Kämpfe in vollem Gange und antiimperialistische Kräfte suchten politische und militärische Unterstützung von der UdSSR. Die siegreiche Chinesische Revolution von 1949 erhöhte das Gewicht der nicht-kapitalistischen Welt noch weiter und löste in den USA Hysterie und Panik aus. Die Welt war effektiv in zwei konkurrierende Einflusssphären aufgeteilt, die zwei rivalisierende Gesellschaftssysteme repräsentierten.

Während die anderen imperialistischen Mächte sich wieder aufbauten und die USA sich in ein antikommunistisches Militärabenteuer nach dem anderen stürzten, zeigten sich die ersten deutlichen Anzeichen einer Überdehnung. Die Niederlage der USA in Vietnam war ein Wendepunkt, der eine Periode wirtschaftlicher und politischer Unruhen im In- und Ausland einleitete. Anfang der 1970er-Jahre gab es gute Gründe für die Annahme, dass das so genannte „amerikanische Jahrhundert“ vorzeitig zu Ende gehen würde. Aber die revolutionären Möglichkeiten der späten 60er- und frühen 70er-Jahre – Frankreich (1968), die Tschechoslowakei (1968), Québec (1972), Chile (1970-73), Portugal (1974/75), Spanien (1975/76) – endeten alle in einer Niederlage. Indem die opportunistische Führung der Arbeiterklasse für diese Niederlagen sorgte, verschaffte sie dem Imperialismus den nötigen Spielraum, um sich zu stabilisieren. Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre ging er wieder in die Offensive und läutete damit die neoliberale Ära der Privatisierung und wirtschaftlichen Liberalisierung ein. 1981 versetzte Reagan der amerikanischen Arbeiterklasse eine entscheidende Niederlage, als er den Streik der Fluglotsengewerkschaft PATCO niederschlug. Es folgten weitere Niederlagen für die internationale Arbeiterklasse, vor allem die der britischen Bergarbeiter im Jahr 1985. In dieser Zeit wurde immer mehr Druck auf die UdSSR



Globe Photos

Gipfel der US-geführten antikommunistischen NATO-Allianz 1957 in Paris



Brauchli/Reuters



Reinstein/Corbis

Ganz links: Fall der Berliner Mauer, November 1989. Links: Nach Golfkriegsgemetzelt verkündet US-Präsident Bush Sr. „Neue Weltordnung“ unter unangefochener Hegemonie der USA, März 1991

ausgeübt, der Kalte Krieg wurde auf neue Höhen getrieben und die USA nutzten die chinesisch-sowjetische Spaltung durch ihr antisowjetisches Bündnis mit China aus.

Ende der 80er-Jahre befanden sich die UdSSR und der Ostblock in großer wirtschaftlicher und politischer Bedrängnis. Der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan und der konterrevolutionäre Sieg von Solidarność in Polen demoralisierten die herrschende Bürokratie in Moskau zusätzlich. Nachdem Moskau die DDR verraten und der deutschen Wiedervereinigung zugestimmt hatte, dauerte es nicht lange, bis die Bürokratie die Sowjetunion selbst verriet. Der Druck des Weltimperialismus in Verbindung mit der Demoralisierung der Arbeiterklasse durch jahrzehntelangen stalinistischen Verrat führte zur endgültigen Liquidierung der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Mit dem Jahr 1991 hatte sich das internationale Gleichgewicht der Klassenkräfte entscheidend zu Gunsten des Imperialismus und zu Lasten der Arbeiterklasse und der Unterdrückten der Welt verschoben.

II. REAKTIONÄRER CHARAKTER DER POSTSOWJETISCHEN PERIODE

Ultraimperialismus made in the USA

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die Weltordnung nicht mehr durch den Konflikt zweier Gesellschaftssysteme bestimmt, sondern durch die Hegemonie der Vereinigten Staaten. Es gab kein Land und keine Ländergruppe, die es mit den USA aufnehmen konnten. Ihr BIP war fast doppelt so hoch wie das ihres nächsten Rivalen Japan. Sie kontrollierten den globalen Kapitalfluss. Militärisch konnte keine Macht auch nur annähernd mithalten. Das amerikanische Modell der liberalen Demokratie wurde zum Gipfel des Fortschritts erklärt, dem sich alle Länder annähern sollten.

In vielerlei Hinsicht ähnelte die entstandene Ordnung dem „Ultraimperialismus“, einem System, in dem sich die Großmächte darauf einigen, die Welt gemeinsam auszuplündern. Dies geschah nicht durch die friedliche Entwicklung des Finanzkapitals, wie von Karl Kautsky prognostiziert, sondern durch die Vorherrschaft einer einzigen Macht, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Asche des europäischen und japa-

nischen Imperialismus errichtet worden war. Die USA bauten diese Imperien aus ihren Überresten wieder auf und vereinigten sie während des Kalten Krieges in einem antikommunistischen Bündnis. Als der Kalte Krieg zu Ende ging, wurde diese imperialistische Einheitsfront nicht aufgelöst, sondern in vielerlei Hinsicht gestärkt. So führte beispielsweise die deutsche Wiedervereinigung nicht, wie von vielen befürchtet, zu einer Verschärfung der Spannungen in Europa, sondern wurde mit dem Segen der USA und der NATO vollzogen.

Die außergewöhnliche Stabilität der postsowjetischen Periode lässt sich durch die überwältigenden Vorteile der USA gegenüber ihren Konkurrenten in Verbindung mit der Öffnung großer Teile zuvor unerschlossener Märkte für das Finanzkapital erklären. 1989 lebte ein Drittel der Weltbevölkerung in nicht-kapitalistischen Ländern. Die Welle der Konterrevolution, die in jenem Jahr begann, führte zur vollständigen Zerstörung vieler Arbeiterstaaten oder – wie im Falle Chinas zur Öffnung für das imperialistische Kapital, während die Grundlagen einer kollektivierten Wirtschaft erhalten blieben. Diese Entwicklungen verhalfen dem Imperialismus zu neuem Schwung. Anstatt sich gegenseitig im Kampf um Marktanteile zu zerfleischen, arbeiteten Deutschland, Frankreich, Britannien und die USA zusammen, um Osteuropa in den politischen und wirtschaftlichen Schoß des Westens zu holen. Die Europäische Union (EU) und die NATO wurden nacheinander bis an die Grenzen Russlands erweitert. In Asien gab es eine analoge Situation: Die USA und Japan arbeiteten zusammen, um die wirtschaftliche Liberalisierung in China und den übrigen ost- und südostasiatischen Ländern zu fördern und auszunutzen.

Die Einheitsfront der Großmächte ließ dem Rest der Welt kaum eine andere Wahl, als sich dem politischen und wirtschaftlichen Diktat der USA zu beugen. In einem Land nach dem anderen schrieben der IWF und die Weltbank die Regeln nach den Interessen des US-Finanzkapitals um. Dieser „Neoliberalismus“ war bereits in den 80er-Jahren in vollem Gange, aber die Zerstörung der Sowjetunion gab ihm neuen Auftrieb. Die wenigen Länder, die sich weigerten oder daran gehindert wurden, dem von den USA vorgezeichneten Weg zu folgen (Iran, Venezuela, Nordkorea, Kuba, Irak, Afghanistan), stellten keine nennenswerte Bedrohung für die globale Ordnung dar.

Fortgesetzt auf Seite 25

Was ist revolutionäre Führung?

Das folgende Dokument wurde von der VIII. Internationalen Konferenz der IKL angenommen.

Große Zeiten des Klassenkampfes schweißen die Arbeiterbewegung im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalistenklasse zusammen. Phasen der Reaktion haben den gegenteiligen Effekt und verschärfen die Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse entlang der Linien von Nationalität, Rasse, Geschlecht und Beruf. Diese Zyklen von Vereinigung und Spaltung spiegeln sich in den politisch fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterbewegung wider, in den Parteien und Organisationen, die den Anspruch erheben, für die sozialistische Revolution zu kämpfen. In der langen Periode der postsozialistischen Reaktion ist die marxistische Linke immer mehr in kleinere und noch kleinere Gruppen zersplittert, die entlang dogmatischer und cliquistischer Positionen gespalten sind. Da so viele Gruppen die Rolle der revolutionären Führung beanspruchen, stellt sich die Frage: Was ist revolutionäre Führung? Angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes in der sich wandelnden Weltlage ist eine korrekte Herangehensweise an diese Frage unerlässlich, um die Bilanz der Organisationen, die behaupten, für Revolution zu kämpfen, kritisch zu prüfen und die Grundlage für die Vereinigung der revolutionären Avantgarde auf internationaler Ebene zu schaffen.

Die Frage der revolutionären Führung wird fast immer zu kompliziert gemacht. Und in dieser grundlegenden Frage des Marxismus – wie in den meisten anderen – gibt es keine bessere Antwort als die einfache und klare Erklärung im *Kommunistischen Manifest*:

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Die kommunistische Führung des Klassenkampfes muss auf einem wissenschaftlichen Verständnis der Klassenbeziehungen basieren, von der internationalen Gesamtsituation bis hin zu den konkreten Bedingungen in den einzelnen Betrieben. Sie definiert sich nicht durch die Reinheit des Herzens, durch abstrakte Lehren oder durch die Proklamation der Notwendigkeit der „Diktatur des Proletariats“, sondern durch die Fähigkeit, den Aktionsplan aufzuzeigen, der den objektiven Interessen der gesamten Arbeiterbewegung am

besten entspricht. Es ist notwendig, sich vom Endziel leiten zu lassen: dem Sturz des Kapitalismus und der Errichtung einer internationalen sozialistischen Ordnung. Aber dieses Ziel wird nur in dem Maße erreicht, in dem man es in der lebendigen Realität einer bestimmten Zeit und eines bestimmten Ortes verankert und die Haupthindernisse, die diesem Ziel im Wege stehen, nicht umgeht, sondern konfrontiert.

Ausgehend von diesem Verständnis ist der einzige Weg, den revolutionären Charakter einer Partei oder Gruppierung wirklich zu bewerten, ein Urteil darüber, ob sie im Laufe der Ereignisse für die Interessen der Bewegung als Ganzes kämpft oder ob diese zugunsten der Interessen anderer Klassenkräfte oder der engen Interessen isolierter Teile der Arbeiterbewegung geopfert werden. Bei jeder Drehung und Wendung des Klassenkampfes wird die Partei in ihrer Fähigkeit, die Arbeiterklasse zu führen, auf die Probe gestellt. In *Die Lehren des Oktober* (1924) beschreibt Trotzki die inneren Abläufe dieses Prozesses:

„Die revolutionäre Partei befindet sich unter dem Drucke fremder politischer Kräfte. In jeder Periode ihrer Entwicklung arbeitet sie neue Mittel heraus, um diesen Kräften widerstehen und sie abwehren zu können. Bei einer taktischen Schwankung und den damit verbundenen inneren Umgruppierungen und Streitigkeiten wird die Widerstandskraft der Partei geschwächt. Hieraus erwächst die Möglichkeit dessen, dass die inneren Gruppierungen in der Partei, die aus der Notwendigkeit einer taktischen Schwankung erwachsen sind, weit über ihre Ausgangspunkte hinauswachsen und für verschiedene Klassentendenzen als Stützpunkt dienen können. Einfacher gesagt: Eine Partei, die mit den historischen Aufgaben ihrer Klasse nicht Schritt hält, wird zu einem indirekten Werkzeug anderer Klassen oder läuft wenigstens Gefahr, es zu werden.“

Große Weltereignisse – wie Kriege, Revolutionen ... oder eine Pandemie – verschärfen den Druck anderer Klassen auf die Avantgarde und lassen den wahren Charakter einer Partei im klarsten Licht hervortreten.

Krisenzeiten sind zwar der beste Test für eine revolutionäre Partei, aber das Ergebnis wird durch ihren Kurs in der vorangegangenen Periode vorbereitet. Revolutionäre Parteien entstehen nicht aus dem Nichts am Vorabend eines Krieges oder einer Revolution, sie werden in einem kontinuierlichen Prozess durch die Höhen und Tiefen des Klassenkampfes gestählt. Nur ein richtiges Vorgehen in Zeiten der Reaktion kann die Grundlage für den Erfolg bei Ausbrüchen revolutionärer Kämpfe schaffen.

Einfach gesagt, eine revolutionäre Partei ist eine Partei, die die Arbeiterklasse durch die Ereignisse führen kann, in einer Art und Weise, die ihre Emanzipation voranbringt. An diesem Maßstab müssen wir den Kurs der IKL und den jeder anderen Gruppierung oder Partei messen, die den Anspruch erhebt, revolutionäre Führung zu bieten. ■



Der postsowjetische Revisionismus der IKL

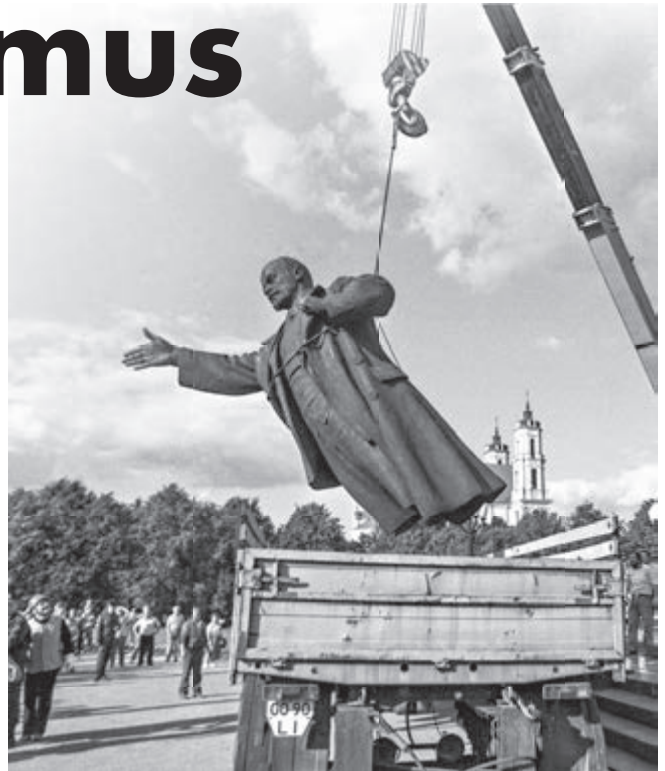
Das nachfolgende Dokument wurde von der VIII. Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga angenommen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete eine grundlegende Veränderung der Weltlage. Da die Existenz der Sowjetunion die Politik der Linken fast 75 Jahre lang bestimmt hatte, erforderte ihre Zerstörung eine gründliche Neubewertung der Weltlage und der Aufgaben von Kommunisten. In den Jahren nach dieser Katastrophe führte die IKL zahlreiche Diskussionen und veröffentlichte wesentliche Dokumente mit diesem erklärten Ziel – das Dokument der internationalen Konferenz von 1992, das Dokument der SL/U.S.-Konferenz von 1994, das IEK-Memorandum von 1996 und die „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms“ von 1998. Diese Dokumente sind konsistent in ihrer Analyse der Weltereignisse und bezüglich der Aufgaben, die sie für die Partei darlegten. Sie sind jedoch weit davon entfernt, eine Verteidigung des Marxismus in den ersten Jahren der postsowjetischen Ära zu sein, sondern sie sind von Grund auf revisionistisch. Die der Partei gestellten Aufgaben schwanken zwischen einem rein liberalen Minimalprogramm und einem Maximalprogramm, das darin besteht, abstrakte marxistische Formeln für die Zukunft zu bewahren. Die Dokumente leugnen alle – manchmal explizit, meist aber implizit –, dass das kommunistische Programm in den Kämpfen der gegenwärtigen Periode irgendeine entscheidende Rolle zu spielen hat.

Die Weltlage

Der Marxismus kann die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen leiten, weil er sich auf ein wissenschaftliches Verständnis ihrer Klasseninteressen gründet – sowohl der unmittelbaren als auch der historischen. Eine Partei, die behauptet, marxistisch zu sein, aber keine korrekte politische und wirtschaftliche Einschätzung der gegenwärtigen Periode hat, kann die Arbeiterklasse nicht in Übereinstimmung mit ihren Klasseninteressen führen. Losgelöst von einer materialistischen Grundlage werden die Aufgaben, die sie sich selbst und dem Proletariat stellt, zwangsläufig die Interessen anderer Klassen widerspiegeln.

Das Verständnis der IKL von der postsowjetischen Epoche war in praktisch allen Punkten falsch, angefangen bei der Art und Weise, wie sie die internationale Situation beschrieb. Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete



Paulius Lileikis

23. August 1991: Abriss von Lenin-Statue in litauischer Hauptstadt Vilnius während der Konterrevolution, die sich in der gesamten UdSSR ausbreitete

den Triumph des US-Imperialismus und eröffnete eine Periode relativer geopolitischer Stabilität, in der die imperialistischen Mächte unter dem Schirm der amerikanischen Hegemonie gemeinsam die Welt ausplünderten. Für die IKL galt hingegen:

„Das Ende des Kalten Kriegs wird kein neues ‚amerikanisches Jahrhundert‘ bringen, sondern eine Verschärfung der imperialistischen Rivalitäten. Das globale System des ‚freien Handels‘ – der wirtschaftliche Zement, der das US-dominierte antisowjetische Bündnis zusammenhielt – zerbröckelt, da die kapitalistischen Großmächte versuchen, die Welt in regionale Handelsblöcke neu aufzuteilen.“

– „Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!“,
Spartacist (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 15,
Frühjahr 1993

Diese Analyse, die in völligem Widerspruch zu den tatsächlichen Ereignissen in der Welt stand, wurde von der IKL während dieses Zeitraums durchgehend aufrechterhalten, einschließlich in ihrer Grundsatzerklärung:

„Aber die nicht mehr durch die antisowjetische Einheit im Zaum gehaltenen rivalisierenden imperialistischen Mächte, vor allem Deutschland und Japan, verfolgen zusehends ihre Gelüste nach Kontrolle über die Weltmärkte, indem sie gleichzeitig ihre militärische Macht ins Spiel bringen. In den heutigen Konflikten zwischen rivalisierenden regionalen Handelsblöcken zeichnen sich immer schärfer die Konturen zukünftiger Kriege ab.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 20,
Sommer 1998

Diese völlig falsche Analyse hat ihren Ursprung nicht in einem Mangel an verfügbaren Fakten oder der Komplexität der politischen Dynamik jener Zeit, sondern in der Art und Weise, wie die IKL ihre Aufgaben konzipierte. Nirgendwo in den Hunderten von Seiten, auf denen die Aufgaben der IKL dargelegt werden, wird aufgezeigt, dass das marxistische Programm die wesentlichen Antworten auf die politische und wirtschaftliche Situation liefert, mit der die Arbeiterklasse in der postsowjetischen Periode konfrontiert ist. Ob Streikwellen in Frankreich, die Situation in Deutschland nach der Konterrevolution oder der Bauernaufstand in Chiapas in Mexiko, unsere Darstellung der Ereignisse führte nicht zu der Schlussfolgerung, dass trotzkistische Führung entscheidend ist. Wir haben diese Tatsache zwar behauptet, aber solche Behauptungen wurden lediglich auf die Ereignisse aufgefropft, anstatt sich aus der Darstellung der Kämpfe selbst zu ergeben, in denen der Konflikt zwischen den Klasseninteressen des Proletariats und dem Programm seiner Führung auf Schritt und Tritt deutlich wurde. Die IKL antwortete vielmehr auf die Welle des liberalen Triumphalismus und den Defätismus der Linken, indem sie verkündete: „Der Kommunismus lebt in den Kämpfen der Werktätigen und im Programm seiner revolutionären Avantgarde.“ Von einem wissenschaftlichen Programm, das die Arbeiterklasse auf dem Weg zur Macht führen soll, wurde der Marxismus in idealistischen Geist der Rebellion verwandelt.

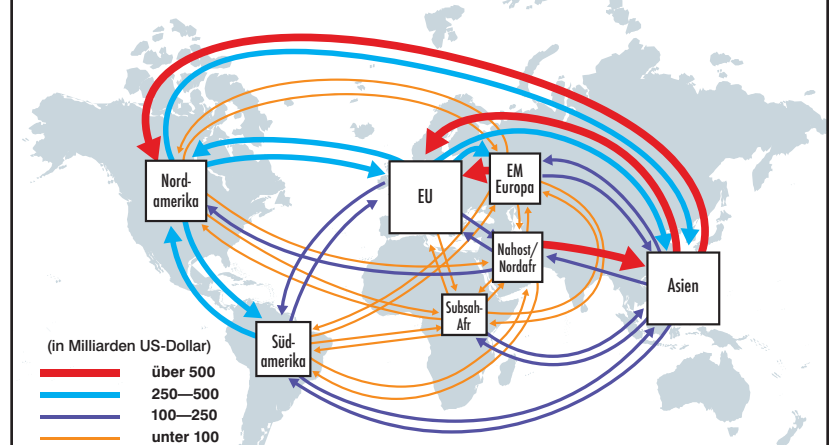
Von diesem Ausgangspunkt aus übergang die Analyse der Weltlage durch die IKL notwendigerweise die Widersprüche der postsowjetischen Periode zugunsten von Impressionismus und liberaler Entlarvung, wie im Konferenzdokument von 1992:

„In Lateinamerika, das imperialistische Schulden von 450 Milliarden US-Dollar am Hals hat (mehr als 1000 US-Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind); wo offiziell 183 Millionen Menschen in schrecklicher Armut leben; wo die gesundheitlichen und hygienischen Verhältnisse so schlimm sind, dass Cholera, eine Krankheit, die zur Jahrhundertwende fast vollständig ausgerottet war, 400 000 Menschen befallen und in den letzten anderthalb Jahren 20 000 getötet hat; auf einem Kontinent, wo 20 Millionen obdachlose Kinder leben, in einer ‚Dritten Welt‘, wo *jeden Tag* 40 000 Kinder an Hunger sterben, und in einer Welt, wo etwa 10 Millionen Menschen mit dem tödlichen AIDS-Virus infiziert sind – hier schreien die Verhältnisse nach einer sozialistischen Revolution.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 15, Frühjahr 1993

Die Lebensbedingungen im Kapitalismus sind sicherlich brutal, aber die Darstellung dieser Bedingungen ist keine ausreichende Grundlage, um die Notwendigkeit einer sozialen Revolution zu begründen. Empirische Daten, die das menschliche Elend zeigen, können durch empirische Daten gekontert werden, die den sozialen Fortschritt zeigen – insbesondere in den 1990er- und 2000er-Jahren. Der Unterschied zwischen einem UNICEF-Flugblatt und einem kommunistischen Programm besteht darin, dass Ersteres Fakten präsentiert, die liberale Empörung hervorrufen, während Letzteres die Klassendynamik des Weltgeschehens erklärt,

Globale Handelsströme 2012



Spartacist-Grafik, Quelle: Barclays-Untersuchung/IMF DOTS

Jeder handelt mit jedem. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR brach der freie Handel keineswegs durch imperialistische Rivalitäten zusammen, sondern weitete sich aus

um die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zum Sturz des Imperialismus anzuleiten. Da die Methode und das Ziel des Programms der IKL dem UNICEF-Flugblatt näherstanden als dem kommunistischen Programm, brach ihre Analyse der Welt einfach die herrschende Ideologie durch ein marxoides Prisma. Das Ergebnis war ein Verständnis der Welt völlig losgelöst von der Realität und eine Kapitulation vor dem Liberalismus.

Der Liberalismus als Papiertiger

Der Sieg des US-Imperialismus über die Sowjetunion äußerte sich ideologisch in Form eines liberalen Triumphalismus. Der Liberalismus wurde zur vorherrschenden Ideologie in der ganzen Welt und übte einen enormen Druck auf die Arbeiterbewegung aus. Die IKL erkannte die Bedrohung durch den liberalen Triumphalismus, aber nur um sie bereits 1992 als unbedeutend abzutun:

„Ein Maßstab für den Rausch der Imperialisten über ihre *anscheinende* [!] Macht war der 1989 veröffentlichte Artikel ‚Das Ende der Geschichte‘ des State-Department-Ideologen Francis Fukuyama. Unter lauter Verkündungen, der kapitalistische Westen habe im Kalten Krieg den ‚Sieg‘ errungen, argumentierte er, dass die ‚liberale Demokratie‘ den ‚Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit‘ und die ‚endgültige Form der menschlichen Regierung‘ darstelle. Dieses alberne ‚bürgerlich-demokratische‘ Siegesgeschrei *hat sich seitdem größtenteils verflüchtigt*.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 15, Frühjahr 1993 (Hervorhebung hinzugefügt)

Die IKL stellte stattdessen die Welt so dar, als ob sie von der rechten Reaktion definiert wäre:

„Diese welthistorische Niederlage des Proletariats hat zu einer Verschärfung und zu einem Wiederaufflammen der imperialistischen Rivalität, zu nationalistischen Blutbädern, zu allseitigen Angriffen auf die Arbeiterklasse, zu einem Wiederaufleben faschistischer politischer Bewegungen, zu einwanderungsfeindlicher Hysterie, zu Angriffen auf die Rechte der Frauen und zu einem starken Anstieg von reaktionärem Obskurantismus geführt.“

– SL/U.S.-Konferenzdokument von 1994, *Spartacist* (englischsprachige Ausgabe) Nr. 51, Herbst 1994

Daraus und aus allem anderen, was in dieser Zeit von unserer Tendenz geschrieben wurde, würde man darauf schließen,

dass das Haupthindernis, mit dem wir in der Arbeiterbewegung konfrontiert waren, die chauvinistische Reaktion war, ähnlich wie im Europa der 1930er-Jahre. Daraus ergibt sich, dass die IKL ihre Aufgabe darin sah, Reaktion und Rückständigkeit zu bekämpfen, und sich in dieser Hinsicht als völlig einzigartig darstellte.

„Unsere Betonung des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frauen ..., die Verteidigung von Immigranten, unser Kampf gegen Antihomosexualität und Antisemitismus sind einzigartige Eigenschaften der IKL, die sie in der heutigen Welt definieren.“

– „Memorandum zu Perspektiven und Aufgaben für die IEK-Diskussion“, 21. Januar 1996

Dies war, gelinde gesagt, verwirrend.

Indem wir die Welt als ein dunkles Zeitalter chauvinistischer Reaktion darstellten, in dem nur die IKL die demokratischen Rechte verteidigt, konnten wir die grundlegendsten liberalen Forderungen als inhärent revolutionär darstellen:

„Gegen Nationalismus, Chauvinismus und religiösen Fundamentalismus kämpfen wir für das Recht auf anständige Gesundheitsversorgung und qualifizierte Ausbildung, für kostenlose und sichere Abtreibung, für solch fortgeschrittene Maßnahmen zur Geburtenkontrolle wie die RU-486-Pille; für die Abschaffung der barbarischen Todesstrafe; gegen den Zwang zum Schleier; gegen das Gift des Antisemitismus und Rassismus; für das Recht derjenigen, die in ein anderes Land gekommen sind, das nicht ihr Geburtsland ist, da zu bleiben, zu arbeiten und ein anständiges Leben mit vollen Staatsbürgerrechten zu führen. Ironischerweise sind es nur wir – die Kommunisten –, die sich aus Prinzip für die Verteidigung dieser Rechte einsetzen, in dem Verständnis, dass sie nicht teilbar sind. In diesen Kämpfen müssen wir die Massen für unsere Seite gewinnen.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 15, Frühjahr 1993

Aber warum sollten sich die Massen einer kleinen kommunistischen Organisation anschließen, um Abtreibung zu verteidigen oder Rassismus zu bekämpfen, wenn es Massenbewegungen und bürgerliche Parteien gibt, die behaupten,

für dieselben liberalen Prinzipien zu stehen? Die einzige Möglichkeit, die Unterdrückten für die kommunistische Führung zu gewinnen, besteht darin, aufzuzeigen, wie ihre derzeitige Führung – in diesem Fall die Liberalen – ihren Kampf aufgrund ihrer Loyalität zum Kapitalismus auf Schritt und Tritt paralyisiert und untergräbt. Dies erforderte jedoch einen Kampf *gegen den Liberalismus!* Da die IKL leugnete, dass der Liberalismus überhaupt eine Kraft war – in der Grundsatzerklärung wird der Liberalismus nicht einmal erwähnt –, baute sie nicht nur keinen kommunistischen Pol in den verschiedenen Kämpfen dieser Zeit auf, sondern sie kapitulierte völlig vor ihren liberalen Führungen und lief diesen einfach nur hinterher. In dem Maße wie die verschiedenen programmatischen Dokumente der IKL in der postsowjetischen Periode überhaupt eine bestimmte Intervention in die Welt vorschlugen, war es im Allgemeinen nichts anderes als liberaler Aktivismus oder gewerkschaftlicher Ökonomismus.

Marxistischer Jargon und die kommunistische Zukunft

Es wäre jedoch verfehlt zu behaupten, dass die IKL in der postsowjetischen Zeit einfach nur liberal war. Die IKL definierte ihre Rolle nicht nur auf der Grundlage eines Minimalprogramms des Liberalismus; sie strebte auch die mehr historische Rolle der Weitergabe des kommunistischen Programms an künftige Generationen an. Die Grundsatzerklärung beschreibt diese Perspektive wie folgt:

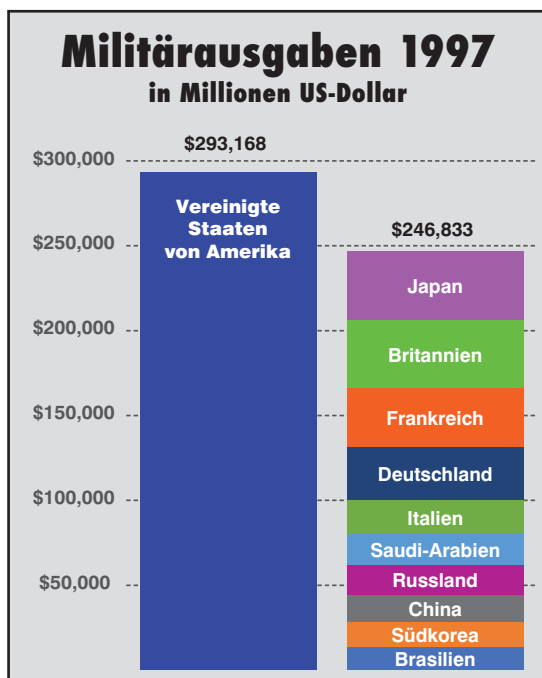
„Unsere unmittelbare Aufgabe ist die Ausbildung und Entwicklung von Kadern, die Rekrutierung der fortgeschrittenen Schichten der Arbeiter und Jugendlichen, indem wir sie für unser volles Programm gewinnen, durch die Erklärung unserer Auffassungen in scharfem Gegensatz zu denen unserer zentristischen Opponenten.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 20, Sommer 1998

Aber was meinte die IKL mit ihrem „vollen Programm“? In eben dem IEK-Memorandum, in dem behauptet wurde, die IKL sei einzigartig im Kampf gegen Homophobie, bekräftigen wir erneut die Notwendigkeit einer kommunistischen Intervention:

„Selbst als kleine kämpfende Propagandagruppen verkörpern die Sektionen der IKL das revolutionäre Programm. Unsere Rolle besteht darin, mit diesem Programm zu intervenieren, *revolutionäre Führung zu geben*. Besonders in einer Periode, die durch defensive Kämpfe gegen die Angriffe der Bourgeoisie und durch verständlichen Zynismus in der Arbeiterklasse gegenüber Parteien und dem Marxismus gekennzeichnet ist, ist es unerlässlich, für ein Programm von Übergangsforderungen zu kämpfen, das das Proletariat unweigerlich zu einer Schlussfolgerung führt: der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution. Die Partei ist das Instrument, durch das die Arbeiter zu diesem Bewusstsein gewonnen werden. Wenn der Boden feindlichen Klassenkräften überlassen wird, durch ökonomistische Liquidierung der Parteifrage oder das Hinterherlaufen hinter anderen Strömungen oder umgekehrt dadurch, dass wir eine Haltung von sterilem Abstentionismus oder abstraktem Propagandismus einnehmen, wird damit der Grund für unsere Existenz aufgegeben.“

Solche Bekräftigungen abstrakter kommunistischer Prinzipien sind in der Propaganda der IKL weit verbreitet. Während jeder einzelne Satz formale marxistische Orthodoxie ist, ist der Absatz völlig abstrakt und gibt keinen Hinweis auf die politischen Hindernisse, um die Arbeiterklasse zu revolutionärem Bewusstsein zu bringen. Die Frage der revolutionären Führung kann nur konkret gestellt werden in



Spartacist-Grafik, Quelle: SIPRI (Milex)

Vorherrschaft der USA war keine Illusion; immer noch übertrifft ihre Militärmacht die ihrer Rivalen bei weitem

Opposition zum Programm und zur Ideologie der dominierenden Kräfte in der Arbeiterbewegung. Aber da die IKL den Einfluss des Liberalismus in der Arbeiterbewegung leugnete, konnten wir noch so viele „Übergangsforderungen“ aufstellen, es konnte die Arbeiterklasse nicht zu revolutionärem Bewusstsein führen.

Dieses Hin- und Herpendeln zwischen liberalem Aktivismus und maximalistischem Jargon bestimmte die Arbeit der IKL in den letzten 30 Jahren. Wenn die Partei auf dem Weg der offenen Kapitulation vor dem Liberalismus zu weit ging, zog sie sich im Allgemeinen auf eine sektiererische Bekräftigung der Ziele und der Weltanschauung des Kommunismus zurück. Diese Tendenz war bereits im Dokument der internationalen Konferenz von 1992 vorhanden:

„Um eine internationale kommunistische Bewegung wiederzubeleben, reicht es nicht aus, die historischen Verbrechen und Verrätereien des Stalinismus, die weltweite Verelendung, die der imperialistische Kapitalismus anrichtet, und die Gefahr eines atomaren Weltkriegs zu entlarven. Es ist ebenso notwendig, die Ziele der Befreiung durch den Kommunismus wieder zu betonen als die Zuspitzung des rationalen Humanismus der Aufklärung – die Integration der Menschheit im Weltmaßstab, gesellschaftliche und geschlechtliche Gleichheit zu erreichen sowie die Freiheit jedes einzelnen, seine Fähigkeiten zu maximieren, auf der Grundlage der kollektiven Beherrschung der Naturkräfte durch die Menschheit.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 15, Frühjahr 1993

Diese Aussage bringt die Perspektive der IKL nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sehr deutlich auf den Punkt. Wir versuchten, die kommunistische Bewegung „wiederzubeleben“, indem wir den Bankrott des Stalinismus und die Schrecken des Kapitalismus aufdeckten und die Freuden der kommunistischen Zukunft predigten. Aber losgelöst von einem Kampf gegen die tatsächlichen Hindernisse, mit denen die Arbeiterklasse heute konfrontiert ist, liefen die Bekräftigungen selbst der radikalsten kommunistischen Prinzipien auf nichts anderes als liberale Utopien hinaus.

IG und IKL: Zwei Satelliten in der Umlaufbahn des Liberalismus

Die bedeutendste Spaltung in der Geschichte der IKL ist diejenige, die zur Gründung der Internationalistischen Gruppe (IG) im Jahr 1996 führte. Daher ist es wichtig zu bewerten, ob angesichts des Revisionismus der IKL in der postsowjetischen Periode die IG die revolutionäre Kontinuität des Marxismus repräsentiert. In einem der Gründungsdokumente der IG, „From a Drift Toward Abstentionism to Desertion from the Class Struggle“ [Vom Abdriften in den Abstentionismus zur Flucht vor dem Klassenkampf] (abgedruckt in der gleichnamigen Broschüre vom Juli 1996), üben der ehemalige *Workers-Vanguard*-Redakteur Jan Norden und das langjährige SL/U.S.-Mitglied Marjorie Stenberg die folgende Kritik an der IKL:

„Eine kurze Antwort ist, dass es eine immer ausgeprägtere *Tendenz zu abstraktem oder passivem Propagandismus* gibt, der die Parteipropaganda vom aktiven Eingreifen in den Klassenkampf löst... Diese Politik wird mit dem Argument gerechtfertigt, dass in dieser reaktionären Periode wenig erreicht werden kann; dass erkannte Gelegenheiten zum Eingreifen illusorisch und somit nur ein Spiegelbild des Opportunismus sind und dass die Aufgabe der revolutionären Marxisten

darin besteht (und darauf beschränkt ist), die Flamme gegen die Versuche, sie zu ersticken, am Leben zu erhalten.“

Das ist im Wesentlichen richtig. Die IKL hat nicht völlig aufgehört, in den Klassenkampf zu intervenieren – was die IG selbst anerkannte –, aber in den Auseinandersetzungen mit Norden und später mit der IG argumentierte die IKL im Wesentlichen, dass die kommunistische Intervention aufgrund des „Rückschritts des Bewusstseins“ in der postsowjetischen Periode keine entscheidende Rolle im gegenwärtigen Verlauf der Ereignisse spielen könne.

Ein Beispiel dafür und ein Kernstück des Kampfes mit Norden 1995/96 war, dass die IKL jede „Umgruppierungsperspektive“ mit der Kommunistischen Plattform (KPF) – einer Gruppierung innerhalb der PDS, dem Überbleibsel der stalinistischen Regierungspartei der DDR – als inhärent opportunistisch anprangerte. 1995 bekannte sich die PDS unter dem Druck einer bösartigen antikommunistischen Hexenjagd der deutschen Bourgeoisie offen zur Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang war es denkbar, dass die eher linken Elemente der PDS gewonnen werden konnten für den Trotzismus als einziges Programm, das die kapitalistische Reaktion zurückschlagen konnte. Unabhängig davon, wie wahrscheinlich ein solches Szenario war, war es die Pflicht von Revolutionären, so hart wie möglich gegen die Konsolidierung dessen zu kämpfen, was einige Jahre später zur Partei Die Linke werden sollte, indem man deren beste Elemente für ein revolutionäres Programm gewinnt und den Rest zur direkten Auflösung in die SPD treibt. Die Ablehnung jeglicher Perspektive gegenüber der KPF durch die IKL war ein sektiererischer Verrat. Was den Kampf gegen Norden in dieser Frage angeht, so war er demagogisch und falsch.

Im Mittelpunkt des Kampfes stand die Rede, die Norden im Januar 1995 an der Humboldt-Universität vor einem KPF-Publikum hielt. In dem Artikel, der den Ausschluss Nordens und seiner Unterstützer rechtfertigte, argumentierte die IKL: „Unter Berufung auf das trotzkistische Programm präsentierte Norden eine *liquidatorische* Vorstellung, *die die Rolle der IKL als bewusste revolutionäre Avantgarde leugnete*, indem er wiederholt vorbrachte, dass 1989/90 in Deutschland ‚das Schlüsselement fehlte, die revolutionäre Führung‘“ (zitiert aus *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996). In Wahrheit leugnete Nordens



Hauptdokumente zur Spaltung. Links: Bulletin der IG-Gründer: „Vom Abdriften in den Abstentionismus zur Flucht vor dem Klassenkampf“, Juli 1996. Rechts: SpAD-Bulletin Nr. 25, September 1996

**Unvollendete Aufgabe:
Sahra Wagenknecht
bleibt Hindernis für
Aufbau einer revolutionären
Partei in Deutschland. Rechts: auf PDS-
Parteitag 1995. Ganz
rechts: auf pazifistischer
Kundgebung in Berlin,
Februar 2023**



Zöllner/Süddeutsche Zeitung



Agencja Fotograficzna Caro

Rede nicht die Rolle, die die IKL in der DDR spielte, und es stimmte, dass das Element, das 1989/90 fehlte, die revolutionäre Führung war. Die IKL kämpfte mit aller Kraft um die Führung der Arbeiterklasse während der kurzzeitigen Öffnung, die sie hatte, wurde aber bei diesem Versuch besiegt und die Konterrevolution setzte sich durch. Es wurden zahlreiche weitere Vorwürfe erhoben, dass die Rede weich gegenüber dem Stalinismus sei, die sich alle auf spezifische Formulierungen stützten, die nicht per se prinzipienlos waren.

Dass die Angriffe gegen Nordens Rede von 1995 falsch waren, bedeutet jedoch nicht, dass ihr Inhalt prinzipienfest war, noch dass die unter seiner Führung verfolgte Ausrichtung der deutschen Sektion auf die KPF prinzipienfest war. Das eigentliche Problem in Nordens Rede ist, dass es kein einziges Argument dafür gibt, warum der Trotzismus 1995 notwendig war. Es war richtig, zu versuchen, Teile der KPF für den Trotzismus zu gewinnen – allein die Tatsache, dass sie sich eine Rede des Redakteurs von *Workers Vanguard* anhörten, spricht dafür. Aber dazu reichte es nicht aus, einfach über die vergangenen großen Taten der IKL zu sprechen, sondern es war notwendig, sie mit dem Kampf um die revolutionäre Führung im wiedervereinigten imperialistischen Deutschland zu verbinden. Trotzismus kontra Stalinismus im Jahr 1989 hervorzuheben war nur insofern wichtig, um diese Frage dazu zu benutzen, Trotzismus kontra Sozialdemokratie im Jahr 1995 zu motivieren. Aber das war nicht die Perspektive der Rede, weil es nicht die Perspektive der IKL war. Die IKL konnte nicht erklären, warum der Trotzismus eine qualitative Bedeutung für die Kämpfe im postsowjetischen Deutschland hatte, und Norden konnte das auch nicht.

Norden und später die IG waren in den ersten Jahren nach der Konterrevolution keineswegs gegen die Perspektive der IKL, sondern stimmten mit deren Grundlinien überein – ein Punkt, auf dem sie konsequent und wahrheitsgemäß bestanden. Norden spielte eine zentrale Rolle bei der Erstellung des Dokuments der internationalen Konferenz von 1992, und die IG beruft sich maßgeblich auf dieses Dokument. Die Gründungskader der IG stimmten für das SL/U.S.-Konferenzdokument von 1994. Was das IEK-Memorandum von 1996 betrifft, so lehnte Norden nur die vier Absätze ab, die

sich auf den Kampf gegen ihn in Deutschland beziehen. Er charakterisiert den Rest des Dokuments als „sehr gut in der Beschreibung der Periode, die nach den gewaltigen Niederlagen für die Arbeiterklasse durch die Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa kommt“ (zitiert in „The Post-Soviet Period: Bourgeois Offensive and Sharp Class Battles“ [Die postsowjetische Periode: Bürgerliche Offensive und scharfe Klassenkämpfe], in der Broschüre vom Juli 1996). Dies sind genau die Dokumente, die die oben dargelegten revisionistischen Aufgaben und Perspektiven für die IKL umrissen haben. Jeder opportunistische Fehler oder jede sektiererische Dummheit der IKL in den letzten 30 Jahren kann auf diese Dokumente zurückgeführt werden.

In dem Artikel, der die Publikation der IG lancierte, wurden daher die wichtigsten Elemente der völlig falschen Weltanschauung der IKL wiedergegeben:

„Die Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstört hat, war eine historische Niederlage für die Weltarbeiterklasse. Doch der bürgerliche Triumphalismus, der auf sie folgte, beginnt sich bereits aufzulösen. Was entstanden ist, ist nicht eine neue Weltordnung, die von einer einzigen ‚Supermacht‘ beherrscht wird, sondern eine zunehmende *Unordnung* von nationalistischem Blutvergießen, imperialistischen Rivalitäten und wiederholten Ausbrüchen scharfer Klassenkämpfe.“

– „Vorgestellt: *The Internationalist*“, Januar/Februar 1997

Die IG behauptet zwar, den Kampf um die revolutionäre Führung gegen die IKL aufrechtzuerhalten, doch in Wahrheit war sie genauso desorientiert, wenn es darum ging, wie dies in der postsowjetischen Periode konkret gestellt war.

Das Problem ist nicht, dass die IG nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion scharfen Klassenkampf vorhersagte. Der Klassenkampf ist 1991 nicht gestorben, und es gab große Kämpfe in der ganzen Welt, welche wichtige Möglichkeiten für kommunistische Interventionen boten (Südafrika 1994, Italien 1994, Frankreich 1995, Mexiko 1999 usw.). Die zentrale Frage für Kommunisten ist der politische Inhalt dieser Interventionen. Während die IKL dazu neigte, sich zu verstecken und Taktiken und Übergangsforderungen abzulehnen, stellte die IG Übergangsforderungen auf, die nicht dazu beitragen, einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und ihre opportunistische Führung zu treiben. „Aktives Eingreifen in den Klassenkampf“ ist nicht revolutionär, wenn dies der Arbeiterklasse nicht hilft, die Hindernisse zu überwinden, die

So sieht eine schlechte Spaltung aus

Permanente Revolution
 Nr. 3 Frühjahr 2019 1,50 €

Mobilisiert Arbeitermacht, um Immigranten zu verteidigen und die Faschisten zu stoppen!

Bürgerliche Kampagne gegen Flüchtlinge nach rassistischer Randal in Chemnitz

Nach dem rassistischen Pogrom gegen Flüchtlinge in Chemnitz am 11. August 2015 gibt es in der linken Bewegung einen Streit um die richtige politische Linie. Die einen fordern die Mobilisierung der Arbeitermacht, um die Flüchtlinge zu verteidigen und die Faschisten zu stoppen. Die anderen fordern eine Kampagne gegen die Flüchtlinge, um die Bürgerliche Kampagne zu unterstützen. Die Arbeiterbewegung muss sich entscheiden, ob sie die Bürgerliche Kampagne unterstützen will, oder ob sie die Arbeitermacht mobilisiert, um die Flüchtlinge zu verteidigen und die Faschisten zu stoppen.

Brecht mit dem Reformismus, ob SPD oder LINKE! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Siehe, US-Jahreskongress der Internationalistischer Gruppe bei der Liebkeberg-Lesung in Chemnitz

SPARTAKIST
 HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKISTENARBEITERTHEORETISCHEN LEHRGEMEINSCHAFT
 Nr. 222 HERBST 2018 € 0,50

Faschisten wüten in Chemnitz Für Mobilisierungen von Arbeitern/Minderheiten, um Nazis zu stoppen

In Chemnitz organisierten Rechtsextremisten von NSD und Pöplitz zusammen mit faschistischen Kräften von 1933 bis 1945 eine "Historische Kampagne zum faschistischen März" am 27. August und am 3. September. Märsche mit dritteldeutscher Beteiligung durch die Straßen, verpackte Aufmärsche, Schläger "in Zivil" und andere faschistische Aktivitäten. Faschisten und ihre Helfer trafen sich in der Nacht zum 2. September in Chemnitz und planten die Märsche und die Bürgerliche Kampagne. Die Polizei ließ die Nazis marschieren und schützte sie mit Schüssen gegen die Bürgerliche Kampagne. Die Polizei ließ die Nazis marschieren und schützte sie mit Schüssen gegen die Bürgerliche Kampagne.

SPARTACIST
 NUMMER 19 DEUTSCHE AUSGABE WINTER 1997/98 DM 3,-/€ 3,00

Für eine leninistisch-trozkistische Partei!

China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?

SEITE 2

Permanente Revolution kontra „antiimperialistische Einheitsfront“ Die Ursprünge des

The Internationalist
 November-Dezember 1988 No. 6 \$2

WHERE IS CHINA GOING?

Workers Political Revolution

Wohin geht China? Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Konterrevolution

Permanente Revolution
 Nr. 21 Februar 2018 1,50 €

SPD-LINKE: Vollstrecker kapitalistischen Kahlschlags! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Große Koalition: Verschärfte Angriffe auf Arbeiter, Linke, Flüchtlinge

Nach dem Wahlsieg der SPD-Linke im September 2017 ist die Arbeiterbewegung in Deutschland in eine große Krise geraten. Die Große Koalition hat sich gebildet, was zu verschärften Angriffen auf Arbeiter, Linke und Flüchtlinge führt. Die Arbeiterbewegung muss sich entscheiden, ob sie die Große Koalition unterstützen will, oder ob sie die Arbeitermacht mobilisiert, um die Angriffe zu stoppen.

SPARTAKIST
 HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKISTENARBEITERTHEORETISCHEN LEHRGEMEINSCHAFT
 Extrablatt 21. Februar 2018 € 0,10

Nein zu allen Koalitionen von Arbeiterparteien mit bürgerlichen Parteien! Nein zur GroKo!

Die SPD ist nach vielen Jahren des Ausverkaufs der Interessen der Arbeiterklasse in Koalitionen mit den Großen und der CDU/CSU, in eine tiefe Krise geraten. Der neue Koalitionspartner der SPD-Führung ist die Große Koalition (GroKo) mit der CDU/CSU. Die GroKo ist eine Koalition von Arbeiterparteien mit bürgerlichen Parteien. Die Arbeiterbewegung muss sich entscheiden, ob sie die GroKo unterstützen will, oder ob sie die Arbeitermacht mobilisiert, um die Angriffe zu stoppen.

tionaler Unterdrückung leiden: Brasilien, Mexiko, Puerto Rico, Haiti, Bolivien, Griechenland, Québec. Während die IG zu Recht einige der eklatantesten Fälle des Verrats der IKL in Bezug auf diese Länder anprangerte (Haiti-Verrat 2010, Weigerung, für die Unabhängigkeit von Puerto Rico zu kämpfen usw.), hält sie das historische Programm der IKL aufrecht, das im Grunde die Quelle dieser Kapitulationen ist (siehe „Zur Verteidigung der permanenten Revolution“, Seite 76). Die IG – genau wie die IKL in der Vergangenheit – bekämpft den bürgerlichen Nationalismus in unterdrückten Nationen auf der Grundlage sektiererischer Klassenreinheit, anstatt zu versuchen, seinen Einfluss auf die Massen zu brechen, indem sie zeigt, wie er ein Hindernis sowohl für die soziale als auch für die nationale Befreiung darstellt. Dieser Ansatz steht in völligem Gegensatz zu der trotzkistischen Theorie der permanenten Revolution. Er lehnt den Kampf um die revolutionäre Führung der demokratischen Kämpfe ab und führt zwangsläufig zu chauvinistischer Kapitulation.

Die IKL und die IG haben fast drei Jahrzehnte damit verbracht, sich in Polemiken und gegenseitigen Verleumdungen geprägt waren, während sie im Grunde genommen parallele Wege verfolgten. Dies ging zu Lasten der politischen Klarheit in der internationalen Arbeiterbewegung. Der Kampf, der 1995/96 gegen die Gründungskader der IG geführt wurde, war politisch prinzipienlos. Was die organisatorischen Maßnahmen gegen diese ehemaligen Mitglieder anbelangt, so müssen die Dinge richtiggestellt werden. Eine ordnungsgemäße Untersuchung ist Pflicht. Auch die Frage des einseitigen Abbruchs der brüderlichen Beziehungen zwischen der IKL und der Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LM/LQB) muss geklärt werden. Diese brüderlichen Beziehungen waren mit den internen parteipolitischen Auseinandersetzungen der IKL verflochten, und unser Artikel, der unseren Bruch mit der LM/LQB rechtfertigte, liefert keine prinzipienfeste Begründung für unser Vorgehen („Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalúrgica“, *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996).

Die IKL ist entschlossen, den Status quo zu durchbrechen, eine ernsthafte politische Klärung und Debatte mit der IG zu führen und so weit wie möglich gemeinsame Aktionen

sich ihr in den Weg stellen. Und trotz ihrer unterschiedlichen Ausrichtung hatten weder die IG noch die IKL eine Antwort auf den Liberalismus, die international vorherrschende Ideologie und das wichtigste politische Hindernis, mit dem die Arbeiterbewegung konfrontiert war. Kurz gesagt, keine von beiden bot eine revolutionäre Führung.

Viele der wichtigsten Auseinandersetzungen zwischen der IKL und der IG drehten sich um Länder, die unter na-

zur Verteidigung der grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung zu unternehmen. Trotz erheblicher programmatischer Unterschiede stehen sich die IKL und die IG in vielen Fragen relativ nahe. In der entscheidenden Frage Chinas sind wir beide fast einzigartig mit unserer erklärten Position zur bedingungslosen Verteidigung des Arbeiterstaates und zur politischen Revolution. Beide Tendenzen sind sich darüber im Klaren, dass wir in eine Periode intensiver Turbulenzen und Konflikte in der Welt eintreten. Der Verlauf der Ereignisse und Kämpfe wird die Linke mit Sicherheit erschüttern, und es ist die Pflicht beider Organisationen, die politische Klarheit über Fragen der revolutionären Strategie in dieser neuen Periode voranzutreiben. Der Kampf um die Wiederschmiedung der Vierten Internationale ist dringender denn je. Dabei kann man keine Vertuschung, Demagogie, Schlammschlacht oder Sektierertum dulden. Wie Trotzki im Übergangsprogramm (1938) schrieb:

„Offen der Wirklichkeit ins Auge sehen; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; die Dinge bei ihrem Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, so bitter sie sein mag; nicht vor Hindernissen zurückschrecken; treu sein im Kleinen wie im Großen; wagen, wenn die Stunde der Tat geschlagen hat, das sind die Regeln der Vierten Internationale.“

Wie lässt sich die Degeneration der IKL erklären?

Die Zerstörung der Sowjetunion bedeutete eine große Wende für die IKL. Während der endgültige Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion die stärksten Qualitäten der IKL zum Vorschein brachte – standhafter sowjetischer Defensismus, revolutionäre Entschlossenheit, Internationalismus und taktische Flexibilität in der Aktion –, traten in der folgenden Periode ihre Schwächen zutage – Außeracht-

lassen des Liberalismus, Revision der permanenten Revolution, Amerikazentriertheit und doktrinaire Starrheit. Die IKL war eine winzige, in den imperialistischen Ländern konzentrierte Internationale, deren Wachstum bereits seit einigen Jahren stagniert hatte. Die Konterrevolution brachte eine Welle der Demoralisierung mit sich, und die Partei brach unter dem Druck dieser neuen Periode zusammen. Tatsache ist, dass sie nicht in der Lage war, die geforderte Wende zu vollziehen.

Weder war dies ein vorherbestimmtes Ergebnis noch war es unumkehrbar. In den letzten 30 Jahren gab es viele Wendepunkte, die zu einer gründlichen Neubewertung des Kurses der IKL hätten führen müssen. Es war für niemanden ein Geheimnis, dass wir zunehmend desorientiert waren. Aber je mehr die Jahre vergingen, desto tiefer verfestigten sich Konservatismus und Opportunismus. Die historischen Kader der Partei erwiesen sich als unfähig, unseren Kurs zu korrigieren.

Doch die IKL war nicht tot. Trotz jahrzehntelanger Ablehnung der Aufgabe, eine revolutionäre Führung aufzubauen, gelang es der Partei immer noch, international einige Handvoll Kader zu rekrutieren, die sich mit aller Kraft dem Kampf für den Kommunismus verschrieben haben und die von der IKL durch ihre revolutionäre Vergangenheit angezogen waren. Es bedurfte einer weltweiten Pandemie, des Zusammenbruchs der Organisation und eines dreijährigen Kampfes, aber die Ereignisse haben gezeigt, dass in der IKL immer noch genügend revolutionäre Kraft vorhanden war – darunter auch bei einigen hartnäckigen alten Hasen –, um die Partei grundlegend neu auszurichten und sich erneut auf den beschwerlichen Weg des revolutionären Kampfes zu begeben. ■

Die IKL BEWAFFNET SICH NEU



¡Por la emancipación obrera y nacional!

Se refunda el Grupo Espartaquista de México

icli-fi.org

Trotskyismo vs. populismo



Spartacist League

It's Time! Drive the AUKUS Supporters Out of the ALP!

WORKERS VANGUARD

No 107 17 March 2023

Liberalism: Dead End for Black Liberation For Black Trotskyism

For a Multiracial Vanguard Party!

Editorial

SL/U.S. National Conference: Return to Road of Lenin and Trotsky!

Ο ΜΠΟΛΣΕΒΙΚΟΣ

ΟΡΓΑΝΟ ΤΗΣ ΠΡΟΤΕΡΟΝΟΜΙΑΣ ΤΩΝ ΕΛΛΗΝΩΝ

ΓΙΑ ΜΙΑ ΕΡΓΑΤΙΚΗ ΚΥΒΕΡΝΗΣΗ ΚΚΕ/ΠΑΜΕ!

Να παλέψουμε ΤΩΡΑ για:

- ➔ Διαγραφή του Χρέους!
- ➔ Ανατροπή του Μνημονίων!
- ➔ Ξεξοδο από την ΕΕ/ΝΑΤΟ!

WORKERS HAMMER

No 220 - SEPTEMBER 2023

Strike wave faces defeat: leaders to blame

How to rebuild union power

LE BOLCHEVIK

26 mars 2023

Usines, gares, facs, lycées... Maintenant il faut y aller :

Occupations partout !

Zu dieser Ausgabe...

(Fortsetzung von Seite 2)

In seinem Niedergang zieht der US-Imperialismus die Schrauben noch fester an und verschärft die nationale Unterdrückung international. Dieser Prozess nährt das Wachstum nationalistischer „antiimperialistischer“ Kräfte in Lateinamerika, Afrika und Asien. Doch auf Schritt und Tritt sabotieren Nationalisten den Kampf für nationale Befreiung und opfern ihn im Namen des Privateigentums. Aus diesem Grund erfordert der Sieg über den Imperialismus ein kommunistisches Programm und eine kommunistische Führung. Dies wird jedoch durch zwei nichtrevolutionäre Richtungen in der Linken blockiert. Die erste unterstützt den Nationalismus als fortschrittlich und kettet die Werktätigen an die nationale Bourgeoisie. Die zweite, als Reaktion auf die erste, „bekämpft“ die nationale Bourgeoisie, indem sie den Kampf für nationale Befreiung ablehnt.

Von Anfang an gehörte die IKL fest zur zweiten Strömung und betrachtete den Kampf für nationale Befreiung nicht als Hebel für die Revolution, sondern als Dorn im Auge. Das Dokument „Zur Verteidigung der permanenten Revolution – Für kommunistische Führung des antiimperialistischen Kampfes!“ (Seite 76), das auf der Konferenz angenommen wurde, weist diesen Kurs zurück und bietet ein Programm, um mit beiden Richtungen zu brechen. Um die Massen von den bürgerlichen Nationalisten loszureißen, müssen Kommunisten den Kampf gegen den Imperialismus **vorantreiben** und bei jeder Etappe zeigen, dass der Bruch mit dem Nationalismus eine notwendige Bedingung für den Sieg ist.

Das Dokument „Zur Verteidigung des II. und IV. Weltkongresses der Komintern“ (Seite 61) verteidigt Lenin, Trotzki und die junge Komintern gegen die revisionistische Kritik der IKL. Insbesondere hält es an der Taktik der antiimperialistischen Einheitsfront fest gegen unsere sektiererische Ablehnung ihrer Anwendung und gegen ihren Missbrauch durch Stalinisten und andere Opportunisten. In Bezug auf die Frauenbefreiung in den Neokolonien beruhte unser bisheriges Programm auf der Anprangerung rückständiger Ideen und Praktiken, anstatt die materiellen Bedingungen zu bekämpfen, die sie aufrechterhalten: im Wesentlichen die imperialistische Ausplünderung. Das war kein Marxismus, sondern eine liberale Predigt, die uns in einen politischen Block mit „fortschrittlichen“ pro-imperialistischen Nichtregierungsorganisationen brachte. Das Dokument „Permanente Revolution und Frauenbefreiung“ (Seite 68), das auf der Konferenz verabschiedet wurde, korrigiert diese Herangehensweise.

Unsere Konferenz nahm auch die in „Puerto Rico: Für Unabhängigkeit und Sozialismus!“ (Seite 70) und „Malvinas/Falklands-Krieg: Der Hauptfeind war der Imperialismus“ (Seite 71) zusammengefassten Positionen an, die wesentliche Kapitulationen unserer Tendenz vor dem Imperialismus korrigieren.

* * *

Es ist kein Geheimnis, dass die IKL seit Jahrzehnten politisch desorientiert war. Die Pandemie löste den Zusammenbruch unserer Partei aus; das war aber nur

der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Eröffnungspräsentation des Sekretärs des Internationalen Sekretariats, Genosse Perrault, „Warum die IKL zusammenbrach und wie wir sie wiederschmiedeten“ (Seite 15), legt dar, wie der Kampf für einen unabhängigen und revolutionären Weg für die Arbeiter und Unterdrückten uns zwang, unserer Desorientierung auf den Grund zu gehen, und uns zu dieser historischen Konferenz geführt hat.

Diese Präsentation motiviert das dritte Hauptkonferenzdokument, „Der postsowjetische Revisionismus der IKL“ (Seite 7), das zeigt, wie die IKL in den letzten 30 Jahren die Notwendigkeit des Marxismus zur Führung der aktuellen Kämpfe ablehnte. Die IKL behauptete zwar, für Kommunismus und Revolution zu stehen, doch ist das nicht das grundlegende Kriterium für revolutionäre Führung. Wie in dem Dokument „Was ist revolutionäre Führung?“ (Seite 6) dargelegt wird, besteht sie in der Fähigkeit, einen Weg des Kampfes aufzuzeigen, der die historischen Interessen der Arbeiterklasse zu einer gegebenen Zeit und an einem gegebenen Ort vorantreibt.

In diesem Licht untersuchten wir von Neuem den Kampf von 1995/1996 gegen Jan Norden und andere Genossen, deren Ausschluss zur Gründung der Internationalistischen Gruppe (IG) führte. Der Kampf gegen Norden war prinzipienlos, und die Ausschlüsse führten zur Existenz von zwei Organisationen, der IG und der IKL, die grundsätzlich das gleiche zentristische Programm und die gleiche Desorientierung teilten. Die jahrzehntelange Krise innerhalb unserer Organisation spiegelt die allgemeine Krise der Linken in der postsowjetischen Ära wider. Diejenigen, die heute den Kampf für den Sozialismus voranzutreiben suchen, werden sich zwangsläufig mit denselben Problemen auseinandersetzen müssen wie wir. In diesem Sinne luden wir zu unserer Konferenz die australische Gruppe Bolschewik-Leninist ein, mit der wir auf Grundlage unseres Kampfes für die Wiederbewaffnung gemeinsame Arbeit und Diskussion aufgenommen haben. Ihre Grüße drucken wir auf Seite 17 ab.

* * *

Die Konferenz beschloss, die Spartakist-Gruppe Japan als Sektion der IKL zu streichen, da sie schon seit etlicher Zeit nicht mehr als solche funktionierte. Unsere Genossen dort bleiben Sympathisanten und wir werden weiterhin mit ihnen im Kampf zusammenarbeiten, um das Banner des Trotzismus in Japan aufzupflanzen. Unsere Konferenz wählte ein neues Internationales Exekutivkomitee, das halb so groß (und Jahrzehnte jünger) ist als das vorherige und aus den Kadern besteht, die die Wiederbewaffnung unserer Partei angeführt haben.

Der Vorhang hebt sich nun über einer veränderten IKL. Ohne Zweifel sind in unserer gesamten Partei weitere Kämpfe erforderlich, um die verschiedenen Sektionen auf Grundlage der angenommenen Politik zu konsolidieren. Wir gehen jedoch aus dem jahrelangen internen Kampf entschlossener denn je hervor, in den kommenden Kämpfen eine entscheidende Rolle zu spielen. Unbeugsam und voller Kampfbereitschaft blicken wir in die Zukunft, gerüstet mit der Waffe, die die Geschichte verändern kann: ein Programm für die Vierte Internationale, die Weltpartei der sozialistischen Revolution. ■

Warum die IKL zusammenbrach und wie wir sie wiederschmiedeten

Wir drucken nachfolgend eine Präsentation des Genossen Perrault, Sekretär des Internationalen Sekretariats (IS), auf der VIII. Internationalen Konferenz ab.

Ich möchte mit einem Zitat von Cannon beginnen, das die zentrale Aufgabe dieser Konferenz auf den Punkt bringt:

„Die Aufgabe der nicht korrumpierten Revolutionäre, die durch die Umstände gezwungen sind, mit der Arbeit des organisatorischen Wiederaufbaus zu beginnen, bestand nie darin, eine neue Offenbarung zu verkünden – an solchen Heilsbringern hat es nicht gemangelt, und sie sind alle irgendwo im Durcheinander untergegangen –, sondern das alte Programm wieder einzusetzen und es auf den neuesten Stand zu bringen.“

– James P. Cannon, „Die Degeneration der Kommunistischen Partei und der Neuanfang“, *Fourth International*, Herbst 1954

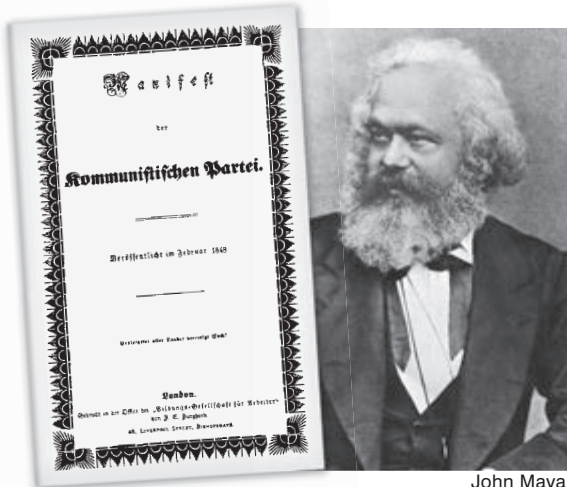
In einigen Fällen müssen wir 30 Jahre zurückgehen, um zum alten Programm vorzudringen; in anderen müssen wir bis ganz zu Trotzki zurückgehen. Aber genau das tun wir: Wir erfinden nicht etwas Neues, sondern gehen zurück zu den Grundlagen und wenden sie auf die aktuelle Realität an.

Die wichtigste Frage, die sich durch den gesamten Verlauf dieser Konferenz ziehen wird, ist die Frage der revolutionären Führung. Das ist der grundlegende Punkt, der uns ins Schleudern brachte, und wir haben uns in den letzten zwei Jahren wieder bewaffnet, indem wir dafür gekämpft haben, dies wieder geltend zu machen. Aber was ist

revolutionäre Führung? Die Antwort ist so einfach, dass sie fast schon zu simpel klingt. Revolutionäre Führung bedeutet, den Kampf der Arbeiterklasse zu führen, um „die gemeinsamen ... Interessen des gesamten Proletariats hervor[zu]heben und zur Geltung [zu] bringen“ (*Kommunistisches Manifest*). Da die kapitalistische Produktionsweise auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht, muss die Förderung der Interessen

des Proletariats dieses notwendigerweise zur Machtergreifung führen. Die Schwierigkeit besteht jedoch nicht in der abstrakten Behauptung dieser Punkte, sondern darin, an jedes Problem mit dem Verständnis heranzugehen, dass das Proletariat *seinen eigenen unabhängigen Aktionsweg* braucht und dass *nur der Marxismus ihn bieten kann*.

Ein weiteres wichtiges Thema dieser Konferenz wird die Frage der marxistischen Methode sein, d.h. der Notwendigkeit, unser Programm in einer dialektisch-materialistischen Untersuchung der lebendigen Klassenkräfte der Gesellschaft zu verankern. Die nächsten Berichtersteller werden diese Frage im Zusammenhang mit der Weltsituation und der Frage der permanenten Revolution näher beleuchten. Vorerst möchte ich diese Frage nur noch einmal mit der revolutionären Führung in Verbindung bringen und betonen, dass die marxistische Methode in allererster Linie parteiisch ist. Wir nähern uns der Welt nicht als neutrale Beobachter, sondern als die konsequentesten Kämpfer für die Klasseninteressen des Proletariats. Die Realität ergibt keinen



John Mayall

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“

– *Kommunistisches Manifest*



Spartacist



Spartakist

Kampf der IKL gegen die Konterrevolution. Links: Banner auf Anti-Jelzin-Kundgebung, Tag der Revolution 1991 in Moskau: „Kehrt zum Weg Lenins und Troztkis zurück“. Oben: Spartakist-Rednerin bei von Spartakisten initiiertes Massenkundgebung im Treptower Park, Berlin, Januar 1990

Sinn, wenn man nicht als aktiver Faktor an sie herangeht mit dem Ziel, sie zu beeinflussen und zu verändern. Methode und Ziele sind untrennbar miteinander verbunden.

Der Hauptinhalt meines Berichts wird darin bestehen, die Arbeit der IKL von unserer Intervention in der DDR und der Sowjetunion bis heute zu bewerten. Es geht dabei nicht darum, zielloos über unsere Vergangenheit zu grübeln, sondern unsere Zukunft zu gestalten. Ich werde an diese Frage nicht als neutraler Beobachter herangehen, sondern mit dem erklärten Ziel, den Kurs der IKL zu ändern – um die Partei auf den Weg zu bringen, der Arbeiterklasse international eine revolutionäre Führung zu geben. Ohne diesen Ausgangspunkt wird sich jede Bewertung unserer Vergangenheit mit Sicherheit in einem Abgrund von Verwirrung und Sterilität verlieren, die unsere Partei in den letzten 30 Jahren gekennzeichnet hat. Wir würden zwangsläufig hin- und herschwanken zwischen dem Beharren auf der formalen Korrektheit bestimmter Aspekte unseres Programms und der Darstellung von uns als einfach frei von Widersprüchen und tot als revolutionäre Partei. Keines von beidem ist richtig. Die einzige Möglichkeit, die IKL und ihre Widersprüche richtig zu bewerten, besteht darin, ihre Arbeit daran zu messen, wie sie versucht hat, die Interessen der Arbeiterklasse zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort voranzubringen.

Wenn es einen Punkt in diesem Bericht gibt, den Genossen verinnerlichen sollen, dann ist es, dass *die entscheidende Frage* für Revolutionäre darin besteht, die unabhängigen Interessen der Arbeiterklasse voranzubringen. In dem Moment, in dem man das aus den Augen verliert, ist man verloren. Wie ich bereits sagte, wird die gesamte Konferenz auf diesem Punkt beharren.

Der Kampf der IKL gegen die Konterrevolution

Kein Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg ist in seiner historischen Bedeutung mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks vergleichbar. Jede Bewertung der jüngsten Bilanz der IKL muss hier starten. Die Intervention unserer Partei bei diesen Ereignissen hat unsere revolutionäre Standfestigkeit auf die Probe gestellt. Wir traten 1989 als winzige Tendenz an, die von einer Reihe erheblicher Mängel und Probleme geplagt war. Aber revolutionäre Parteien werden nicht durch unbefleckte Empfängnis gebo-

ren. Ungeachtet all der Probleme, die wir hatten, kämpften wir mit aller Kraft dafür, der Arbeiterklasse der DDR und der Sowjetunion einen alternativen Weg aufzuzeigen.

Trotz unserer geringen Kräfte haben wir uns an niemanden angehängt, sondern für einen unabhängigen Weg der Arbeiterklasse gekämpft, der ihren objektiven Interessen entsprach. Die Ereignisse von 1989 und 1990–92 schrien geradezu nach einem Widerstand gegen die Konterrevolution im Kampf gegen die stalinistische Bürokratie, die sich selbst und die Arbeiterstaaten buchstäblich liquidierte. Dafür haben wir gekämpft, und wir waren die einzige Tendenz in der Welt, die dies an diesem entscheidenden Wendepunkt des 20. Jahrhunderts tat. Damit ist unsere revolutionäre Legitimation zweifelsfrei erwiesen.

Es ist wichtig zu verstehen, was genau unsere Intervention revolutionär machte. Es war nicht nur die Tatsache, dass wir alle unsere Kräfte dafür mobilisierten, die Konterrevolution zu bekämpfen. Auch nicht, dass wir einen beträchtlichen Einfluss hatten, der unsere Kräfte bei weitem übertraf. Der Grund ist, dass wir gegen alle reaktionären Wege, die angeboten wurden, für den einzigen Weg kämpften, der die historischen Interessen der Arbeiterklasse voranbringen konnte.

Die IKL nach 1991: Verzicht auf revolutionäre Führung

Wie verhält sich das nun im Vergleich zu der Rolle, die wir nach der Konterrevolution gespielt haben? Das könnte nicht unterschiedlicher sein. Man braucht nur kurz einige der Hunderte von Seiten zu überfliegen, die wir über unsere Aufgaben in der postsowjetischen Periode geschrieben haben, um zu sehen, dass wir nicht einmal den Anspruch hatten, dass unser Programm eine entscheidende Rolle bei den Ereignissen dieser Periode spielen könnte. Ich werde die Punkte in dem zu diesem Thema vorgelegten Dokument [siehe Seite 7] nicht wiederholen. Genossen haben das Dokument gelesen, und ich bin gespannt auf eure Meinung zu den drei Hauptpunkten, die dort skizziert sind. Ich werde mich darauf beschränken, folgendes Zitat aus dem Dokument der Internationalen Konferenz von 1992 zu wiederholen, das wirklich auf den Punkt bringt, wie wir unsere Aufgaben stellten:

„Um eine internationale kommunistische Bewegung wiederzubeleben, reicht es nicht aus, die historischen Verbrechen und Verrätereien des Stalinismus, die weltweite Verelendung,

Grüße von Bolshevik-Leninist in Australien

Hallo Genossen,

im Namen von Bolshevik-Leninist möchte ich diese internationale Versammlung von Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga herzlichst grüßen.

Es ist euch hoch anzurechnen, dass die IKL dafür gekämpft hat, zu ihrer kommunistischen Grundlage zurückzukehren und für eine marxistische Organisation in der Gegenwart zu kämpfen; nicht als eine Gruppe, die sich in einem Bunker versteckt und dort auf bessere Zeiten wartet, sondern als eine Organisation, die bereit ist, für diese besseren Zeiten im Hier und Jetzt zu kämpfen. Nicht als eine Gruppe, die auf die Liberalen Druck ausübt, sondern die einen marxistischen Pol errichtet, den Liberalismus direkt angreift und geradeheraus die Frage der revolutionären Führung aufwirft.

Wir finden, dass einer der bemerkenswertesten Aspekte der jüngsten Kämpfe der IKL die Tatsache ist, dass ihr keinen Stein auf dem anderen lasst. Dass ihr Positionen und Fragen untersucht, die bis zu den Anfängen und sogar noch bis vor die Gründung der Spartacist League/U.S. zurückreichen, von der nationalen Frage bis zur permanenten Revolution. Das zeigt eine politische Vitalität, die wir gegenwärtig bei anderen existierenden Gruppen nicht sehen. Wir schätzen es, dass ihr das auf eine Weise tut, die nicht eure Geschichte diskreditiert, sondern das zu Ende führt, wofür eure Vorgänger gekämpft haben. Die marxistische Geschichte eurer Organisation zu bekräftigen und nicht auf den Müllhaufen zu werfen ist der einzige Weg, die revolutionäre Kontinuität zu bewahren und euch so auf die Gegenwart neu zu orientieren. Die Tatsache, dass ihr dies auf so radikale Weise und ohne nennenswerte Austritte getan habt, zeigt die politische Ernsthaftigkeit der heute hier anwesenden Genossen.

Wir haben gerade erst begonnen, eure Umorientierung ernsthaft zu studieren, aber schon jetzt haben die Genossen das Gefühl, dass wir Riesenfortschritte gemacht haben. Wir sind in so kurzer Zeit sehr schnell vorwärts gekommen, dank der Früchte der hitzigen Kämpfe innerhalb der IKL in den letzten drei Jahren. Euer Rahmen, der Trotzki Übergangsforderungen entspricht, hat wie ein elektrischer Schock gewirkt, der uns enorm motiviert hat. Der Marxismus ist eine Anleitung zum Handeln, und wir steckten fest in dem Widerspruch zwischen der abstrakten Analyse in unseren Artikeln und der praktischen Aktion hier und jetzt. Wir haben nun eine solide Grundlage erhalten, diese Fragen zu beantworten, mit denen wir uns zuvor nur ansatzweise auseinandergesetzt hatten. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir hoffen, dass die heute hier anwesenden Genossen die gleiche Elektrizität spüren, die wir gespürt haben.

Es gibt eine Menge Arbeit zu tun. Wenn es euch gelingt, die von euch angestrebte Aufgabe zu erfüllen, den marxistischen Rahmen als Leitfaden für eure Organisation sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene anzuwenden, wäre das auf jeden Fall ein Gewinn für die Arbeiterklasse, und wir hoffen aus ganzem Herzen, dass euch das gelingt. Wenn ihr das tut, wird man auf diese Konferenz als eine von weltgeschichtlicher Bedeutung zurückblicken. Als Marxismus, der im 21. Jahrhundert mit Kraft zurückkehrt. Als die Grundlagen, in Kernform, worauf eine neu geschmiedete Vierte Internationale gebaut wird, die Trotzki anerkennen würde. Wir freuen uns darauf, die Diskussionen der Konferenz und die angenommenen Anträge zu verfolgen. Wir wünschen euch das Beste.

Ich danke euch.

die der imperialistische Kapitalismus anrichtet, und die Gefahr eines atomaren Weltkriegs zu entlarven. Es ist ebenso notwendig, die Ziele der Befreiung durch den Kommunismus wieder zu betonen als die Zuspitzung des rationalen Humanismus der Aufklärung...“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 15, Frühjahr 1993

Nehmen wir das mal auseinander. Erstens: Die Aufgabe, die hier gestellt wird, ist nicht die Förderung der Interessen der Arbeiterklasse, sondern „die kommunistische Bewegung wiederzubeleben“. Die Kommunisten als Avantgarde der Arbeiterklasse werden in dem Maße wachsen, wie die Position der Arbeiterklasse gestärkt wird, und nicht isoliert von ihren Kämpfen.

Aber wie sah unser Vorschlag aus, „die kommunistische Bewegung wiederzubeleben“? Wir skizzieren vier Punkte: die Verbrechen des Stalinismus aufzudecken, die

Verelendung im Kapitalismus aufzudecken, die Gefahr eines Atomkrieges aufzudecken, die befreienden Ziele des Kommunismus wieder zu betonen. Kein einziger dieser Punkte hat etwas mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu tun. Das ist das genaue Gegenteil unserer Intervention in der DDR, wo sich die Energien unserer gesamten Internationale darauf konzentrierten, die Arbeiterklasse zu führen, nicht abstrakt, sondern in der Hitze revolutionärer und konterrevolutionärer Umwälzungen.

Die Spaltung mit der IG

Ein ziemlich großer Teil des zum Thema „Der postsowjetische Revisionismus der IKL“ eingereichten Dokuments befasst sich mit der Spaltung zwischen der IKL und der Internationalistischen Gruppe (IG). Das ist offensichtlich ein sehr heikles Thema. Wir haben Jahrzehnte damit verbracht,



Spartacist

Langer Marsch ins Nirgendwo. Hunderte Seiten interner IKL-Bulletins beschworen den Kampf für „revolutionäre Kontinuität“, abgekoppelt von der Hauptaufgabe: revolutionärer Opposition gegen den Liberalismus

uns gegenseitig feindselige und verwirrende Polemiken an den Kopf zu werfen, von denen wahrscheinlich die Hälfte darin besteht, die jeweils andere Partei der Lüge zu bezichtigen. Die meisten außenstehenden Beobachter können den Unterschied zwischen den beiden Organisationen nicht erkennen – eine Tatsache, die trotz der wachsenden politischen Kluft weiterhin gilt. Der einzige Weg, das alles zu verstehen, besteht darin, die entscheidende Frage wieder aufzugreifen: die Frage der revolutionären Führung. Das heißt, beide Organisationen danach zu bewerten, wie sie dazu beigetragen haben, den Kampf der Arbeiterklasse voranzubringen. Wenn man das so sieht, wird plötzlich alles viel klarer. Es wird deutlich, dass keiner von uns ein Argument vorbringen konnte, warum der Marxismus und nicht der Liberalismus – die vorherrschende Ideologie der Periode – das Mittel zur Förderung der Interessen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten ist. Das ist wirklich der zentrale Punkt. Sobald dies klar ist, ist es viel einfacher, die sekundären Aspekte der Auseinandersetzungen mit klaren Augen zu betrachten. Wenn wir uns in Zukunft mit der IG – und in der Tat jeder anderen linken Organisation – auseinandersetzen, ist es von entscheidender Bedeutung, nicht von ihrer abstrakten Doktrin auszugehen, sondern davon, wie sie mit ihrer Intervention den Klassenkampf im Inland sowie international beeinflussen will.

Von 1992 bis 2017

Ich könnte eine Menge Zeit damit verbringen, all die verschiedenen Kämpfe und Parteiregime zwischen 1992 und 2017 zu beschreiben. Aber das würde nicht nur ewig dauern, es wäre auch weder interessant noch nützlich. Wenn man diesen Zeitraum durch die Brille der revolutionären Führung betrachtet, ist es leicht zu erkennen, dass unabhängig von der spezifischen opportunistischen oder sektiererischen Ausrichtung, die wir verfolgten, unser Ausgangspunkt nie darin bestand, zu begründen, *warum* eine marxistische Führung gegenüber den liberalen Führungen der jeweiligen Kämpfe entscheidend war. Wir haben diese Führungen sicherlich scharf angegriffen, von der Antikriegsbewegung über die Antiglobalisierungsbewegung bis hin zu den verschiedenen Bewegungen der Identitätspo-

litik. Aber wir konnten nicht argumentieren, warum man heute Marxist sein muss.

Ich könnte Hunderte von Zitaten anführen, die dies belegen. Das ist jedoch nicht nötig, denn jeder Genosse, der zu der Zeit in der Partei war, weiß, dass dies unsere Perspektive war, und hat selbst mit einem Kontakt oder einem neuen Mitglied argumentiert, dass es darum ging, ein schönes und warmes Programm für die Zukunft zu haben, nicht für heute. Für diejenigen, die nicht in der Partei waren, denke ich, dass der Unterschied in der Herangehensweise zwischen dem, was wir heute schreiben, und jedem Artikel, der in den letzten 30 Jahren geschrieben wurde, deutlich herauspringt. Hier ist ein Teil einer Nachricht, die wir kürzlich von einem Sympathisanten in Britannien erhielten, die dies zum Ausdruck bringt:

„In den letzten Zeitungen (*WH&WV*) wurden einige erstaunliche Dinge veröffentlicht, die eine völlig neue Einstellung in allen Fragen erfordern. Einfach gesagt: Reform gegen Revolution. Es ist eine solche Abkehr von der Zeit vor dem Kampf in der IKL, dass man sich wundert, wie arm, wie nicht-revolutionär man (ich) die Fragen des Tages beantwortete... Es ist wie eine neue Partei. Es ist eine neue Partei. Nicht zentristisch, sondern revolutionär. Und man hat das Gefühl, wenn man die neuen Zeitungen liest, dass die Artikel in die Offensive gehen, dass sie eine Zuversicht ausstrahlen, eine Zuversicht, die von der schieren Richtigkeit des Programms, das sie erklären, durchdrungen ist. Aufrüttelndes Zeug.“

Ich denke, diese externe Sichtweise ist mehr als hundert Zitate wert.

Die internationale Konferenz 2017

Es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass nicht jeder mit der neuen Ausrichtung der IKL zufrieden ist. Hier ist eine weit weniger günstige Bewertung unseres neuen Kurses von Brunoy, ehemaliges Mitglied und historischer Kader der LTF:

„Die Québécois-Nationalisten nutzten dann die Zeit, um ihre ‚programmatische‘ und organisatorische Übernahme der IKL zu gewährleisten, indem sie die wenigen noch dynamischen Kräfte Stück für Stück um sich scharten.“ [unsere Übersetzung]

Die „jungen revisionistischen Québécois-Nationalisten“, so nennt Brunoy mich und den Rest des Montréal-Kollektivs in seinem Dokument [Lachen]. Weiter schreibt er:

„Da sie nun alles fest im Griff haben, können sie die Entwicklung ihres restlichen revisionistischen Programms und den Bruch der IKL mit dem trotzkistischen Programm quasi öffentlich verkünden, um das Übergangsprogramm an eine ‚neue Realität‘ ‚anzupassen‘, ein großer Klassiker für alle Ex-Trotzkisten.“

Es ist interessant, dass für Brunoy der Wendepunkt die internationale Konferenz 2017 ist, als Genossin Coelho „die Füchse in den Hühnerstall ließ“:

„Es ist klar, dass der programmatische Bruch in Bezug auf die nationale Frage bei der Konferenz von 2017 einen qualitativen Wendepunkt darstellte und die Krise von 2020 nur dessen logische und natürliche Fortsetzung ist.“

Brunoy hat Recht, wenn er die Konferenz von 2017 besonders hervorhebt, aber er irrt sich, wenn er sagt, dass sie eine qualitative Wende in der IKL markiert.

Brunoy und unsere anderen Opponenten hassen 2017, und meistens aus den falschen Gründen. Was sie an 2017 hassen, ist genau der eine Punkt, der richtig war: Wir bekräftigten, dass der Kampf für nationale Befreiung kein Hindernis ist, das zur Seite geschoben werden muss, sondern eine treibende Kraft für die Revolution. Die Konferenz

von 2017 unterschied sich vom Rest der postsowjetischen Periode, weil sie (wenn auch nur sehr partiell) eine Revision des Leninismus korrigierte, die auf die frühen Jahre unserer Tendenz zurückging. Wenn wir uns jedoch unser grundlegendes Kriterium der revolutionären Führung vor Augen führen, ist es leicht zu erkennen, dass die Konferenz von 2017, wie alles andere, was wir in der postsowjetischen Periode getan haben, nicht darauf ausgerichtet war, der Arbeiterklasse im Weltgeschehen Führung zu geben, und dass sie daher grundlegend verfehlt war. Wir behaupteten explizit:

„In diesem [Konferenz-]Dokument geht es daher hauptsächlich um die wesentlichen Lehren aus den letzten Monaten [interner Diskussion] und nicht so sehr um wichtige Veränderungen in der politischen Weltlage... Für unsere Organisation geht es also zentral darum, uns programmatisch wieder zu bewaffnen und eine neue Führung zu schmieden, die sich diesen neuen Entwicklungen stellen kann.“

– *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 31, Herbst 2017

Wir haben absurderweise behauptet, dass wir, wenn wir uns in internen Polemiken vergraben, für die Welt gewappnet seien. Naja, dass das nicht der Fall war, überrascht nicht. Die Führung wurde gewählt auf der Grundlage moralistischer und liberaler Kämpfe, mit einem Körnchen wesentlicher programmatischer Wahrheit. Und natürlich brach die gesamte Organisation zusammen, als wir von der Pandemie getroffen wurden. In diesem Sinne ist es wahr, dass 2017 den Weg für den Zusammenbruch 2020 ebnete, aber nicht so, wie Brunoy es behauptet. Es war unser Versagen 2017, nicht für revolutionäre Führung gekämpft zu haben, das zu unserem Zusammenbruch führte, nicht die Bekräftigung grundlegender leninistischer Punkte zur nationalen Frage.

Der Zusammenbruch 2020

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie bestätigte eindrucksvoll, dass das Weltgeschehen der wahre Prüfstein für Parteien ist, die den Anspruch erheben, revolutionär zu sein. Anstatt auf die größte weltweite Krise seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu reagieren, indem wir der Arbeiterklasse einen Weg des Kampfes aufzeigen, haben wir die Antwort der liberalen Bourgeoisie auf die Pandemie übernommen und uns buchstäblich liquidiert. Hier wird die Entwicklung der IKL noch widersprüchlicher und zugleich interessanter. Wie haben wir es geschafft, vom totalen Zusammenbruch dorthin zu kommen, wo wir heute stehen auf dieser Konferenz, auf der wir die Grundlage für einen grundlegend anderen und revolutionären Kurs legen?

Es gibt in der Partei die Tendenz, unsere Neuaufrichtung als konstanten und schrittweisen Fortschritt darzustellen, als ob irgendwie der Kern der gegenwärtigen internationalen Führung seit 2020 und vielleicht sogar schon seit 2017 den gleichen Kampf geführt habe. Darin steckt ein *Körnchen* Wahrheit, aber grundsätzlich ist es falsch. Richtig ist, dass es im Jahr 2020 Widerstand gegen die Auflösung der Partei in den Liberalismus gab. Aber das war es auch schon. Verstehst mich nicht falsch, ohne diese Tendenz wäre die Partei jetzt einfach tot; in diesem Sinne war sie entscheidend. Aber der Widerstand dagegen, ein Liberaler zu werden, ist weit davon entfernt, ein Kommunist zu sein. Wir beschränkten unsere Rolle darauf, linke Kritiker der Spartacist League/U.S. zu sein. Wir zeigten keinen unabhängigen Weg auf, sondern drängten einfach auf weniger Liberalismus. Das Ergebnis war ein verwirrendes Durch-

einander von meist oberflächlichen und unverständlichen politischen Kämpfen.

Dies führte zur berüchtigten Delegation des Internationalen Exekutivkomitees (IEK) zur SL/U.S. im Sommer 2020. Auf dieser Reise trieb die Delegation eine Polarisierung auf Grundlage eines liberalen Moralismus voran, beschuldigte einige Genossen, in der Frage der Schwarzen unsensibel zu sein, und behauptete gleichzeitig, eine programmatische Übereinstimmung mit anderen zu haben, die als sensibler galten. Im Grunde genommen handelte es sich um den Versuch, den Kampf, der die Partei erschütterte, hinter sich zu lassen und dem liberalen Kurs der IKL wieder einmal ein neues Gesicht zu verleihen – das heißt, einen großen Kampf zu führen, eine Gruppe von Genossen zu verurteilen, einige abstrakte Aussagen über die Revolution zu machen und einen im Grunde genommen ähnlichen Weg weiterzugehen.

Der Kampf gegen die Delegation kam nur langsam in Gang, und wenn ihr euch das zentrale Dokument dazu ansieht und seine Kritik, werdet ihr feststellen, dass es ziemlich rigide und abstrakt ist. Aber einen wesentlichen Punkt gibt es in all dem, nämlich die Weigerung, wieder zur Tagesordnung überzugehen. Wir waren uns darüber im Klaren, dass der Liberalismus den Zusammenbruch der Partei herbeigeführt hatte und dass es keine Versöhnung mit ihm geben konnte, egal wie hoch der Preis dafür ist. So argumentierte ich auf dem IEK-Plenum im Dezember 2020:


„Wenn die proletarische Avantgarde ihr Programm bürgerlichen Kräften unterordnet und nicht als *unabhängiger Faktor* agiert, sind die Konsequenzen katastrophal. Diese Lehren gelten für das viel kleinere Ausmaß unserer gegenwärtigen Parteikämpfe. Wenn die IKL es toleriert und sich damit aussöhnt, dass die SL/U.S. den Trotzkismus aufgegeben hat, wird sie erledigt sein als jeglicher subjektiver revolutionärer Faktor.“

Das ist die Grundlage, auf der 2020 das IS gewählt wurde. In mancher Hinsicht klingt es wie das, was ich heute vertrete. Aber es ist grundlegend anders.

Erstens war es einfach falsch, zu behaupten, die Probleme der IKL seien alle auf die SL/U.S. zurückzuführen. Aber noch wichtiger ist, dass die Betonung der politischen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und der Notwendigkeit, vom Reformismus zu spalten, völlig abstrakt formuliert wurde, völlig losgelöst von der gigantischen Krise, die die Welt zu dieser Zeit erschütterte. Unsere Weigerung, uns damit zu versöhnen, war einerseits von entscheidender Bedeutung,

HERBST 2017

Der Kampf gegen die chauvinistische Hydra



Herakles im Kampf mit der Hydra von Laras. Etruskische Vase, sechstes Jahrhundert v. Chr.

Dokument der VII. Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) [Übersetzt aus dem Französischen]

I. Einleitung	8	IX. Belgien	21
II. Für die Schließung einer internationalen internationalen Führung	8	X. Europa	23
III. Theoretischer Rahmen des Chauvinismus	11	Angewandte des Europäischen Börsen	23
Entstehung von Marx, Engels und Lenin	11	Die Spartacist League/Britain	25
Wirkens Languard	11	Die Spartacist-Konferenz Deutschlands	26
Konflikte vor der Neuen Linken	14	I. J.	26
Sprachengestir	15	II. J.	26
IV. Der Kampf in Kanada	17	XI. Für permanente Revolution in kolonialen Ländern	26
V. Internationale Sekretariat	18	Guateloque	26
I. J.	18	Puerto Rico	26
II. Die Liga Internationale de France	19	Die weitere Kontrolle	26
Das Mexiko und der Chauvinismus	19	Die Internationalisten	26
Das Baskenland und Katalonien	19	Die Bolschewische Liga	26
Roska	21	XIII. Verschiedenes	26
		Die Agrarfrage	26

Dokument der VII. Internationalen Konferenz der IKL von 2017 korrigiert entscheidende Revision in der nationalen Frage, aber, wie im Titel zum Ausdruck kommt, mit liberal-moralistischer und abstrakter Grundhaltung

Spartacist Nr. 31 Herbst 2017



Rajkumar/Reuters

**Bengaluru, Indien:
Einäscherung von
Covid-19-Opfern,
Mai 2021. Pandemie
war Katastrophe
für Werktätige,
schrie nach einem
Abwehrkampf gegen
die kapitalistischen
Herrscher**

um uns heute hierher zu bringen. Aber andererseits stellte sie keinen grundlegenden Bruch dar, weil sie von unserer tatsächlichen Intervention in der Welt abgekoppelt war.

Ich glaube, die meisten IS-Genossen können genau sagen, wann und wo unsere Seifenblase geplatzt ist in Bezug auf die Kämpfe, die wir „gegen den Revisionismus der SL/U.S.“ führten. Im März 2021 organisierten wir schließlich eine ernsthafte Diskussion über die Covid-19-Pandemie. Als wir an dem Antrag arbeiteten, der unsere Opposition gegen die Lockdowns formulierte, bezogen wir uns auf Lenins Schriften während des Ersten Weltkriegs, insbesondere auf seinen Artikel „Über die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Kriege“ vom Juli 1915. Dort argumentiert er:

„Die einzige Politik, die in der Tat, nicht in Worten, den Bruch des ‚Burgfriedens‘ und die Anerkennung des Klassenkampfes bedeutet, besteht darin, dass das Proletariat die *Schwierigkeiten* der eigenen Regierung und der eigenen Bourgeoisie *ausnutzt, um sie zu stürzen.*“

Als wir an diesem Antrag arbeiteten und über diesen Punkt von Lenin nachdachten, fiel der Groschen. Während die Pandemie schon ein ganzes Jahr lang gewütet und der Arbeiterklasse unermessliches Leid zugefügt hatte, verbrachten wir – die sogenannte Avantgarde des Proletariats – dieses Jahr damit, uns in internen Diskussionen zu verstricken, die der Arbeiterklasse keinen Weg zum Kampf boten. Wir haben die Schwierigkeiten der Kapitalisten ganz sicher nicht ausgenutzt, um den Kampf für die Revolution voranzutreiben. In diesem Moment wurde klar, wie bankrott unser Kurs war. Bis dahin war zwar die von uns eingeschlagene Marschrichtung entscheidend, aber der Inhalt dessen, wofür wir kämpften, war grundlegend falsch.

Die Erklärung der IKL gegen die Lockdowns [*Spartacist*-Extra vom April 2021, abgedruckt in *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 33, Mai 2023] stellt die qualitative Wende in unserer Internationale dar, weil sie ein Programm vorlegte, das den Interessen der Arbeiterklasse in dieser weltweiten Krise entsprach. Obwohl wir spät dran waren, hat doch allein die IKL eine solche Perspektive vorgelegt.

„Arbeiterlockdowns“

Soweit ich weiß, haben Genossen der Gruppe Bolschewik-Leninist (B-L) ihre Position aufgegeben, zu „Arbeiter-

lockdowns“ aufzurufen. Ich möchte dennoch einige Bemerkungen zu dieser Frage machen. Wir können über den besten taktischen Ansatz diskutieren, um eine unabhängige proletarische Perspektive in der Pandemie zu vertreten, aber die prinzipielle Frage ist, dass diese Perspektive ausdrücklich der der Bourgeoisie entgegengesetzt werden muss.

Wer weiß, wie ein revolutionärer Arbeiterstaat mit einer Pandemie umgehen würde? Das hinge von den konkreten Umständen ab. Eine Stilllegung bestimmter Segmente der Wirtschaft wäre nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber darum geht es nicht. Der Hauptpunkt bei der Pandemie, wie sie real existierte, war der, dass die Arbeiterklasse *kämpfen* musste, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen, und nicht akzeptieren durfte, einfach eingesperrt zu bleiben und dem Diktat ihrer Herrschenden zu folgen. Im Bewusstsein der Bevölkerung würde ein von der Arbeiterklasse verwalteter Lockdown im besten Fall verstanden werden als Lockdown mit einigen zusätzlichen sozialen Maßnahmen; im schlimmsten Fall würde es so gesehen werden, dass die Arbeiter die drakonischen Zwangsmaßnahmen selbst durchsetzen. In beiden Fällen wird überhaupt kein Keil getrieben zwischen der von Regierungsseite forcierten Politik und den Interessen der Arbeiterklasse. Stattdessen wird eine Brücke zwischen beiden geschlagen.

Ich glaube, dass der Grund für den Wunsch nach Forderungen wie für „Arbeiterlockdowns“ in der Unfähigkeit liegt, die moralische Propaganda der Bourgeoisie während der Pandemie, „Leben zu retten“, zu widerlegen. Das Hauptargument, das vorgebracht werden musste, um die Interessen der Arbeiterklasse während der Pandemie voranzutreiben, war, dass sie sich der Reaktion der Regierung *widersetzen* musste, *obwohl* diese das Virus bekämpfte. Wenn man nicht erklären kann, wie die Reaktion der Regierung der Arbeiterklasse schadet, muss man entweder die idiotische Position einnehmen, dass Kommunisten sich nicht um Menschenleben kümmern, oder versuchen, die Interessen der Arbeiterklasse mit der Lockdown-Politik der Herrschenden in Einklang zu bringen. Der Schlüssel zur Überwindung dieses Dilemmas besteht darin, zu zeigen, wie die Verwirklichung der Interessen der Arbeiterklasse während der Pandemie – sowohl unmittelbar als auch län-

gerfristig – mit den gegenwärtigen sozialen und politischen Strukturen kollidieren. Dann wird es klar, dass die Arbeiterklasse keine Regierungspolitik unterstützen durfte, sondern ihre eigene unabhängige und entgegengesetzte Strategie brauchte, um ihre Sicherheit und ihre Lebensgrundlage zu verteidigen.

Die Wiederschmiedung der IKL

Die Veröffentlichung der Erklärung zu den Lockdowns war ein qualitativer Wendepunkt, aber der Kampf war noch lange nicht zu Ende. Sobald wir auf dem Weg waren, der Arbeiterklasse eine revolutionäre Führung zu geben, sahen wir uns mit einer Mauer des angesammelten methodologischen und politischen Revisionismus konfrontiert, die uns auf Schritt und Tritt blockierte. Es war eine Sache, unser Schwert aus der Scheide zu ziehen; eine andere war es, zu lernen, wie man es schärft und führt. Betrachtet man die Bilanz der IKL seit 2021, so war unser Kurs ein revolutionärer: Wir haben versucht, der Arbeiterklasse bei den wichtigsten Ereignissen, die die Welt erschütterten, und in den Ländern, in denen wir Sektionen haben, Führung zu geben. Unsere Interventionen waren bescheiden und uneinheitlich, aber äußerst wichtig. Ich werde nun genauer auf den mühseligen Weg und die unterschiedlichen Etappen eingehen, die wir durchliefen, damit diese Interventionen stattfanden.

1) Bekräftigung der Spaltung zwischen Reform und Revolution

Fast unmittelbar nach Veröffentlichung der Lockdown-Erklärung gab es Versuche verschiedener Sektionen und eines Teils des IS selbst, die Trennlinie in der Arbeiterbewegung einfach als für oder gegen Lockdowns darzustellen. Dagegen war es notwendig, die grundlegende Lehre des Leninismus zu bekräftigen – dass die Spaltung in der Arbeiterbewegung zwischen Reform und Revolution verläuft. Was damals im Dezember 2020 noch abstrakt war, ist nun konkret geworden und stand in direktem Zusammenhang mit unserer Intervention in der Pandemie. Versteht mich jetzt nicht falsch. Wenn ihr auf die Kämpfe zurückschaut, die wir im Jahr 2021 zu dieser Frage hatten, werdet ihr viele sehr theoretische und etwas abstrakte Punkte finden. Aber anders als 2020 wurde die Frage der Spaltung der Arbeiterbewegung entlang der Linien von Reform und Revolution zur Verteidigung einer grundlegend revolutionären Intervention in Weltereignisse eingesetzt.

Genau dieser politische Punkt war in der Spartacist League/Britain entscheidend, wo wir die Kapitulation der Sektion vor dem Labourismus in den Corbyn-Jahren korrigieren mussten, um sie wieder auf Kurs zu bringen. Im SL/B-Konferenzdokument von 2021 bekräftigten wir folgenden grundlegenden Punkt:

„Leninisten sind gegen die ‚Breite Kirche‘ (oder die Partei der Gesamtklasse), weil der *revolutionäre Flügel* dem *reformistischen Flügel* untergeordnet wird, nicht aus dem Grund, dass die sozialdemokratische Linke durch die sozialdemokratische Rechte behindert wird. Daher bedeutet für Leninisten der Kampf gegen die ‚Breite Kirche‘ der Labour-Unterstützer nicht, Corbys Beschwichtigung der Blair-Anhänger zu bekämpfen. Es bedeutet, gegen subjektive Revolutionäre (zum Beispiel die SL/B) zu kämpfen, die eine Einheit mit Corbyn predigen.“

– „Verteidigung des revolutionären Programms (II)“, Spartacist (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 33 Mai 2023



Spartakist

Berlin, 29. Mai 2022: Banner der Spartakisten. Die Weigerung der Pazifisten, die offenen Sozialchauvinisten rauszuschmeißen, zeigt ihre Ergebenheit zum deutschen Imperialismus

Einfach ausgedrückt: Wir kämpfen für eine revolutionäre Partei, nicht für eine linkere Sozialdemokratie. Die SL/B-Konferenz weitete dieses Verständnis auch auf die Gewerkschaftsfrage aus. Gegen unsere jahrzehntelange vergangene Praxis argumentierten wir:

„Nur Führungen in den Gewerkschaften, die auf einem revolutionären Programm aufgebaut werden, können die engen spezifischen Interessen eines bestimmten Wirtschaftszweigs, einer Gewerkschaft oder eines Landes überwinden und die Kämpfe führen, welche die Interessen der gesamten Arbeiterklasse voranbringen. Dazu muss das Programm von Klassenzusammenarbeit der gegenwärtigen Führung der Gewerkschaften entlarvt werden *und auch* die militantere Version des gleichen Programms, das von der reformistischen Linken propagiert wird.“

Die beiden oben genannten Punkte waren absolut entscheidend. Aber sehr schnell ging die Tendenz in der Partei dahin, sie einfach als auswendig gelernte Formeln zu wiederholen. Immer und immer wieder mussten wir darauf beharren, dass es bedeutungslos ist, diese Wahrheiten losgelöst vom konkreten Kampf zu bekräftigen.

2) Taktik

Das bringt mich zum nächsten Punkt: Taktik. In Deutschland gingen wir bei unserer Wiederbewaffnung anders vor als in Britannien. Wir starteten mit einer sehr wichtigen Intervention und vertieften dann unsere theoretischen Grundlagen. Sobald man versteht, dass es bei revolutionärer Führung darum geht, den Kampf der Arbeiterklasse anzuleiten, wird die Notwendigkeit, Widersprüche und Polarisierungen in der Gesellschaft auszunutzen, offensichtlich. Und das erfordert den richtigen Einsatz von Taktik. Die SpAD-Kampagne, die NATO/EU-Unterstützer im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg aus der Linkspartei rauszuschmeißen (siehe

Spartakist Nr. 224 und Nr. 225), war eine konkrete Anwendung des Kampfes um die revolutionäre Führung und der Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung zwischen Reform und Revolution zu spalten. Indem wir Druck auf die linke Sozialdemokratie ausübten, sich gegen die sozialchauvinistische Welle zu wehren, die Deutschland erfasste, konnten wir sehr konkret machen, warum nur ein revolutionäres Programm eine echte Grundlage für Widerstand gegen den Krieg bieten kann.

Natürlich hätten wir uns zurücklehnen und abstrakt zur Revolution gegen den deutschen Imperialismus aufrufen können. Aber das hätte nichts gebracht, um die Interessen der Arbeiterbewegung tatsächlich voranzubringen. Dagegen bot der Kurs, für den wir kämpften, einen konkreten Weg, gegen den deutschen Imperialismus zu kämpfen und gleichzeitig die Autorität der revolutionären Avantgarde zu stärken. Unsere Interventionen haben deutlich gemacht, dass der linke Flügel der Linken eher bereit ist, sein pazifistisches Anti-NATO-Programm über Bord zu werfen, als die Einheit mit den Kriegstreibern zu brechen.

Jeder halbwegs anständige Linke, der sich den heutigen politischen Kontext in Deutschland anschaut – wo die rechte AfD zur stärksten politischen Kraft wird –, muss zugeben, dass die Spartakisten Recht hatten, dafür zu kämpfen, die NATO/EU-Anhänger aus der Arbeiterbewegung rauszuwerfen. Dass die Linke in Deutschland dies nicht getan hat, hat sie völlig gelähmt und demoralisiert. Gleichzeitig hat die Reaktion den Wind in den Segeln, sie profitiert von der wachsenden Opposition gegen den Ukraine-Krieg.

3) Den Wurzeln des postsowjetischen Revisionismus auf den Grund gehen

Um auf die eher interne Frontlinie zurückzukommen: Anfang 2022 waren wir in der empörenden Lage, dass fast ein Jahr nach der Veröffentlichung der Lockdown-Erklärung praktisch keine Sektion auch nur den gerings-

ten Fortschritt erzielt hatte. Das trieb uns an, der Ursache für diese Lähmung auf den Grund zu gehen. Wenn unser Problem nur die Pandemie gewesen wäre, dann hätten wir uns wieder aufrappeln müssen, sobald die politische Frage geklärt war. Aber das geschah nicht, und es wurde immer deutlicher, dass das, was wir in der Pandemie anstrebten, völlig anders war als die Perspektive der Internationale in den letzten 30 Jahren.

Indem wir dafür kämpfen, in der heutigen Welt eine revolutionäre Führung zu bieten, können wir unsere Probleme in der vorangegangenen Periode verstehen. Man kann die Probleme der IKL niemals verstehen, wenn man nur unsere internen Diskussionen studiert. Noch einmal: Nur durch den Kampf für einen revolutionären Kurs heute kann man unsere frühere Desorientierung verstehen.

4) Permanente Revolution

Im Falle unserer Sektionen in Ländern, die national unterdrückt sind, hat uns auch 30 Jahre zurückzugehen nichts genützt. Wir wurden zum ersten Mal in Québec mit dem Problem konfrontiert. Um ein revolutionäres Programm in der Pandemie vorlegen zu können, mussten wir die Illusion entlarven, dass der Staat das Schlüsselinstrument für den Fortschritt der Québécois-Nation sei. Aber um diese Illusion wirklich zu zerbrechen, mussten wir anerkennen, dass sie eine legitime Grundlage hatte. Die Entwicklung eines Proto-Staates ermöglichte es der Québécois-Nation, sich gegen die anglophone Vorherrschaft zu wehren, und brachte bedeutende soziale Fortschritte. Mit Hilfe von Trotzki's Schriften über die permanente Revolution konnten wir dieses Problem knacken und die Rolle der Québec-Bourgeoisie verstehen als halb unterdrückte, halb herrschende Klasse, die zwar die Führung des nationalen Kampfes übernimmt, ihn aber untergräbt und auf Schritt und Tritt verrät.

Als wir dieses Verständnis auf Griechenland und dann auf Mexiko ausdehnten, wurde klar, dass die gesamte Ge-

SPARTACIST 12 SPARTAKIST- EK 5 MAYIS 2023

Ukraynalı ve Rus İşçiler: Silahlarınızı Hükümdarlarınıza Doğrultun!

SPARTAKIST EK 5 MAYIS 2023 0,50 €

— Mağlubiyetlere Yeter! — İşçilerin zafer için bir programa ihtiyacı var!

Yunanistan

SPARTACIST EK 5 MAYIS 2023 0,50 €

— Hamas'ın Getireceği Sadece Ölüm ve Yenilgi — Filistin'in Kurtuluşu için Devrimci Bir Yol

Palästina-Extras auf Arabisch und Türkisch

Türkçe Ek 5 Mayıs 2023 0,50 €

icl-fi.org/arabic
icl-fi.org/turkish

Kontaktadressen siehe Seite 75
Adres rehberi için 75. sayfaya bakınız

Juli 1967: Nationalistische Kundgebung begrüßt de Gaulle in Québec. Banner lautet: „Unseren französischen Staat ... wir werden ihn kriegen!“ Es ist in unterdrückten Nationen unmöglich, Illusionen in den kapitalistischen Staat zu zerstören, ohne legitime Bestrebungen nach nationaler Befreiung anzuerkennen



schichte unserer Partei über die permanente Revolution revisionistisch war. Diese Erkenntnis kam nicht, indem wir viele Bände Trotzki durchwälzten – obwohl das sicherlich notwendig war –, sondern durch den Kampf, der Arbeiterklasse heute Antworten zu geben. Man kann keinen einzigen Schritt in diese Richtung machen, wenn man denkt, dass die Verteidigung der griechischen Grenzen völlig reaktionär ist, oder wenn man Maßnahmen zur Bildung der Bauernschaft in Mexiko nur als einen reaktionären Trick verurteilt, der Bauern in ... gebildete Arbeiter verwandelt.

5) Stalinistische Bürokratie

Genau der gleiche Prozess fand in Bezug auf China statt. Um die Interessen der Arbeiterklasse dort tatsächlich voranzubringen, muss man die stalinistische Bürokratie konfrontieren. Das gilt ganz allgemein und auch für die Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und Konterrevolution. Die Verteidigung Chinas erfordert einen Kampf *gegen* die Stalinisten. Für alle, die immer noch Zweifel haben, ob unsere jüngsten Artikel zu hart gegenüber den Stalinisten sind, lasse ich Trotzki antworten:

„Der Kampf gegen den Krieg, gegen Imperialismus und Faschismus erfordert einen unbarmherzigen Kampf gegen den verbrechenbeladenen Stalinismus. Wer ihn direkt oder indirekt verteidigt, wer über seine Verräterei schweigt oder seine militärische Kraft übertreibt, der ist der schlimmste Feind der Revolution, des Sozialismus und der unterdrückten Völker. Je früher die Clique des Kreml durch den bewaffneten Angriff der Arbeiter gestürzt wird, desto größer werden die Chancen der sozialistischen Wiedergeburt der UdSSR, desto näher und breiter wird die Perspektive der internationalen Revolution sein.“

– „Eine ganz frische Lehre“, Oktober 1938

Dies zeigt, dass es so etwas wie „zu hart gegen den Stalinismus sein“ schlichtweg nicht gibt.

6) Der Kampf gegen den Zentrismus

Eine Schlüssellehre, die im Verlauf der SL/U.S.-Konferenz im vergangenen Dezember hervorgehoben wurde, ist die Wichtigkeit des Bruchs mit dem Zentrismus. Die Frage ist, ob der marxistische Pol um Hegemonie kämpfen oder ob er Zugeständnisse machen wird, die

seine eigenen Aktivitäten und Prinzipien kompromittieren und einschränken. Es ist eine Sache, richtige prinzipienfeste Positionen einzunehmen, und eine andere, die praktischen Schlussfolgerungen aus diesen Positionen zu ziehen und in Übereinstimmung mit ihnen zu kämpfen. Die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse stellt sich am schärfsten über den Zentrismus. Einheit oder Spaltung mit dem Opportunismus, das ist die Frage. Es war entscheidend, dass die SL/U.S.-Führung auf der Grundlage eines scharfen Kampfes gegen den Zentrismus gewählt wurde. Die Kämpfe in der SL/U.S. seit der Konferenz zeigen jedoch, dass der Kampf gegen den Zentrismus keine einmalige Angelegenheit ist, sondern sich ständig in jedem Aspekt unserer Arbeit stellt.

7) Dem Kampf der Arbeiterklasse auf Schritt und Tritt Führung geben

In der gegenwärtigen Phase haben die meisten Sektionen einige wichtige Schritte zur Bekräftigung unserer grundlegenden Aufgaben unternommen und/oder haben bedeutende Interventionen in das Geschehen in ihren Ländern gemacht. Aber revolutionäre Führung besteht nicht nur darin, das programmatische Banner zu hissen oder ein paar gute Interventionen zu machen. Es ist ein ständiger Prozess, der nie abgeschlossen ist, sondern immer wieder auf die Probe gestellt wird. Um die Loyalität der Arbeiterklasse zu gewinnen, müssen wir eine Partei aufbauen, die in der Lage ist, ihre Kämpfe bei jedem Schritt des Weges zu führen, ob sie nun in der Offensive oder in der Defensive ist.

Die meisten Erfahrungen haben wir damit in der SL/B gemacht, wo wir im vergangenen Jahr an entscheidenden Punkten der Streikwelle, die das Land erschütterte, intervenieren konnten. An jedem Punkt des Konflikts kämpften wir dafür, den Kampf voranzutreiben und gleichzeitig einen Keil zwischen die labouristischen Führer der Bewegung und die Interessen der Arbeiterklasse zu treiben. Jede einzelne Wendung in der Situation erforderte Kämpfe innerhalb der Partei, um die neue Orientierung richtig hinzukriegen. Bei dem Versuch, die Kämpfe anzuleiten, waren wir natürlich gezwungen, uns stark auf unsere wenigen Wurzeln in der Arbeiterklasse zu stützen. Wir konnten

dem Kampf keine Führung bieten, ohne die Stimmung und den Druck in der Arbeiterklasse zu kennen. Unsere gesamte Intervention basierte auf einem ständigen Austausch zwischen unseren Mitgliedern in den Gewerkschaften und der SL/B-Führung. In der Tat hat dieser Prozess dazu geführt, dass unsere Mitglieder in den Gewerkschaften zu einem integralen Bestandteil dieser Führung wurden.

Dies unterstreicht den Typus der Partei, die wir schmieden wollen, eine revolutionäre Arbeiterpartei. Eine Partei, die mit deutlicher Mehrheit aus Arbeitern besteht und deren Politik ihre Klasseninteressen widerspiegelt. Die Rolle von Intellektuellen in einer solchen Partei besteht darin, mit den Methoden und Einstellungen des Kleinbürgertums zu brechen und sich der Förderung der Interessen der Arbeiterklasse unterzuordnen. Man kann eine Arbeiterpartei nicht in einem Elfenbeinturm aufbauen, abgeschnitten von der Arbeiterklasse. Im Moment sind unsere Wurzeln in der Arbeiterklasse winzig. Aber wir müssen uns über unsere Perspektive absolut im Klaren sein, und wir müssen hier und jetzt in Übereinstimmung mit ihr arbeiten. Insgesamt war unsere Intervention in Britannien bescheiden, und wir haben sicherlich Fehler gemacht. Aber ich denke, es gibt viele Lehren daraus und es ist ein kleines Beispiel dafür, was es heißt, revolutionäre Führung zu geben.

Ich bin sogar der Meinung, dass man das Gleiche über die Gesamtheit unseres Kurses in den letzten zwei Jahren sagen kann. Es ist wichtig, im Kopf zu behalten, dass der Prozess, den wir durchlaufen haben, sich sicherlich auf die eine oder andere Weise in linken Gruppen überall auf der Welt wiederholen wird. Der gegenwärtige Kontext politischer Unruhen auf internationaler Ebene übt großen Druck auf die marxistische Linke aus, und es wird sicherlich zu Polarisierungen und Öffnungen kommen. Die Dokumente, die auf dieser Konferenz vorgelegt werden, geben Antworten auf die wichtigsten Fragen, die sich heute stellen. Wir

müssen mit diesem Material sehr offensiv intervenieren. Aber es wird auch von entscheidender Bedeutung sein, die Lehren aus unseren Kämpfen hervorzuheben und hoffentlich dazu beizutragen, es anderen, die wie wir versuchen, einen revolutionären Kurs einzuschlagen, leichter zu machen. Das ist zum Teil das Ziel, das wir mit der Teilnahme der Gruppe B-L auf unserer Konferenz an diesem Wochenende verfolgen.

Schlussfolgerung

Abschließend möchte ich sagen, dass wir, wie ich in meinem Bericht immer wieder betont habe, jede Frage unter dem Gesichtspunkt angehen müssen, eine unabhängige Perspektive für die Arbeiterklasse darzulegen, die darauf beruht, den Kampf für sozialistische Revolution voranzutreiben. Der nächste Schritt besteht dann darin, diese Perspektive konkret in einem marxistischen Verständnis von den Klassenkräften und Hindernissen zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort zu verankern.

Nach drei Jahren mühsamen Kampfes haben wir einige gigantische Fortschritte gemacht. Aber das ist wirklich nur der Startpunkt. Lasst uns nicht herunterspielen, wie prekär unsere Situation nach wie vor ist. Unsere Partei ist weit davon entfernt, auf Basis der Politik der Konferenzdokumente konsolidiert zu sein. Wir müssen uns weiter stählen; die Weltereignisse werden sicher unversöhnlich sein und jedes Zögern unsererseits hart bestrafen. Wer einen ständigen und aufreibenden Kampf nicht ertragen kann, ist nicht in der richtigen Partei. Als die Konferenz näher rückte, haben einige Genossen dies verstanden und sind ausgetreten. Sei's drum. Wir gehen vorwärts, entschlossen wie eh und je und klarer denn je über unsere Aufgaben in dieser neuen Periode. Diese Konferenz ist der erste Schritt.

Nieder mit Zentrismus und Sektierertum! Vorwärts zur wiedergeschmiedeten Vierten Internationale! ■



Ukrainekrieg und Krise der Linken

Die SpAD legte ein Programm vor gegen die Offensive der Kapitalisten und um die Arbeiter zum Sieg zu führen. Schlüssel ist der politische Kampf gegen Pro-NATO-Arbeiterführer und ihre pazifistischen Anhänger.

Abonniert!



Abo (3 Ausgaben): 3€ • Ausland: 6€
enthält Spartacist, deutschsprachige Ausgabe
Bestelladresse siehe Seite 75



Niedergang...

(Fortsetzung von Seite 5)

Dieses günstige Kräfteverhältnis schuf nicht nur lukrative Investitionsmöglichkeiten für die Imperialisten, sondern verringerte auch die mit dem Außenhandel verbundenen Risiken. Die Kapitalisten konnten im Ausland investieren und Handel treiben, weil sie wussten, dass die politische und militärische Dominanz der USA sie vor einem größeren Konflikt oder einer allzu feindseligen Regierung schützte. Diese Faktoren führten zu einer erheblichen Zunahme des internationalen Handels, zur massiven Verlagerung der Produktion ins Ausland und zu einer Explosion des internationalen Kapitalverkehrs, d.h. zur Globalisierung.

Eine marxistische Antwort auf die Globalisierung

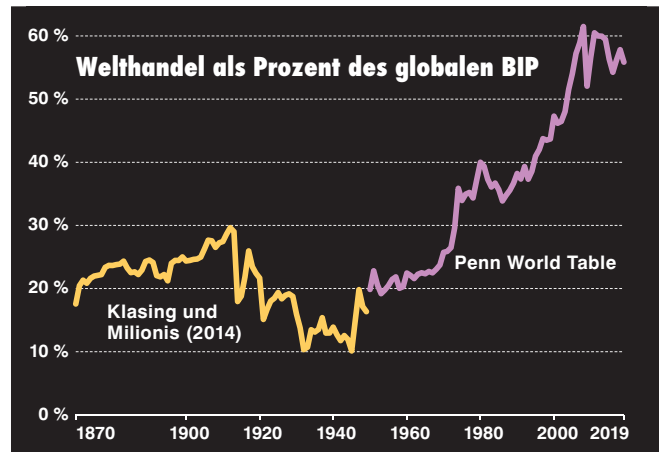
Die Befürworter des liberalen Imperialismus führen den erheblichen Anstieg des Lebensstandards in vielen Teilen der Welt und allgemein niedrigere Preise für Konsumgüter auf die Globalisierung zurück. Es ist unbestreitbar, dass die Ausweitung der globalen Arbeitsteilung in den letzten 30 Jahren international zu einer Entwicklung der Produktivkräfte geführt hat. So hat sich beispielsweise der Pro-Kopf-Energieverbrauch in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen mehr als verdoppelt, die weltweite Alphabetisierungsrate ist auf fast 90 Prozent gestiegen, und die Automobil- und Stahlproduktion hat sich mehr als verdoppelt. Auf den ersten Blick scheinen diese fortschrittlichen Entwicklungen im Widerspruch zur marxistischen Imperialismustheorie zu stehen, die besagt, dass der Kapitalismus sein Endstadium erreicht hat, in dem die Herrschaft des Monopolkapitals zu Parasitismus und langfristigen Verfall führt. Die marxistische Analyse steht jedoch keineswegs im Widerspruch zu den Ereignissen, sondern nur sie kann diese vollständig erklären und dabei zeigen, dass die liberale Weltordnung nicht zu einem allmählichen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, sondern zu sozialem Elend führt.

Zunächst einmal ist es keineswegs notwendig, dem Finanzkapital eine progressive Rolle zuzuschreiben, um ein anhaltendes Wachstum der Produktivkräfte zu erklären. Die Bedingungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – geringere militärische Bedrohung, geschwächte Arbeiterbewegung, geringeres Risiko bei Auslandsinvestitionen, weit verbreitete Liberalisierung – ermöglichten es dem Imperialismus eine Zeit lang, seine Tendenz zum Niedergang zu überwinden. Tatsächlich hat Trotzki selbst diese Möglichkeit vorausgesehen:

„Theoretisch ist natürlich auch ein neues Kapitel eines *allgemeinen* kapitalistischen Fortschritts in den besonders mächtigen, herrschenden und führenden Ländern nicht ausgeschlossen. Dazu müsste der Kapitalismus jedoch erst ungeheure sowohl klassenmäßige als auch zwischenstaatliche Barrieren überwinden. Er müsste für lange Zeit die proletarische Revolution abwürgen. Er müsste China endgültig versklaven, die Sowjetrepublik stürzen usw.“

– Die Dritte Internationale nach Lenin (1928)

Genau das ist geschehen. Nach einer dramatischen Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen zu Lasten des Proletariats hat der Kapitalismus einen neuen Auftrieb bekommen. Dies konnte jedoch nur eine vorübergehende Atempause in der allgemeinen Tendenz des Imperialismus zum Niedergang sein, die nun zur Norm zurückkehrt.



Spartacist-Grafik, Quelle: Our World in Data

Welthandel stieg nach Zusammenbruch der Sowjetunion auf Allzeithoch, übertraf frühere Globalisierungswellen bei weitem

Zweitens wollen die Verfechter des Kapitalismus die Überlegenheit der freien Märkte gegenüber der Planwirtschaft beweisen, indem sie die Lebensstandards in den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas mit denen von heute vergleichen (Polen ist das Standardbeispiel). Tatsächlich lässt sich diese Behauptung widerlegen, selbst wenn man davon absieht, dass sich die Bedingungen in bestimmten Bereichen – Ungleichheit, Stellung der Frau, Massenauswanderung usw. – tatsächlich verschlechtert haben. Die orthodoxen Marxisten – d.h. die Trotzisten – haben stets argumentiert, dass die Planwirtschaften der isolierten Arbeiterstaaten trotz ihrer enormen Vorteile die Wirtschaft der fortgeschrittenen kapitalistischen Mächte aufgrund deren höherer Produktivität und ihrer internationalen Arbeitsteilung nicht übertreffen können. Die Stalinisten behaupteten, dass die Sowjetunion allein (und später mit ihren Verbündeten) die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder durch eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus überholen könne. Aber gerade die Unmöglichkeit der friedlichen Koexistenz schließt dies aus.

Die imperialistischen Mächte haben stets extremen wirtschaftlichen und militärischen Druck auf die UdSSR und andere Länder des Warschauer Paktes ausgeübt. Deren Wirtschaftsleistung wurde durch diese Angriffe beeinträchtigt, wobei noch die bürokratische Misswirtschaft hinzukam, die zwangsläufig mit dem Versuch einhergeht, den „Sozialismus“ unter Bedingungen der Isolation und Armut „aufzubauen“. Das anhaltende Wirtschaftswachstum im kapitalistischen Polen ist auf seine vollständige Integration in den Welthandel zurückzuführen – eine Möglichkeit, die der zerstörten Nachkriegswirtschaft der Volksrepublik Polen verschlossen war. Man kann den Lebensstandard einer belagerten Burg nicht mit dem einer nicht belagerten Burg vergleichen. Die Überlegenheit der Planwirtschaften ist klar ersichtlich, wenn man die unglaublichen Fortschritte betrachtet, die *trotz* des feindlichen internationalen Umfelds, in dem sie sich befanden, erzielt wurden. Das gilt für Polen ebenso wie für die Sowjetunion, Kuba, China und Vietnam.

Drittens argumentieren die Verfechter der liberalen Weltordnung, dass die Intensität und die Zahl der Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg abgenommen haben und seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch weiter zurückgegangen sind, was beweise, dass Liberalismus und Globalisierung

allmählich zum Frieden führen. Auch wenn einige sachliche Aspekte dieser Behauptung angefochten werden können, so ist doch unbestreitbar, dass kein Konflikt in den letzten 75 Jahren auch nur annähernd an das industrielle Gemetzel der beiden Weltkriege heranreicht. Bis heute ist die „Erhaltung des Friedens in Europa“ das Hauptargument zur Verteidigung der EU. Die Wahrheit ist, dass das Ausbleiben eines neuen Weltkriegs nur darauf zurückzuführen ist, dass die USA ihre Rivalen turmhoch überragen – ein notwendigerweise vorübergehendes Kräfteverhältnis. Wie Lenin erklärte:

„Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben...

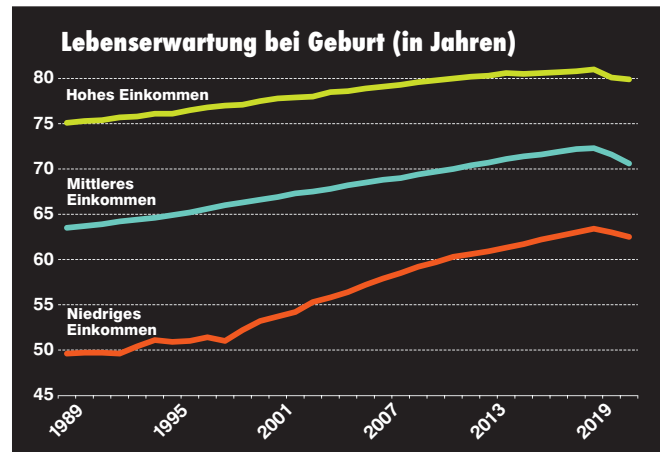
„Interimperialistische“ oder „ultraimperialistische“ Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen „Marxisten“ Kautsky, *notwendigerweise* nur „Atempausen“ zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses *aller* imperialistischen Mächte.“

– *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1916)

Zu akzeptieren, dass in der postsowjetischen Zeit relativer Frieden herrschte, ändert nichts an der Tatsache, dass es zahlreiche Kriege gab, die sehr brutal waren. Das US-Militär hat fast ununterbrochen Kriege niedriger Intensität geführt, um seine militärische Macht zu behaupten und sein Recht zu sichern, unzählige Millionen Menschen durch die Expansion des Finanzkapitals „friedlich“ zu unterjochen. Weit davon entfernt, zum Weltfrieden zu führen, bereitet diese Dynamik nur neue Kriege von unvorstellbarer Brutalität vor, um die Welt erneut aufzuteilen.

Viertens hat sich das Wachstum der Produktivkräfte nicht aufgrund irgendeines mythischen Freihandels vollzogen, sondern unter dem Joch und entsprechend den Interessen des von einigen wenigen Großmächten kontrollierten Monopolkapitals. Das bedeutet, dass jeder kurz- oder mittelfristige Fortschritt in bestimmten Regionen der Welt mit einer zunehmenden Abhängigkeit von den finanziellen Launen der imperialistischen Mächte, insbesondere der USA, einherging. So lässt sich zum Beispiel anhand verschiedener sozio-ökonomischer Indikatoren eine Verbesserung des Lebensstandards in Mexiko seit den 1990er-Jahren feststellen. Dies geschah jedoch um den Preis einer viel tieferen wirtschaftlichen Unterordnung unter die USA und einer verheerenden Situation bestimmter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Bauernschaft. Diese Situation bedeutet, dass die Imperialisten in Zeiten des Wachstums riesige Profite aus den von ihnen abhängigen Ländern ziehen und in Krisenzeiten erpresserische politische und wirtschaftliche Zugeständnisse verlangen können, was deren nationale Unterdrückung weiter vertieft. All dies zeigt, dass kurzfristiges Wirtschaftswachstum den Preis der Versklavung durch den Imperialismus nicht wert ist.

Schließlich und vor allem hat der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht eine höhere Phase des menschlichen Fortschritts eingeläutet, sondern den Triumph des US-Imperialismus, was nichts anderes bedeutet als die Herrschaft der US-Finanzrentiers über die Welt. Es ist gerade die Herrschaft



Spartacist-Grafik, Quelle: Daten der Weltbank

Länder mit niedrigem Einkommen hatten in nachso-wjetischer Periode am meisten vom Anstieg der Lebenserwartung, fast 14 Jahre mehr, bis sich der Trend während der Pandemie für alle Kategorien umkehrte

dieser Klasse, die die Weiterentwicklung der Produktivkräfte begrenzt und zum sozialen Abstieg führt. Dies gilt in erster Linie für die USA selbst. In *Imperialismus* erklärte Lenin:

„Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, verstärkt diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Land, das von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf.“

Dies beschreibt perfekt den Charakter der US-Wirtschaft. Das beispiellose Wachstum ihrer internationalen Finanzinteressen hat die eigentliche Quelle der globalen Macht der USA, ihre einst mächtige industrielle Basis, ausgehöhlt. Verlagerungen, chronisch unzureichende Investitionen in die Infrastruktur, astronomische Wohnpreise, eine blutsaugende Gesundheitsindustrie, ein überbeuertes und minderwertiges Bildungswesen: All das sind Produkte des zunehmend parasitären Charakters des amerikanischen Kapitalismus. Selbst die militärische Macht der USA wird durch die Aushöhlung der Industrie untergraben.

Die amerikanische herrschende Klasse hat versucht, den wirtschaftlichen Niedergang des Landes durch wilde Spekulationen, billige Kredite und das Drucken von Geld zu kompensieren. Wie Trotzki bemerkte: „Je ärmer die Gesellschaft wird, desto reicher erscheint sie sich selber im Spiegel dieses fiktiven Kapitals“ („Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale“, Juni 1921). Damit kündigt sich eine wirtschaftliche Katastrophe an. Das gesamte soziale Gefüge des Landes verfault und immer mehr Schichten der Arbeiterklasse und der Unterdrückten werden ins Elend gestürzt.

Dieser innere Verfall geht einher mit einem sinkenden wirtschaftlichen Gewicht in der Welt. Während die US-Wirtschaft 1970 noch 36 Prozent des weltweiten BIP ausmachte, sind es heute weniger als 24 Prozent. Dieser Trend setzte sich in allen imperialistischen Ländern fort. Während 1970 die fünf größten Mächte (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Britannien) zusammen 60 Prozent des Welt-BIP ausmachten, sind es heute nur noch 40 Prozent. Einerseits hat die phänomenale Zunahme des internationalen Kapital-exports zu einem Verfall geführt, andererseits hat sie viele Länder weiter in die modernen kapitalistischen Verhältnisse

integriert und ein gigantisches Proletariat in Ostasien und anderen Teilen der Welt geschaffen.

Es sind die sogenannten Länder mit mittlerem Einkommen und insbesondere China, die ihr Gewicht in der Weltwirtschaft erhöht haben. Doch trotz dieses wirtschaftlichen Fortschritts bleiben diese Länder dem internationalen Finanzkapital untergeordnet. Wenn es um die Finanzmacht geht, sind die USA nach wie vor unangefochten: Der Dollar ist nach wie vor das Maß aller Dinge, die USA kontrollieren die wichtigsten internationalen Institutionen, und 14 der 20 größten Vermögensverwaltungsfirmen sind amerikanisch und kontrollieren zusammen ein Kapital von 45 Billionen Dollar, was etwa der Hälfte des weltweiten BIP entspricht. (Die anderen sechs führenden Vermögensverwaltungsfirmen sind ansässig entweder in der Schweiz, Frankreich, Deutschland oder Britannien. Von den 60 führenden Vermögensverwaltern kommt keiner aus China, Südkorea oder einem der anderen sogenannten „Schwellenländer“.) Der wachsende Widerspruch zwischen der nach wie vor hegemonialen Stellung der USA und ihrer sinkenden realen Wirtschaftskraft ist unhaltbar und die Hauptursache für die zunehmende wirtschaftliche und politische Instabilität in der Welt.

Das Wachstum des Welthandels, die Industrialisierung der neokolonialen Länder, die Entwicklung Chinas – all diese Faktoren untergraben die Hegemonie der USA. Um ihre Position zu halten, müssen die USA die derzeitige Dynamik umkehren. Das bedeutet, dass sie die Grundlagen der Globalisierung angreifen müssen, indem sie China konfrontieren, Druck auf die Neokolonien ausüben, die Zollschränken erhöhen und die Brosamen, die sie ihren Verbündeten geben, reduzieren. Das grundlegendste Argument gegen die Globalisierung ist, dass die Entwicklung der Produktivkräfte den Interessen der Klasse zuwiderläuft, auf die sich die Globalisierung stützt: der amerikanischen imperialistischen Bourgeoisie. Dies allein beweist, dass der Versuch, die liberale Weltordnung aufrechtzuerhalten oder zu „reparieren“, nichts als eine reaktionäre Fantasie ist.

Das soll nicht heißen, dass es den USA nicht wie 1989 gelingen könnte, ihre Position zu festigen. Jedoch wäre dies nur um den Preis katastrophaler Niederlagen für die internationale Arbeiterklasse zu erreichen und würde den unumgänglichen Niedergang des Imperialismus nicht aufhalten. Die einzige Kraft, die der imperialistischen Tyrannei ein Ende setzen und eine wirklich höhere Entwicklungsstufe einleiten kann, ist die Arbeiterklasse. Die Globalisierung hat in der Tat das revolutionäre Potenzial des Proletariats gestärkt, so dass es heute mächtiger, internationaler und national unterdrückter ist als je zuvor. Dies hat sich jedoch bisher nicht in einer größeren politischen Stärke niedergeschlagen. In dieser Hinsicht hat die postsowjetische Periode die Arbeiterbewegung in der Tat sehr weit zurückgeworfen.

III. LIBERALISMUS UND POSTSOWJETISCHE WELT

Liberaler Triumphalismus

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat nicht nur zu großen Veränderungen im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gleichgewicht der internationalen Kräfte geführt, sondern auch zu großen ideologischen Veränderun-

gen. Während des Kalten Krieges präsentierten sich die herrschenden Klassen des Westens als die Verteidiger der Demokratie und der individuellen Rechte gegen die Tyrannei des „totalitären Kommunismus“. Im Wesentlichen war dies eine ideologische Rechtfertigung für die Feindschaft gegenüber den deformierten Arbeiterstaaten und antikolonialen Kämpfen. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks wurde der Kommunismus für tot erklärt, und der liberale Triumphalismus wurde zur vorherrschenden Ideologie, was den Wechsel der imperialistischen Prioritäten von der Konfrontation mit dem „Kommunismus“ zum Vordringen in die neu geöffneten Märkte in Osteuropa und Asien widerspiegelt.

Francis Fukuyamas *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* (1992) verkörpert die Arroganz und den Triumphalismus der frühen postsowjetischen Zeit. Der liberale Kapitalismus wurde zum Gipfel der menschlichen Zivilisation erklärt, der sich weltweit verbreiten würde. Hinter dieser fantastischen Vorstellung verbarg sich natürlich die sehr reale Ausbreitung des imperialistischen Kapitals in der ganzen Welt. Der liberale Triumphalismus war die ideologische Rechtfertigung für diesen Prozess. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten beherrschten die Welt im Namen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts – eine modernisierte Version der „Bürde des weißen Mannes“.

Unter diesem ideologischen Deckmantel führten die USA ihre verschiedenen Militärinterventionen in der postsowjetischen Periode durch. Der erste Golfkrieg und die Intervention in Serbien sollten dem „Schutz kleiner Nationen“ dienen. Die Intervention in Somalia sollte „die Hungernden retten“. Diese Ideologie wurde von der UNO als „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect, R2P) festgeschrieben. Wie der Name der Doktrin schon sagt, verkündet sie, dass die Großmächte die Verantwortung hätten, militärisch zu intervenieren, um die unterdrückten Völker der Welt zu schützen. Der Irak-Krieg von Bush Jr. wurde unter anderem deshalb so heftig abgelehnt, weil er nicht so ganz in diese Kategorie passte. In seinen Grundzügen unterschied er sich jedoch nicht von anderen US-Interventionen in dieser Zeit. Ihr Ziel bestand in erster Linie darin, die Hegemonie der USA über die Welt zu behaupten, und nicht darin, sich langfristige wirtschaftliche oder strategische Vorteile zu sichern. Die Verbündeten der USA, die sich gegen Interventionen wie die im Irak aussprachen, taten dies, weil sie es nicht für lohnenswert hielten, erhebliche Ressourcen zu investieren, um einmal mehr zu zeigen, dass die USA ein kleines Land vernichten können. Besser, die Vorteile der US-Ordnung zu ernten, ohne die Kosten zu tragen.

Viel bedeutender als die bewaffneten Konflikte dieser Periode war das wirtschaftliche Vordringen des imperialistischen Finanzkapitals in jeden Winkel der Erde. Der Prozess der Globalisierung wurde seinerseits von einer ganzen Reihe ideologischer Prinzipien begleitet und unterstützt. In den meisten westlichen Ländern wurde eine Art imperialistischer Internationalismus zum Konsens. Der Nationalstaat gehöre der Vergangenheit an, und Freihandel, offene Kapitalmärkte und ein hohes Maß an Einwanderung wurden als Weg zu Fortschritt und Weltfrieden angesehen. Einmal mehr spiegelten diese hohen Prinzipien die spezifischen Interessen der herrschenden Klasse wider und wurden eingesetzt, um die nationalen Rechte unterdrückter Länder mit Füßen zu treten, den Westen zu deindustrialisieren, billige



September 1995: Tony Blair führte einen neoliberalen Kreuzzug zur Umgestaltung der Labour Party und Britanniens

Arbeitskräfte zu importieren und Märkte für imperialistisches Kapital und Waren zu öffnen.

Die Arbeiterbewegung in der postsowjetischen Periode

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verfügte die Arbeiterklasse nirgendwo über eine bewusste revolutionäre Avantgarde an ihrer Spitze. Dennoch konnte sie eine Reihe bedeutender Errungenschaften verbuchen: die Sowjetunion, die neuen Arbeiterstaaten der Nachkriegszeit (zu denen später China, Kuba, Vietnam und Laos hinzukamen) und eine starke Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt. Letztere umfasste starke Gewerkschaften und Arbeiter-Massenparteien. Doch in jedem dieser Fälle wurden diese Hochburgen der Macht der Arbeiterklasse durch opportunistische, bürokratische Führungen ständig geschwächt und ausgehöhlt. Als die Gewerkschaften in den USA und Britannien in den 1980er-Jahren konzertierten und heftigen Angriffen ausgesetzt waren, erwiesen sich ihre Führungen als unfähig, diese Offensiven abzuwehren, obwohl die Arbeiter heldenhafte Opfer brachten. In Osteuropa gab die sowjetische Bürokratie kampfflos eine Position nach der anderen auf, bis sie sich schließlich selbst liquidierte. Alles in allem haben diese Niederlagen der gesamten Position des internationalen Proletariats in der Nachkriegsperiode den Boden entzogen.

Diese Katastrophen wurden von den Kapitalisten ausgenutzt, die ihren Vorteil ausspielten und einer geschwächten und desorientierten Arbeiterbewegung immer mehr ihrer bisherigen Errungenschaften entriessen. Fast überall auf der Welt gingen die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurück, verstaatlichte Industrien und Versorgungsbetriebe wurden privatisiert, Arbeiterparteien wie die einst mächtige Kommunistische Partei Italiens lösten sich einfach auf, und im Westen wurden immer mehr Industrien stillgelegt. Diese objektiven Schläge gegen die Arbeiterklasse führten zu Demoralisierung und einem Rechtsruck in der Arbeiterbewegung.

In den imperialistischen Ländern bekannte sich ein Großteil der sozialdemokratischen Führer, der stalinistischen Überreste und der Gewerkschaftsspitzen offen zum libera-

len Triumphalismus. Reformismus und Gewerkschaftsbewegung der alten Schule wurden als zu radikal für dieses neue Zeitalter angesehen. Der Klassenkampf galt als beendet, die Gewerkschaften mussten respektabel (d.h. machtlos) werden, und Sozialismus wurde bestenfalls als Utopie betrachtet. In der Arbeiterbewegung gab es Widerstand gegen Privatisierung und Freihandel, aber er war minimal und wurde durch die Überzeugung untergraben, dass beides unvermeidlich sei. Tony Blairs New-Labour-Projekt symbolisierte diesen Rechtsruck. Er wollte die britische Labour Party von einer gewerkschaftsbasierten Arbeiterpartei in eine Partei umwandeln, die der Demokratischen Partei der USA ähnelt. In der Regierung trieb er radikale neoliberale Reformen voran, die mit einem Anstrich von Modernismus und progressiven sozialen Werten versehen wurden. Da diese neuen „Arbeiterführer“ in Britannien und anderswo die Existenz einer Arbeiterbewegung und aller Prinzipien, auf denen sie aufgebaut war, ablehnten, wurden die traditionellen Organisationen weiter geschwächt und ausgehöhlt. Die Dominanz des Liberalismus in den Gewerkschaften und Arbeiterparteien lief im Wesentlichen darauf hinaus, dass sich die Arbeiterbewegung ihre eigenen Beine absägte, was sie in den heutigen geschwächten Zustand brachte.

Die vom Imperialismus unterdrückten Länder

Im Westen und in Japan wurde die Position der Arbeiterklasse durch Auslagerung der Industrie nach unten gedrückt. In vielen Ländern, die vom Imperialismus unterdrückt werden, boomte die Industrie jedoch, und dennoch verschlechterte sich die politische Position des Proletariats in der postsowjetischen Periode erheblich. Wie lässt sich diese Schwäche inmitten einer objektiven Stärkung der Arbeiterklasse erklären? Unter Berücksichtigung der großen Unterschiede zwischen den Ländern lässt sich doch ein allgemeiner Trend feststellen. Der internationale Kontext in den 80er- und 90er-Jahren führte dazu, dass der Imperialismus seinen Einfluss auf „Entwicklungs-“ und „Schwellenländer“ verstärkte. Dies wiederum begünstigte eine Stärkung des Liberalismus auf Kosten des Nationalismus der Dritten Welt und der kämpferischen Politik der Arbeiterklasse. Während der Liberalismus in sozialen Fragen wie Sexualität, Rasse und Religion im Allgemeinen keine großen Fortschritte machte, wurden der Wirtschaftsliberalismus (Neoliberalismus) und bis zu einem gewissen Grad der politische Liberalismus (formale Demokratie) dominant.

Auf politischer Ebene war die internationale Annäherung an die liberale Demokratie zum Teil das Ergebnis der US-Außenpolitik, die zunehmend demokratische Reformen als optimalen Weg zur Eindämmung sozialer Umwälzungen ansah. Aber die internen Regime der neokolonialen Länder waren auch von der Schwächung der internationalen Arbeiterbewegung stark betroffen. Die Eliten waren selbstbewusster in ihrer Position, was ihnen Spielraum für Zugeständnisse ließ, während die Unterdrückten die schlechteren Karten hatten, was den Druck auf sie erhöhte, auf radikale Veränderungen zu verzichten. Dies minderte die Schärfe der inneren Widersprüche und ermöglichte es Ländern wie Südkorea, Taiwan, Brasilien und Südafrika, quasi-totalitäre Diktaturen durch ein gewisses Maß an bürgerlicher Demokratie zu ersetzen. Für Regime, die sich mehr auf Klassenkollaboration als auf Repression verließen, verringerte der veränderte Kontext die Notwendigkeit von Zugeständnissen

an die Arbeiterbewegung. In Mexiko zum Beispiel wurde die alte korporatistische Einparteienherrschaft, die 70 Jahre überdauert hatte, allmählich zerstört, und damit auch ein Großteil des Einflusses der Gewerkschaften.

Auf wirtschaftlicher Ebene hatte die Existenz der Sowjetunion es neokolonialen Ländern ermöglicht, zwischen den beiden Großmächten zu laviieren. Viele Regime verstaatlichten wichtige Sektoren ihrer Wirtschaft und hatten eine gewisse Kontrolle über die Kapitalströme in ihren Ländern. Diese Modelle waren ineffizient und korrupt, ermöglichten aber eine gewisse Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten und den anderen Imperialisten. Der Zusammenbruch der Sowjetunion besiegelte das Schicksal solcher Modelle. Neokoloniale Länder hatten kaum eine andere Wahl, als sich voll und ganz dem wirtschaftlichen Diktat der Imperialisten zu unterwerfen und ihre alten korporatistischen und staatsorientierten Strukturen auszuräumen.

Die Arbeiterbewegung in der neokolonialen Welt kapitulierte ebenfalls vor dem verstärkten liberalen Druck, wenn auch auf andere Weise als im Westen. In bestimmten Fällen wie Brasilien und Südafrika wurden die zuvor unterdrückten Arbeiterparteien, die Partido dos Trabalhadores (PT) und die Kommunistische Partei Südafrikas, zu Vollstreckern der neuen neoliberalen „demokratischen“ Regime. In Mexiko wurde der Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Neoliberalismus an die Partido de la Revolución Democrática (PRD) gekoppelt, eine links-populistische Abspaltung der Regierungspartei. Die PRD selbst war nicht gegen eine weitere Durchdringung Mexikos mit US-Kapital, sondern wollte lediglich bessere Bedingungen für die Vergewaltigung Mexikos. In vielen Ländern vermischte sich die Arbeiterbewegung mit der liberalen NGO[Nicht-Regierungsorganisation]-Welt und setzte sich eher für „Menschenrechte“ und „Millenniumsentwicklungsziele“ ein als für den Klassenkampf. Auf diese Weise entstand eine Situation, in der die Arbeiterklasse in vielen Ländern zwar an wirtschaftlicher Stärke gewann, wo sie aber politisch gelähmt war durch Führungen, die vor starken nationalen und internationalen Strömungen kapitulierten, die in Richtung Liberalismus und Integration mit dem Weltimperialismus drängten.

Neoliberalismus mit chinesischen Merkmalen

Die Aussichten für die Kommunistische Partei Chinas schienen nach der konterrevolutionären Welle, die von der DDR bis zur UdSSR rollte, düster. Die blutige Niederschlagung des Tiananmen-Aufstandes von 1989 hatte das Regime auf der Weltbühne isoliert. Für die USA und ihre Verbündeten war es nur eine Frage der Zeit, bis China dem Weg der Sowjetunion folgen und sich in das anwachsende liberal-demokratische Lager integrieren würde. Aber diesen Weg verfolgte die KPCh nicht. Die Lehre, die sie aus Tiananmen und den Konterrevolutionen im Ostblock zog, war, dass sie, um an der Macht zu bleiben, ein hohes Wirtschaftswachstum mit strenger politischer Kontrolle verbinden musste. Um dies zu erreichen, intensivierte sie den von Deng Xiaoping Ende der 70er-Jahre eingeschlagenen Weg der „Reform und Öffnung“, eine Liberalisierung der Märkte in Landwirtschaft und Industrie, Privatisierungen und Anwerbung ausländischen Kapitals. Gegenwärtig scheint die Kommunistische Partei die Macht fester denn je im Griff zu haben. Laut der KPCh und ihrer Unterstützer wird China durch die aufgeklärte Politik seiner Führer gut durch den



Ngwenya/Reuters

Mai 1994: Neu gewählter Präsident Nelson Mandela Hand in Hand mit F.W. de Klerk, Ex-Apartheidpräsident. Deal über „Machtteilung“ beendete Apartheid in Südafrika, nationale und soziale Unterdrückung blieb

Strom der Geschichte geleitet. Doch die wechselhaften Strömungen des Klassenkampfes werden deutlich machen, dass dieser scheinbare Erfolg mehr mit den stagnierenden Gewässern der postsowjetischen Periode zu tun hatte als mit den Steuerungsfähigkeiten der KPCh.

Nachdem die Bedrohung durch den „globalen Kommunismus“ scheinbar verschwunden war und Deng die Partei während seiner „Südtour“ 1992 erneut dazu verpflichtete, ausländisches Kapital willkommen zu heißen, strömten imperialistische Investitionen nach China. Die Sonderwirtschaftszonen boten ein dereguliertes Umfeld, würdig der besten neoliberalen Praktiken der freien Marktwirtschaft, und ein riesiges Reservoir an billigen Arbeitskräften, deren Unterwürfigkeit von der KPCh garantiert wurde, während die staatlich gelenkte Wirtschaft enorme Ressourcen für den Aufbau von Infrastruktur und Fabriken bereitstellte. Diese Kombination brachte dem Monopolkapitalismus riesige Gewinne, aber auch einen beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in China. In den drei Jahren nach 2008 verbrauchte China mehr Zement als die Vereinigten Staaten im gesamten 20. Jahrhundert. Seit 1978 ist das BIP jährlich um durchschnittlich 9 Prozent gewachsen und 800 Millionen Menschen wurden aus der Armut befreit. Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft hat enorme Produktivitätssprünge ermöglicht, einen gigantischen neuen Markt eröffnet und als Motor für das Wirtschaftswachstum und den Anstieg des Welthandels gedient. Der Aufstieg Chinas ist sowohl der größte Erfolg der postsowjetischen Ordnung als auch ihre größte Bedrohung.

Für Sozialdemokraten und liberale Moralisten ist die merkantilistische und repressive Politik der KPCh der Beweis dafür, dass China jetzt kapitalistisch oder sogar imperialistisch ist. Doch anders als in der UdSSR und in Osteuropa hat das stalinistische Regime in China die Kontrolle über Wirtschaft und Staat nie aufgegeben. Die wichtigsten wirtschaftlichen Hebel bleiben kollektiviert. In vielerlei Hinsicht ähnelt das Wirtschaftssystem in China derzeit

einer extremen Version dessen, was Lenin als „Staatskapitalismus“ bezeichnete: die Öffnung bestimmter Wirtschaftsbereiche für die kapitalistische Ausbeutung unter der Diktatur des Proletariats.

Für eine marxistische Bewertung der Politik von Deng und seinen Nachfolgern kann man nicht einfach aus Prinzip Marktformen oder jeden Kompromiss mit dem Kapitalismus ablehnen. Man muss sich die Bedingungen und Ziele der Vereinbarungen ansehen und prüfen, ob sie die Position der Arbeiterklasse insgesamt gestärkt haben. Auf dem III. Weltkongress der Komintern skizzierte Lenin seine Haltung zu ausländischen Konzessionen im sowjetischen Arbeiterstaat wie folgt:

„Wir gestehen ganz offen, verheimlichen es nicht: Konzessionen im System des Staatskapitalismus bedeuten Tribut an den Kapitalismus. Aber wir gewinnen Zeit, und Zeit gewinnen, heißt alles gewinnen, insbesondere in der Epoche des Gleichgewichts, in der Epoche, in der unsere ausländischen Genossen ihre Revolution gründlich vorbereiten. Je gründlicher sie aber vorbereitet wird, desto sicherer wird der Sieg sein. Bis dahin aber werden wir Tribut zahlen müssen.“

– „Referat über die Taktik der KPR“ (Juli 1921)



1980er-Jahre

Alamy



2022

Zhuoming/VCG

Umgestaltung des Shanghaier Stadtteils Pudong veranschaulicht Chinas Wirtschaftswachstum: massiver Fortschritt, aber gebunden an ausländische und inländische Kapitalisten

Lenin versuchte, ausländisches Kapital nach Russland zu locken, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und Zeit zu gewinnen, bis sich die Revolution international ausbreiten konnte. Die Kompromisse, zu denen er bereit war, beinhalteten nicht die geringste Andeutung, dass der Kampf gegen den Kapitalismus ins Abseits gestellt werden sollte. Im Gegenteil, er beharrte darauf:

„Dieser Kampf hat die Formen geändert, aber es ist ein Kampf geblieben. Jeder Konzessionär bleibt ein Kapitalist, und er wird danach trachten, die Sowjetmacht zu untergraben, aber wir müssen bestrebt sein, seine Gier auszunutzen.“

– „Referat über die Konzessionen in der Sitzung der Kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften“ (11. April 1921)

Im Gegensatz dazu verkündete Deng Xiaoping, dass „es keinen grundlegenden Widerspruch zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft gibt“ (1985). Für Deng und seine Nachfolger ging es nie darum, Zeit für die Weltrevolution zu gewinnen, sondern um das Hirngespinnst einer Entwicklung Chinas in wesentlicher Harmonie mit der kapitalistischen Welt.

Während die letzten 30 Jahre bei Betrachtung der wirtschaftlichen Rohdaten erstaunliche Ergebnisse erbracht haben,

ergibt sich ein ganz anderes Bild, wenn man die Stärke des chinesischen Arbeiterstaates auf Klassenbasis bewertet. Die Entwicklung Chinas steht auf tönernen Füßen: „friedliche Koexistenz“ mit dem Weltimperialismus. Der Aufstieg Chinas birgt einen grundlegenden Widerspruch in sich: Je stärker es wird, desto mehr untergräbt es die Bedingung, die seinen Aufstieg ermöglichte – die wirtschaftliche Globalisierung unter US-Hegemonie. Doch anstatt die internationale Arbeiterklasse für den unvermeidlichen Kampf mit dem US-Imperialismus zu mobilisieren, setzte die KPCh jahrzehntelang auf „wirtschaftliche Interdependenz“, „Multilateralismus“ und „Win-Win-Kooperation“ als Mittel zur Konfliktvermeidung. Solche pazifistischen Illusionen haben die Volksrepublik China geschwächt, indem sie die Arbeiterklasse entwaffnet haben, die einzige Kraft, die den Imperialismus entscheidend besiegen kann.

Chinas Position wird zusätzlich untergraben durch die mächtige einheimische Kapitalistenklasse, die auf dem Festland entstanden ist und ein direktes Interesse an der Zerstörung des Arbeiterstaates hat. Weit davon entfernt, diese tödliche Bedrohung für das Gesellschaftssystem anzuerkennen, hat die KPCh das Wachstum dieser Klasse offen gefördert und ihren Beitrag zum Aufbau des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ hochgespielt. Man muss nicht Marx studiert haben, um zu verstehen, dass eine Klasse, deren Macht auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse basiert, ein tödlicher Feind der Diktatur des Proletariats ist, eines Regimes, das auf der Staatsmacht der Arbeiterklasse beruht.

Für Lenin bestand das einzige Prinzip bei der Schaffung ausländischer kapitalistischer Konzessionen darin, die Macht des Proletariats zu erhalten und seine Bedingungen zu verbessern, selbst wenn dies „150 Prozent Profit“ für die Kapitalisten bedeutete. Er stützte seine gesamte Strategie auf das revolutionäre Potenzial des Proletariats, sowohl in Russland als auch im Ausland. Diese Sichtweise hat nichts mit derjenigen der KPCh-Bürokratie zu tun, die die Revolution wie die Pest fürchtet und vor allem politische Stabilität anstrebt, um ihre bürokratischen Privilegien zu erhalten. Weit davon entfernt, „gemeinsamen Wohlstand“ zu schaffen, hat die KPCh mit ihrer Politik versucht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse zu unterdrücken und die Arbeitsbedingungen so miserabel wie möglich zu halten, um mit Arbeitern im Ausland zu konkurrieren und Kapitalinvestitionen zu sichern. Diejenigen, die davon profitiert haben, sind nicht die „Menschen, die hart arbeiten“, sondern eine kleine Clique von Bürokraten und Kapitalisten. Die Wahrheit ist, dass die KPCh mit den Kapitalisten im In- und Ausland gegen die Arbeiter in China und international zusammengearbeitet hat. Dieser im Namen des „Sozialismus“ begangene Verrat befleckt den Ruf der VR China in den Augen der internationalen Arbeiterklasse und untergräbt die Verteidigung der Revolution von 1949.

IV. LIBERALISMUS MIT LIBERALISMUS BEKÄMPFEN

Der starke politische Konsens im gesamten Westen nach 1991 bedeutete nicht, dass es keine abweichenden Stimmen von links und rechts gab. Im Allgemeinen stellte dieser Dissens jedoch nicht die grundlegenden ideologischen Prämissen der liberalen Weltordnung in Frage und noch weniger die materielle Basis dieser Ordnung: die Vorherrschaft des US-amerikanischen Finanzkapitals. Die verschiedenen Bewegungen, die in der Linken entstanden, kritisierten den Status quo auf der Grundlage liberaler Moral, d.h. von den grundlegenden ideologischen Fundamenten des Status quo aus. Ob sie sich nun gegen Freihandel, Krieg, Rassismus oder Austerität wandten, alle linken Bewegungen hatten zum Ziel, die Auswüchse des Imperialismus einzudämmen und das Gesamtsystem intakt zu halten, aber eben ohne seine brutalsten Aspekte. Wie Lenin über solche Kritiken am Imperialismus zu seiner Zeit erklärte, waren sie nichts weiter als „fromme Wünsche“, weil sie nicht „die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit den Trusts und folglich auch mit den Grundlagen des Kapitalismus“ anerkannten (*Imperialismus*). Und so prangerten die verschiedenen linken Bewegungen in der postsowjetischen Periode viel an, reichten Petitionen ein, demonstrierten, sangen und aßen Tofu, scheiterten aber völlig daran, eine echte Opposition zum liberalen Imperialismus aufzubauen.

Die Antiglobalisierungsbewegung

Die Antiglobalisierungsbewegung kam bei den WTO-Protesten 1999 in Seattle so richtig in Fahrt. Es folgten verschiedene ähnliche Bewegungen in der ganzen Welt, aus denen schließlich das Weltsozialforum hervorging. Die Bewegung selbst war eine eklektische Mischung aus Gewerkschaften, Umweltschützern, NGOs, indigenen Gruppen, Anarchisten und Sozialisten. Dieses Sammelsurium hatte



Seattle Municipal Archives

Anti-WTO-Protest 1999 in Seattle (oben), Kundgebung der United Steelworkers 2003 in Michigan (unten). Liberalismus und Protektionismus: zwei Sackgassen, die gegen die US-geführte Globalisierung nichts ausrichten können

Pugliano/Getty



weder Kohärenz noch ein gemeinsames Ziel; es war eine Koalition der Verlierer der Globalisierung, die die Räder des Kapitalismus zum Stillstand bringen wollten, und des linken Flügels des Liberalismus, der versuchte, die kapitalistischen Zyklen weniger brutal zu gestalten.

In den Gewerkschaften wurde die Opposition gegen die Globalisierung durch den Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Verlust von Arbeitsplätzen durch Auslagerung angetrieben. Richtig kanalisiert hätte diese legitime Wut der Arbeiterklasse das Gleichgewicht der Klassenkräfte auf internationaler Ebene verändern und der Offensive des Finanzkapitals Einhalt gebieten können. Dazu wären starke Abwehrkämpfe erforderlich gewesen, direkt gegen die Interessen des Monopolkapitals gerichtet: Betriebsbesetzungen, Streiks, gewerkschaftliche Organisierungsoffensiven. Doch die Gewerkschaftsführer taten das Gegenteil.

In den USA stellten sie sich gegen Verlagerungen ins Ausland und NAFTA, feierten aber aktiv die Vorherrschaft des US-Kapitalismus über die Welt, zu der sie selbst durch ihr Engagement im „Kampf gegen den Kommunismus“ beigetragen hatten. Die Gewerkschaften konnten keinen Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze führen und gleichzeitig weiterhin den Faktor unterstützen, der zu Verlagerungen führte – die imperialistische Dominanz der USA. Und das taten sie, von ihren protektionistischen Kampagnen

gegen Mexiko und China bis hin zur Unterstützung von Bill Clinton als Präsidentschaftskandidat. In Europa war sogar der formale Widerstand gegen den Freihandel viel schwächer, und viele Gewerkschaften setzten sich aktiv für den Maastrichter Vertrag und die EU ein. Diejenigen, die dies nicht taten, weigerten sich – wie ihre amerikanischen Pendanten –, gegen die herrschende Klasse zu kämpfen, die hinter der wirtschaftlichen Liberalisierung stand und strebten stattdessen einen Block zwischen Arbeit und Kapital auf nationaler Basis gegen „ausländische Interessen“ an. In beiden Fällen war das Ergebnis für die Arbeiterklasse äußerst verheerend, mit massiven Arbeitsplatzverlusten und dem Verfall ganzer Regionen.

Die andere Seite der Anti-Globalisierungsbewegung bestand aus verschiedenen NGOs, Anarchisten, Ökologen und sozialistischen Gruppen. Wie die meisten dieser Gruppen selbst betonten, waren sie nicht gegen die Globalisierung, sondern wollten eine „gerechtere“, „demokratische“ und „umweltfreundliche“ Globalisierung. Wie bereits erklärt, kann die Globalisierung unter dem Joch des Imperialismus nicht gerecht sein, und die neoliberale Offensive konnte nur durch die Stärkung der Position der internationalen Arbeiterklasse gestoppt werden. Die Anti-Globalisierungsbewegung konnte dazu nichts beitragen, weil sie sich denselben liberalen Triumphalismus zu Eigen machte, dessen Folgen sie angeblich bekämpfte. Die Bewegung behauptete, der Klassenkampf sei vorbei und die Nationalstaaten seien durch internationale Konzerne ersetzt worden ... also organisierte sie natürlich keinen Klassenkampf gegen die imperialistischen Staaten, die die Träger der Globalisierung waren.

Da die Bewegung die Globalisierung als grundsätzlich unvermeidlich ansah und die Arbeiterklasse bestenfalls als irrelevant betrachtete, unternahm sie nichts, um sich dem Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen entgegenzustellen. Die Linke prangerte den protektionistischen Chauvinismus bestimmter Gewerkschaftsbürokraten und reaktionärer Politiker an, ohne jedoch ein Programm zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen vorzulegen. Das bedeutete, ein linkes Echo der Bushs und der Clintons zu sein, die ebenfalls Protektionismus und Nativismus anprangerten, um die Expansion der USA im Ausland zu fördern. Die grundlegende Wahrheit, die von der Antigloba-

lisierungsbewegung abgelehnt wird, ist, dass eine echte Verteidigung der Arbeitsplätze in den USA und Europa nicht gegen die Interessen der Arbeiter der Dritten Welt gerichtet wäre, sondern deren Position stärken würde, indem sie die zunehmende imperialistische Ausplünderung bremst. Um internationalistisch zu sein, muss die Arbeiterklasse nicht „liberal“ und „aufgeklärt“ werden; sie muss sich vereinen, um den Imperialismus zu stürzen. Jeder Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie wird objektiv die internationale Arbeiterklasse zusammenführen und sie von ihren nationalistischen Führungen wegbrechen.

Der Antiglobalisierungsbewegung gelang es zwar, einige Unruhen auszulösen, doch waren diese keine Bedrohung für den liberalen Imperialismus. Gelähmt durch ihre grundsätzliche Treue zum Status quo, war die Bewegung letztlich nur eine Fußnote in der erdrückenden Offensive des Finanzkapitals in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren. Schließlich wurde sogar der formale Widerstand gegen NAFTA und die EU von praktisch der gesamten Arbeiterbewegung und Linken aufgegeben. Gerade die Ohnmacht der Kräfte, die sich der Globalisierung entgegenstellten, trieb Millionen von Arbeitern im Westen zu Demagogen wie Trump, Frankreichs Le Pen und Italiens Meloni.

Die Anti-Establishment-Linke in den USA und Europa nach 2008

Die Kreditblase von 2007 markierte den Höhepunkt der liberalen Weltordnung. Die anschließende Wirtschaftskrise stellte einen wichtigen Wendepunkt dar, als die Dynamik, die zu Stabilität und Wirtschaftswachstum beitrug – zunehmender Welthandel, Produktivitätssteigerung, politischer und geopolitischer Konsens – zusammenbrach und sich umkehrte. Die Krise und ihre Folgen beendeten zwar nicht die postsowjetische Ära, aber sie beschleunigten die Trends, die sie unterminierten. In weiten Teilen der westlichen Welt sorgten Millionen von Arbeitsplatzverlusten und Zwangsräumungen, gefolgt von einer Welle der Austerität, für tiefe politische Unzufriedenheit. Zum ersten Mal seit den 1990er-Jahren entstanden größere politische Bewegungen, die Grundpfeiler des postsowjetischen Konsensus angriffen. Auf der Rechten wurden Protektionismus, Ablehnung des „Multilateralismus“ und offener Chauvinismus



Douliery/Sipa



Kitwood/Getty



Messinis/AFP

Bernie Sanders, Jeremy Corbyn, Alexis Tsipras, Helden der Anti-Establishment-Linken, haben ihre Anhänger demoralisiert und verraten

zum Mainstream. Auf der Linken waren es die Opposition gegen Austeritätspolitik, die Forderung nach Verstaatlichungen und in bestimmten Kreisen Opposition gegen die NATO. Die Merkmale dieser Bewegungen sind sehr unterschiedlich, doch eine Schlussfolgerung drängt sich auf: Während die populistische Rechte nach einem gewissen Rückgang im Jahr 2020 heute wieder erstarbt ist, sind die Anti-Establishment-Bewegungen der Linken weitgehend zusammengebrochen. Wie ist dieses Scheitern zu erklären?

Die Anti-Establishment-Linke wurde durch jahrzehntelange neoliberale Angriffe in den Vordergrund gerückt, die sich nach 2008 noch verschärften, und im Falle der USA und Britanniens durch den Widerstand gegen die Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak. Diese Bewegungen richteten sich zwar gegen den Status quo, brachen aber nicht entscheidend mit ihm. Jede war auf ihre Weise mit der imperialistischen Bourgeoisie verbunden, die für die Verschlechterung der sozialen Bedingungen verantwortlich ist. Die Bannerträger dieser Entwicklung waren Corbyn in Britannien, Sanders in den USA, Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien. Im Gegensatz zu ihnen ist Mélenchon in Frankreich noch nicht sichtlich gescheitert. Allerdings enthält seine Bewegung alle Bestandteile, die zum Scheitern ihrer ausländischen Pendanten geführt haben.

Was Sanders betrifft, so ist er ein Vertreter der Demokratischen Partei, einer der beiden Parteien des US-Imperialismus. Seine Reden über „eine politische Revolution“ gegen die „Milliardärsklasse“ sind angesichts seiner Zugehörigkeit zu einer Partei, die Milliardäre repräsentiert, bedeutungslos. Außerdem war die große Reform, die Sanders als liberaler Reformpolitiker versprach, „Medicare for All“ [universelle Krankenversicherung], immer der Einheit mit den „fortschrittlichen“ demokratischen Kapitalisten gegen die reaktionäreren Republikaner untergeordnet. Im Namen des „Kampfes gegen Rechts“ verriet Sanders die Prinzipien, für die er zu stehen behauptete. Je mehr Sanders die Bestrebungen der von ihm vertretenen Bewegung mit Füßen trat, desto mehr stieg er im Establishment der Demokratischen Partei auf. Diejenigen, die heute diese Bewegung außerhalb der Demokratischen Partei und ohne Sanders neu erschaffen wollen, verstehen nicht, dass es das Programm des liberalen Reformismus selbst ist, das zur Kapitulation vor der herrschenden Klasse führt. Jedes Programm, das darauf abzielt, die Interessen der Arbeiterklasse mit der Aufrechterhaltung des US-Kapitalismus in Einklang zu bringen, wird zwangsläufig Unterstützung in einem der beiden Flügel des amerikanischen Kapitalismus suchen. Um den reaktionären Kreislauf der US-Politik zu durchbrechen und ihre Interessen wirklich voranzubringen, braucht die Arbeiterklasse ihre eigene Partei, die in totaler Opposition sowohl zu den Liberalen als auch den Konservativen aufgebaut wird.

Die Corbyn-Bewegung war der Bewegung für Sanders ähnlich, unterschied sich aber in zwei wichtigen Punkten. Der erste besteht darin, dass die Labour Party im Gegensatz zur Demokratischen Partei eine bürgerliche Arbeiterpartei ist. Ihre Arbeiterbasis erklärt zum Teil, warum Corbyn die Führung der Labour Party gewinnen konnte, während Sanders vom demokratischen Establishment gestoppt wurde. Der andere wichtige Unterschied ist, dass Corbyn in außenpolitischen Fragen rote Linien überschritten hat. Seine Ablehnung von NATO und EU, seine Kritik an dem von der NATO unterstützten Putsch in der Ukraine 2014, seine



Christian von Polentz/transitfoto.de

DGB-Banner für EU am 1. Mai 2019 in Berlin unterstützt liberale Mär des „sozialen Europas“. Gewerkschaftsbürokraten wollen damit die Arbeiter für die Interessen des deutschen Kapitals mobilisieren

Unterstützung für die Palästinenser und seine Ablehnung von Atomwaffen waren für die herrschende Klasse völlig inakzeptabel.

Angesichts der wütenden Feindseligkeit des britischen Establishments und eines anhaltenden Aufstands gegen ihn in seiner eigenen Partei stand Corbyn vor der Alternative, sich der herrschenden Klasse direkt entgegenzustellen oder zu kapitulieren. Doch Corbyns Programm des Pazifismus und Labour-Reformismus zielt darauf ab, den Klassenkampf zu besänftigen, nicht ihn zu gewinnen. So versuchte Corbyn auf Schritt und Tritt, die herrschende Klasse und den rechten Flügel seiner Partei zu beschwichtigen, anstatt die Arbeiterklasse und die Jugend gegen sie zu mobilisieren. Corbyn kapitulierte bei der Erneuerung des Programms Atom-U-Boot-gestützter Tridentraketen, bei der Selbstbestimmung für Schottland, bei der Frage von Israel-Palästina, bei der NATO und ganz entscheidend beim Brexit. Das Beispiel Corbyns ist, mehr noch als das von Sanders, ein klassisches Beispiel für die völlige Ohnmacht des Reformismus, den Klassenkampf zu führen.

Der Fall von Syriza liegt anders, da die Partei in Griechenland durch den Massen-Widerstand gegen die von der EU aufgezwungene Austeritätspolitik an die Macht kam. Die Schnelligkeit ihres Aufstiegs wurde nur durch die Tiefe ihres Verrats übertroffen. Nachdem sie 2015 ein Referendum organisiert hatte, in dem das EU-Austeritätspaket mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, trat Syriza den Willen der Bevölkerung mit Füßen – sie willigte in imperialistische Forderungen nach noch härteren Angriffen auf die griechische arbeitende Bevölkerung ein. Der Grund für diesen Verrat liegt in dem Klassencharakter und dem Programm von Syriza. Die einzige Kraft, die dem Imperialismus in Griechenland die Stirn bieten kann, ist die organisierte Arbeiterklasse. Aber Syriza ist keine Partei der Arbeiterklasse. Sie behauptete, sie könne sowohl den griechischen Kapitalisten als auch den Arbeitern und Unterdrückten Griechenlands dienen ... und das alles, während das Land in der EU bleibt. Dieser Mythos explodierte beim ersten Kontakt mit der Realität. Während der Großteil der Linken Syriza bis zu ihrem Verrat jubelte, hielt sich die kommunistische Partei raus und leugnete sogar, dass Griechenland vom Imperialismus unterdrückt wird. Die Folgen



der Politik beider Seiten schlugen auf die griechische Bevölkerung ein. Dieses Debakel zeigt, dass in Griechenland dringend eine Partei nötig ist, die den Kampf für nationale Befreiung mit der Notwendigkeit von Klassenunabhängigkeit und Arbeitermacht verbindet.

Während die Welt in eine akute Krisenperiode eintritt, steht die Arbeiterbewegung im Westen politisch desorganisiert und demoralisiert da, verraten von den Kräften, in die sie ihr Vertrauen gesetzt hatte. Kurzfristig wird das zweifellos zu Gewinnen für die Rechten führen, aber ein neuer Aufschwung der Arbeiterklasse und der Massen wird erneut die Notwendigkeit politischer Alternativen zu den Vertretern des liberalen Status quo klar machen. Es ist wichtig, die Lehren aus dem Scheitern in der Vergangenheit zu ziehen, um einen neuen Zyklus von Niederlagen und Reaktion zu vermeiden.

Covid-19: Liberale Katastrophe

Während der Covid-19-Pandemie stellte die Linke noch nicht mal eine halbherzige Opposition gegen das liberale Establishment auf die Beine. Während die Bourgeoisien auf der ganzen Welt ihre Bevölkerung monatelang einsperrten und nichts unternahm, um die maroden Gesundheitssysteme und die schrecklichen Lebensbedingungen zu verbessern, jubelte die Linke und forderte immer strengere Lockdowns. Jedem Angriff auf die Arbeiterklasse wurde im Namen der „Wissenschaft“ zugestimmt. Die grundlegende Einsicht, dass die Wissenschaft in der kapitalistischen Gesellschaft nicht neutral ist, sondern eingesetzt wird, um den Interessen der Bourgeoisie zu dienen, wurde selbst von denen, die sich als Marxisten bezeichneten, über Bord geworfen.

Das Ergebnis spricht für sich selbst. Millionen starben an dem Virus, Millionen verloren ihren Arbeitsplatz, Familien wurden auf Kosten von Frauen, Kindern und der geistigen Gesundheit in ihren Häusern eingeschlossen. Da die Wissenschaft benutzt wurde, um eine reaktionäre Politik nach der anderen zu rechtfertigen, wandten sich Millionen von Menschen gegen die „Wissenschaft“ und lehnten lebensrettende Impfstoffe ab. Wurde das Gesundheitssystem gerettet? Nein, es ist überall viel schlechter als vorher. Wurde die arbeitende Bevölkerung vor dem Virus geschützt? Nein, sie arbeiteten weiter unter gefährlichen Bedingungen. Wurden die älteren Menschen geschützt? Viele von ihnen starben in herunterge-

kommenen Pflegeheimen. Für diejenigen, die am Leben blieben, sanken Lebensqualität und Lebenserwartung aufgrund von sozialer Isolation und Bewegungsmangel. Die Krise in Pflegeheimen und Altenheimen ist schlimmer denn je.

Liberale und Linke argumentieren, dass es im Namen der „Rettung von Leben“ keine Alternative dazu gab, sich den Regierungen und der „Wissenschaft“ zu unterwerfen. Aber es gab eine. Die Arbeiterklasse hätte die Dinge selbst in die Hand nehmen und für eine *ihren* Klasseninteressen entsprechende Antwort sorgen müssen. Die Gewerkschaften hätten für sichere Arbeitsplätze kämpfen müssen und sich dagegen wehren müssen, dass sie einfach stillgelegt oder zu Todesfällen wurden. Solange Bosse und Regierungen die Sicherheit am Arbeitsplatz kontrollieren und nicht die Gewerkschaften, werden Arbeiter vermeidbare Todesfälle erleiden. Die Gewerkschaften im Gesundheitswesen und in den Schulen mussten für bessere Bedingungen kämpfen und nicht für spätere illusorische Erfolge Opfer bringen. Diese Opfer haben die öffentlichen Dienste nicht gerettet, sondern es der herrschenden Klasse ermöglicht, sie noch mehr auszuquetschen. Nur im Kampf gegen die herrschende Klasse und ihre Lockdowns hätten die sozialen Missstände, die der Krise zugrunde liegen, angegangen werden können, sei es in der Gesundheitsversorgung, im Wohnungsbau, bei den Arbeitsbedingungen, im öffentlichen Verkehr oder in der Altenpflege.

Die völlige Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die Lockdowns garantierte, dass jeglicher Widerstand gegen die katastrophalen Folgen der Pandemie von Rechten und Verschwörungstheoretikern dominiert wurde. Viele der Menschen, die an Massendemonstrationen gegen die Lockdowns oder an Protesten gegen Impfpflicht teilnahmen, taten dies aus berechtigter Wut über die sozialen Folgen der kapitalistischen Politik während der Pandemie. Anstatt diese Stimmungen aufzugreifen und sie in einen Kampf zur Verbesserung der Bedingungen der Arbeiterklasse zu kanalisieren, prangerte die Linke sie mit überwältigender Mehrheit an und bejubelte ihre Unterdrückung durch den Staat.

Die Grundlage für den völligen Verrat der Linken und Arbeiterbewegung während der Pandemie wurde während der gesamten postsowjetischen Periode gelegt. Als diese Krise von globalem Ausmaß ausbrach und die Bourgeoisie mehr denn je nationale Einheit brauchte, stand die Arbeiterbewegung stramm und versammelte die Arbeiterklasse loyal hinter „Wissenschaft“ und „gemeinsamen Opfern“. Die Regierungen und der Großteil der Linken versuchen jetzt, die Pandemie unter den Teppich zu kehren, aber sie werden nicht so leicht davonkommen. Die Folgen dieser Katastrophe haben bei der Arbeiterklasse und der Jugend tiefe Spuren hinterlassen und das treibt sie an, nach Antworten und Alternativen zu suchen.

V. DIE VERFALLENE LIBERALE ORDNUNG

Hybris wird zur Hysterie

Von den 1980er- bis zu den frühen 2000er-Jahren begünstigte die Dynamik der Weltpolitik die relative Stärkung der Macht der USA. Je mehr die USA ihre wirtschaftliche, militärische und politische Position verbesserten, desto stärker wurde die zentripetale Kraft, die die liberale Welt-

Joe Biden und Donald Trump: Poster Boys für sklerotischen US-Imperialismus



Freeman/Getty



Hertzberg/ZUMA

ordnung stützte. Diese sich selbst verstärkende Dynamik erreichte ihren Höhepunkt in der Zeit nach der Konterrevolution in der Sowjetunion. Sie ermöglichte eine weit verbreitete politische und wirtschaftliche Liberalisierung mit relativ begrenzter direkter Intervention der USA. Zu dieser Zeit schienen die Strömungen der Geschichte die Interessen des US-Kapitalismus zu fördern.

Aber in der Politik wie in der Physik gibt es auf jede Aktion eine Reaktion. Die Folgen der US-amerikanischen Hegemonie führten unweigerlich zu Gegenkräften. Die zunehmend abenteuerlichen militärischen Interventionen der USA waren geopolitische Katastrophen, die Ressourcen vergeudeten und den Widerstand gegen die amerikanische Außenpolitik im In- und Ausland verstärkten. Finanzielle Deregulierung und Deindustrialisierung hohlten die wirtschaftliche Macht der USA aus und stärkten ihre Konkurrenten, während sie gleichzeitig die gesamte Weltwirtschaft viel instabiler und krisenanfälliger machten. Je mehr sich die herrschende Klasse in den USA des Liberalismus bediente, um ihre reaktionären Interessen durchzusetzen, desto mehr förderte sie den Widerstand gegen den Liberalismus. Langsam aber sicher mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Dynamik, die die liberale Weltordnung begünstigte, schwächer und die Kräfte, die dagegen ankämpften, stärker wurden. Die Finanzkrise von 2008, der Putsch und Konflikt in der Ukraine 2014, die Wahl von Donald Trump und der Brexit im Jahr 2016 sind allesamt wichtige Anzeichen für diesen Trend.

Als die USA ihre Macht schwächer werden sahen, hat sich ihre Hybris in Hysterie verwandelt. Sie strengen sich immer stärker an, ihre Macht zu festigen, konfrontieren China und Russland, setzen Verbündete unter Druck und verhängen Sanktionen gegen immer mehr Länder. Doch diese Anstrengungen sind mit immer höheren Kosten und sinkenden Erträgen verbunden. Die Reaktion der USA hat den Niedergang bisher nicht aufgehalten, sondern nur noch verfestigt. Heute, mit der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine, ist es klar, dass sich die Dynamik der Weltpolitik umgekehrt hat. Sie deutet nun auf einen beschleunigten Zerfall der liberalen Weltordnung hin. Die NATO und Russland befinden sich in einem Stellvertreterkrieg. Die Beziehungen zwischen den USA und China befinden sich in einem permanenten Zustand der Feindseligkeit. In der nicht-imperialistischen Welt ist populistischer Nationalis-

mus auf dem Vormarsch, der sowohl linke (Mexiko) als auch rechte (Indien, Türkei) Ausdrucksformen annimmt. Die Politik im Westen polarisiert sich zunehmend zwischen denjenigen, die die imperialistische Vorherrschaft durch einen Bruch mit dem traditionellen Liberalismus stärken wollen (Trump, AfD, Le Pen, Meloni), und denjenigen, die sie durch eine Intensivierung des liberalen Kreuzzuges stärken wollen (Biden, Trudeau, deutsche Grüne).

Die wachsende Instabilität in der Welt ist für niemanden ein Geheimnis. Die Kontroverse dreht sich um die Natur des Konflikts. Für die Liberalen ist es ein Wettstreit zwischen Demokratie und Autokratie. Für die Wirtschaftsliberalen und Sozialdemokraten ist es ein Kampf zwischen dem freien Markt und staatlicher Intervention. Für Stalinisten und Leute, die sich auf die Dritte Welt beziehen, ist es ein Wettbewerb zwischen Hegemonie und Multipolarität. Alle liegen falsch. Die Antwort liegt in den einfachen, aber eindringlichen Worten des *Kommunistischen Manifests*: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Und so folgt auch die heutige, sich auflösende liberale Weltordnung den Gesetzen des Klassenkampfes. Der grundlegende Konflikt, der die Welt prägt, besteht nicht zwischen der KPCh und den US-Kapitalisten, Trump und Biden, Putin und der NATO oder Mexikos López Obrador (AMLO) und dem Yankee-Imperialismus; er besteht zwischen dem sozialen Zerfall des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium und den Interessen des Weltproletariats. Diejenigen, die sich nicht von diesem Verständnis leiten lassen, werden nicht in der Lage sein, sich in den bevorstehenden Turbulenzen zu orientieren, geschweige denn den Kampf für den menschlichen Fortschritt voranzutreiben.

Weltwirtschaft: Ein gigantisches Ponzi-Schema

Wie bereits erläutert, ermöglichte die Hegemonie der USA eine vorübergehende Verbesserung des Wachstumspotenzials des Imperialismus. Es war diese Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die lang anhaltende Stabilität der kapitalistischen Welt in den letzten drei Jahrzehnten ermöglichte. Heute jedoch haben sich nicht nur die Expansionsmöglichkeiten erschöpft, sondern es kehren sich auch die Bedingungen um, die die frühere Expansion ermöglichten. Die Folge wird eine erhebliche Zerstörung

von Produktivkräften sein, mit all der Instabilität, die damit einhergeht. Wie Trotzki in *Die Dritte Internationale nach Lenin* schrieb: „Denn die Staaten kämpfen ebenso wie die Klassen viel hartnäckiger um einen mageren, sich vermindern den Anteil als um einen reichlichen und anwachsenden.“ Dieser Faktor liegt der gegenwärtigen Weltlage zugrunde und wird dies auch weiterhin tun, sofern sich die Lage nicht grundlegend ändert.

Acht- bis zehnjährige Zyklen von Boom und Bust sind die normalen Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft. Auf wilde Spekulation und Überproduktion folgen Zusammenbruch und Panik. In der postsowjetischen Periode war das nicht anders. Als jedoch die realen Wachstumsmöglichkeiten zurückgingen, wurden Spekulation und Kredite zu den wichtigsten Mitteln, mit denen die USA ihre gesamte Ordnung zu stützen versuchten. Die Folgen der „Großen Rezession“ von 2008 haben dies deutlich gezeigt. Angesichts einer möglichen Depression koordinierten die USA eine historisch beispiellose Kredit- und Geldmengenerweiterung. Dies führte zu einem kraftlosen Realwachstum, aber zu einem gigantischen Anstieg der Vermögenswerte. Selbst den meisten bürgerlichen Ökonomen ist klar, dass damit lediglich die Voraussetzungen für einen noch größeren Zusammenbruch in der Zukunft geschaffen wurden. Seit mehr als zehn Jahren wird bei jedem Anzeichen von Wachstumsschwäche nach dem gleichen Schema verfahren: Weite die Kreditvergabe aus und verschiebe so das Problem auf später. Während der Covid-19-Pandemie wurde das Ganze noch einmal auf ein Allzeithoch getrieben. Um die Folgen der Stilllegung großer Teile der Wirtschaft zu bewältigen, druckten die Kapitalisten einfach Geld. Das war zu viel, und schließlich sind die Möglichkeiten dieses Ansatzes mit der unvermeidlichen „Rückkehr der Inflation“ an ihre Grenzen gestoßen.

Der drastische Anstieg der Zinssätze in den Vereinigten Staaten saugt große Mengen an Liquidität aus dem Weltwirtschaftssystem ab. Wie Warren Buffett bekanntlich sagte: „Die Flut hebt alle Boote ... erst wenn die Flut ver-

schwindet, sieht man, wer nackt gebadet hat.“ Nach anderthalb Jahrzehnten des leichten Geldes haben riesige Teile der Wirtschaft zwangsläufig „nackt gebadet“. Wenn die Stunde der Wahrheit schlägt, werden die Folgen katastrophal sein. Da die USA an der Spitze der kapitalistischen Nahrungskette stehen und im Wesentlichen die internationalen Kreditbedingungen kontrollieren, werden sie selbst dann, wenn sich herausstellt, dass sie das Epizentrum der Krise sind, in der Lage sein, ihre dominante Position zu nutzen, um den Rest der Welt für die Folgen zahlen zu lassen. Besonders verheerend wird dies für Entwicklungsländer sein, von denen sich viele bereits in einer tiefen Krise befinden, wie Sri Lanka, Pakistan und Libanon. Aber die Folgen werden global sein und zwangsläufig zu weiteren Schlägen gegen die Weltordnung führen, auch von Mächten, die die USA heute als Verbündete betrachten.

Ein bedeutender Teil des wirtschaftlichen Establishments lügt entweder oder ist absichtlich blind gegenüber den Aussichten der Weltwirtschaft. Bestimmte Teile der sozialdemokratischen Linken haben argumentiert, dass hohe Staatsverschuldung kein großes Problem darstellt und dass die arbeitende Bevölkerung von niedrigen Zinsen und mehr Schulden mehr profitieren würde als von der derzeitigen Politik der höheren Zinsen. Dies ist ein Echo derjenigen in der Bourgeoisie, die alles noch ein weiteres Mal vor sich herschieben und aussitzen wollen, hoffentlich bis nach der nächsten Wahl. Die Wahrheit ist, dass alle politischen Alternativen – ob hohe Schulden, hohe Inflation oder Deflation – dazu benutzt werden, den Lebensstandard der Arbeiterklasse anzugreifen. Das grundlegende Problem ist das enorme Ungleichgewicht zwischen dem Kapital, das auf dem Papier existiert, und den tatsächlichen Produktionskapazitäten der Weltwirtschaft. Keine finanzielle Zauberei kann dieses Problem lösen. Der einzige Ausweg besteht darin, dass die Arbeiterklasse die politischen und wirtschaftlichen Zügel in die Hand nimmt und die Wirtschaft auf rationale Weise reorganisiert.

Für rechte Ökonomen besteht die Lösung darin, den freien

Markt seine Arbeit tun zu lassen: Akzeptiert, dass es eine verheerende Krise geben wird, lässt die Schwachen sterben und die Starken gestärkt daraus hervorgehen. Aber die Zeiten des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft sind längst vorbei. Die Weltwirtschaft wird von einer kleinen Zahl gigantischer Monopole beherrscht, die mit den Monopolen anderer Länder konkurrieren. Kein Staat ist bereit, seine Monopole zusammenbrechen zu lassen. Wenn Ford und GM in Konkurs gehen, würde dies nicht das freie amerikanische Unternehmertum wiederbeleben, sondern Toyota und Volkswagen stärken. Ungezügelter Kapitalismus führt nicht zu freien Märkten, sondern zu Monopolen. Einerseits spiegelt dies die Tendenz zu einer zentralisierten, geplanten Produktion im



Liyanawatte/Reuters

**Colombo, 9. Juli 2022: Massen stürmen Präsidentensitz während Volks-
erhebung gegen wirtschaftliche Ruinierung Sri Lankas**

globalen Maßstab wider. Aber andererseits behindern Monopole im Imperialismus das Wachstum der Produktivkräfte und führen zu Verfall und Parasitentum.

Für Sozialdemokraten wie den Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson ist das Allheilmittel eine „gemischte Wirtschaft“ – Kapitalismus mit staatlicher Intervention und Regulierung. Während dies in den letzten Jahrzehnten in Wirtschafts- und Regierungskreisen als Ketzerei galt, kommt Planung wieder in Mode. Dies ist nicht Ergebnis einer Erleuchtung, sondern der Tatsache geschuldet, dass der nationale Kapitalismus Stützung benötigt, um Bankrott abzuwenden und mit China konkurrieren zu können. Während die Arbeiterklasse den Kapitalisten durch Klassenkampf Zugeständnisse abtrotzen kann, ist es nicht möglich, die Widersprüche des Imperialismus wegzuregulieren. Die Irrationalität und das Parasitentum des Systems sind in der Dynamik der kapitalistischen Akkumulation selbst verwurzelt. Die Regierung selbst ist kein Gegengewicht zu der winzigen Clique der kapitalistischen Finanziers, sondern dient als deren Exekutivkomitee. Wenn sie sich in wirtschaftliche Angelegenheiten einmischt, geschieht dies letztlich zum Nutzen der imperialistischen herrschenden Klasse.

Ukraine-Russland-Krieg: Militärische Herausforderung für die US-Hegemonie

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine ist die bei weitem größte Herausforderung für die Hegemonie der USA seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Dass eine Großmacht das Selbstvertrauen hatte, sich den USA so direkt zu widersetzen – und bisher damit durchgekommen ist –, deutet auf einen tiefen Umbruch hin. Dieser Krieg ist anders als alle Kriege der letzten Jahrzehnte. Es ist kein Krieg auf niedrigem Niveau, der sich gegen einen Aufstand richtet, sondern ein industriell geführter Krieg von hoher Intensität. Das Ergebnis wird nicht nur über das Schicksal der Ukraine entscheiden, sondern auch große Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis in Europa und auf internationaler Ebene haben.

Die beiden entscheidenden Akteure im Ukraine-Krieg sind Russland und die USA. Der Krieg brach als Folge der jahrzehntelangen NATO-Osterweiterung auf Länder aus, die Russland als in seinem Einflussbereich liegend betrachtet. Russland sieht in der Ukraine ein vitales strategisches Interesse und wird bereit sein, den Konflikt so lange zu eskalieren, bis es die Ukraine entweder fest in seiner Umlaufbahn hält oder selbst besiegt wird. Die amerikanische Position ist etwas komplizierter. Die Ukraine ist für die USA von geringem strategischen Wert und wird als marginales Hinterland Europas betrachtet. Für das westliche liberale Establishment geht es bei der „Verteidigung der Ukraine“ darum, die liberale Weltordnung zu verteidigen, d.h. das Recht der Vereinigten Staaten, überall zu tun, was sie wollen.

Die Niederlage der Ukraine durch Russland wäre ein demütigender Schlag für die USA. Sie würde Schwäche signalisieren, hätte destabilisierende Folgen für das poli-



Hnidy/Reuters

Charkiw: Gräber von im Krieg mit Russland getöteten Ukrainern

tische Establishment Europas und würde die Zukunft der NATO in Frage stellen. Angesichts dieses hohen Einsatzes haben die USA und ihre Verbündeten den Krieg fortwährend eskaliert und der Ukraine immer mehr Waffen geliefert. Russland hat darauf mit einer Teilmobilisierung geantwortet und vernichtet die ukrainische Armee. Die USA haben zwar die Eskalation vorangetrieben, aber weder sie noch ihre Verbündeten haben sich bisher dazu verpflichtet, die russische Armee entscheidend zu besiegen und dafür zu einer Kriegswirtschaft überzugehen oder direkt zu intervenieren. Vorerst bleibt der Konflikt ein regionaler Konflikt um die Kontrolle über die Ukraine.

Die Führer der Arbeiterklasse haben das Proletariat überall hinter den Interessen seiner herrschenden Klasse versammelt. Aber die Saat der Revolte wird jeden Tag durch die sozialen Folgen des Krieges gesät. Für Marxisten ist es von äußerster Wichtigkeit, in diesen wachsenden Widerspruch zu intervenieren, um eine neue Führung aufzubauen, die die Interessen der Arbeiterklasse in diesem Konflikt voranbringen kann. Der wesentliche Ausgangspunkt muss sein, dass das imperialistische System selbst – heute definiert als die von den USA dominierte liberale Ordnung – für den Konflikt in der Ukraine verantwortlich ist. Das gesamte Weltproletariat hat ein Interesse daran, die imperialistische Tyrannei über die Welt zu beenden, und nur auf dieser Grundlage können sich die Arbeiter der Welt vereinigen, ob sie nun Russen, Ukrainer, Amerikaner, Chinesen oder Inder sind. Die Umsetzung dieser allgemeinen Perspektive nimmt jedoch je nach den Gegebenheiten in den einzelnen Ländern unterschiedliche konkrete Formen an.

Die russischen Arbeiter müssen verstehen, dass der Sieg ihrer eigenen Regierung dem Imperialismus keinen grundlegenden Schlag versetzen würde. Ein Sieg würde nicht die Unabhängigkeit Russlands vom Weltimperialismus voranbringen, sondern es zum Unterdrücker der Klassenbrüder und -schwestern in der Ukraine zugunsten der russischen Oligarchen machen. Auch wenn das der US-Außenpolitik



Boureima/Anadolu

Niamey, 3. August 2023: Unterstützer des Militärputsches in Niger stellen sich gegen Frankreich, bejubeln Russland. Die wirkliche antiimperialistische Kraft sind die Arbeiter der Welt, nicht Putins Russland

eine kurzfristige Niederlage zufügen könnte, ist es den Preis nicht wert, zu Unterdrückern der ukrainischen Nation zu werden. Ein Dauerkonflikt zwischen Ukrainern und Russen würde die Kräfte des Weltimperialismus in der Region nur stärken. Eine gemeinsame revolutionäre Front der russischen und ukrainischen Arbeiter gegen ihre jeweiligen herrschenden Klassen, wie in der großen Oktoberrevolution, würde NATO und EU einen viel härteren Schlag versetzen. *Richtet die Waffen gegen die russischen und ukrainischen Oligarchen! Für revolutionäre Einheit gegen den US-Imperialismus!*

Die ukrainischen Arbeiter müssen begreifen, dass USA, EU und NATO nicht ihre Verbündeten sind, sondern diese die Ukraine als Spielball ihrer Interessen benutzen, um sie auszubluten und dann wegzuworfen. Die nationale Unabhängigkeit der Ukraine wird nicht dadurch gesichert, dass sie sich hinter dem Imperialismus einreihet, denn dies würde eine Unterwerfung unter Washington bedeuten und eine ständige Feindschaft mit Russland garantieren. Die ukrainischen Arbeiter müssen auch die Unterdrückung der russischen Minderheiten durch ihre Regierung bekämpfen. Eine solche Verteidigung der russischen Minderheiten würde die Kriegsanstrengungen des Kremls millionenfach mehr untergraben als Selenskyjs Komplote. Die Frage der Grenzen und die Rechte der nationalen Minderheiten könnten leicht und demokratisch geklärt werden, wenn es nicht die reaktionären Intrigen der Oligarchen und Imperialisten gäbe. Jeden Tag wird deutlicher, dass die ukrainischen Arbeiter unter dem Kommando Washingtons und zum Nutzen der Wall Street zur Schlachtabank geführt werden. Sie müssen sich mit der russischen Arbeiterklasse zusammenschließen, um diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen; alles andere wird nur zu weiterem Gemetzel und Unterdrückung führen. *Für das Selbstbestimmungsrecht von Russen, Ukrainern, Tschetschenen und jeder anderen nationalen Minderheit!*

Im Westen sind die Arbeiter mit Propaganda bombardiert worden, dass sie im Namen des NATO-Kreuzzugs für die Demokratie in der Ukraine Opfer bringen müssen. Das Beste, was das Proletariat in den USA, in Deutschland, Britannien und Frankreich tun kann, um seine eigenen Interessen und die der Arbeiter der Welt zu verteidigen, ist, sich gegen die Finanzparasiten und Monopole zu wehren, die sie zu Hause aussaugen. Dazu müssen sie den reaktionären Klüngel aus Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Führern, die eben diesen Kräften treu ergeben sind, aus dem Weg räumen. Deren Ausverkauf im eigenen Land ist untrennbar mit ihrer Forderung verbunden, im Ausland mit NATO-Panzern und Bomben „Demokratie“ zu installieren. Diese Verräter wären längst weg, gäbe es nicht den pazifistischen und zentristischen Sumpf, der von „Frieden“, „gewerkschaftlichem Kampf“ und sogar „Sozialismus“ spricht, sich aber an die Fersen dieser Kriegstreiber und erklärten Diener des Imperialismus heftet. Eine Antikriegsbewegung ist nur dann etwas wert, wenn sie diejenigen aus der Arbeiterbewegung ausschließt, die den Sozialchauvinismus beschwichtigen wollen. *Weg mit den Sanktionen gegen Russland! Nieder mit EU und NATO! Für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa!*

Eine wachsende Zahl von Werktätigen in Lateinamerika, Asien und Afrika sieht in Russland eine Kraft gegen den Imperialismus. Dieser Irrglaube wird nicht dazu beitragen, sie vom Joch der USA, Westeuropas und Japans zu befreien. Putin ist kein Antiimperialist und wird kein Verbündeter im Kampf für die nationale Befreiung irgendeines Landes sein. Genau aus diesem Grund sind AMLO in Mexiko, Ramaphosa in Südafrika, Modi in Indien und Xi in China ihm wohlgesonnen oder nicht offen feindlich gesinnt. Die Unterstützung für Putin lullt die Arbeiterklasse des Globalen Südens mit der Illusion ein, dass sie *ohne* revolutionären Kampf ihre Lebensbedingungen verbessern und sich vom Imperialismus befreien kann. Beim geringsten Anzeichen eines Aufstands der unterdrückten Massen der Welt werden sich die reaktionären Führer des Globalen Südens an dieselben Imperialisten wenden, die sie heute anprangern. Die wahre antiimperialistische Kraft sind die Arbeiter in der Ukraine, in Russland und im Westen. Sie und die Arbeiter der Welt können nur dann unter einem gemeinsamen internationalistischen Banner vereint werden, wenn sie sich gegen jegliche nationale Unterdrückung wenden, sei es durch Großmächte oder durch Nationen, die selbst unterdrückt werden. *Verstaatlicht das imperialistische Eigentum! Arbeiter aller Länder, vereint euch!*

China: Stalinistische Seidenstraße oder proletarischer Weg

Während sich die Dynamik, die China in den letzten 30 Jahren zu Wachstum und Wohlstand verholfen hat, immer schneller auflöst, bleibt das Vertrauen der KPCh in den globalen Kapitalismus der freien Marktwirtschaft unerschüttert. Auf dem Weltwirtschaftsforum 2022 in Davos äußerte sich Xi Jinping wie folgt:

„Die wirtschaftliche Globalisierung ist der Trend der Zeit. Auch wenn es in einem Fluss sicherlich Gegenströmungen gibt, so kann ihn doch niemand davon abhalten, ins Meer zu fließen. Die treibenden Kräfte verstärken den Schwung des Flusses, und der Widerstand kann seine Strömung noch verstärken. Trotz der Gegenströmungen und gefährlichen Untiefen auf dem Weg dorthin ist die wirtschaftliche Globa-



Bogu/Xinhua

Juni 2023: KPCh-Chef Xi Jinping empfängt Bill Gates in Beijing – verzweifelt bestrebt, trotz US-Wirtschaftskrieg Investitionen anzukurbeln

lisierung nie vom Kurs abgekommen und wird es auch in Zukunft nicht. Die Länder auf der ganzen Welt sollten sich für einen echten Multilateralismus einsetzen. Wir sollten Barrieren abbauen und keine Mauern errichten. Wir sollten uns öffnen und nicht abschotten. Wir sollten uns um Integration bemühen, nicht um Abkopplung. Dies ist der Weg zum Aufbau einer offenen Weltwirtschaft. Wir sollten die Reformen des globalen Regierungssystems nach den Grundsätzen von Fairness und Gerechtigkeit ausrichten und das multilaterale Handelssystem mit der Welthandelsorganisation im Zentrum aufrechterhalten.“

Bedauerlicherweise für die KPCh hängt die Zukunft des „multilateralen Handelssystems“ in erster Linie vom Vorgehen der Vereinigten Staaten ab, und die USA können nicht zulassen, dass die gegenwärtigen Trends fortbestehen. Entweder werden sie den Rest der Welt zu Zugeständnissen zwingen, um ihre Position an der Spitze zu stützen, oder sie werden bei ihrem Fall das gesamte Gebäude zum Einsturz bringen.

Seit über einem Jahrzehnt nehmen die Spannungen zwischen den USA und China zu. Die USA haben Schritt für Schritt den Druck verstärkt, als immer deutlicher wurde, dass China nicht auf dem Weg zu liberaler Demokratie ist, sondern sich zu einem echten wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenten entwickelt. Der zunehmende Druck trieb die KPCh dazu, ihre interne Kontrolle von Wirtschaft und politischem Dissens (z.B. in Hongkong) zu verstärken und ihre militärische Position auszubauen. Dies wiederum veranlasst die USA, die Schrauben noch fester anzuziehen. Diese sich beschleunigende Dynamik hat die Spannungen zwischen den USA und China auf einen seit Jahrzehnten nicht mehr gekannten Höchststand gebracht, so dass ein offener militärischer Konflikt droht.

Sollte das eintreten, wäre es die Pflicht des internationalen Proletariats, bedingungslos für die Verteidigung Chinas zu sein. Die Imperialisten stehen China zutiefst feindselig gegenüber, gerade wegen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, den der kollektivierte Kern seiner Wirtschaft ermöglicht hat. Das ist es, was die Arbeiterklasse verteidigen muss. Aber sie muss dies mit ihren *eigenen* Methoden und Zielen tun, *nicht* mit denen der parasitären KPCh-Bürokratie.

Trotzki erklärte in Bezug auf die UdSSR: „Die wirkliche Methode, die UdSSR zu verteidigen, besteht darin, die Positionen des Imperialismus zu schwächen und die Positionen des Proletariats und der Kolonialvölker in der ganzen Welt zu stärken“ (*Verratene Revolution*, 1936). Diese Strategie, die sich auf das heutige China voll und ganz anwenden lässt, könnte nicht unterschiedlicher sein als die der KPCh, die in erster Linie den Status quo aufrechterhalten will. Zunächst einmal versucht sie, die Beziehungen zu den USA wieder zu kitten, indem sie sich auf amerikanische Kapitalisten wie Bill Gates, Elon Musk und Jamie Dimon stützt – Vertreter derselben Klasse, die die Welt unterdrückt und China zu beherrschen trachtet. Solche Manöver können die Feindseligkeit der amerikanischen Arbeiter gegenüber China nur verstärken und den größten potenziellen Verbündeten der VR China im Kampf gegen den US-Imperialismus verprellen. Was die unterdrückten Völker des Globalen Südens betrifft, so steht die KPCh nicht für deren Befreiung, sondern für illusorische Bündnisse mit den Eliten dieser Länder. Diese eigennützigen Gauner werden China bei der ersten Schwierigkeit oder bei einem besseren Bestechungsangebot der Imperialisten mit Sicherheit im Stich lassen.

In der chinesischen Bürokratie gibt es Stimmen, die einen eher kriegerischen Ton anschlagen und in der Stärkung der Volksbefreiungsarmee (VBA) den sichersten Weg zur Verteidigung Chinas sehen. Man kann die Steigerung der technischen und kämpferischen Fähigkeiten der VBA nur begrüßen. Aber militärische Angelegenheiten lassen sich nicht von der Politik trennen, und auch in diesem Bereich untergraben die konservativen Interessen der herrschenden Kaste China. Ein wichtiger Pfeiler der Verteidigungsstrategie der VBA ist es, den USA den Zugang zur so genannten „ersten Inselkette“ um China zu verwehren, indem sie Langstreckenangriffsfähigkeiten entwickelt und die militärische Kontrolle über diese Inseln anstrebt. Doch in jedem Konflikt wäre die Unterstützung durch das Proletariat der umliegenden Länder viel entscheidender als der Besitz einer beliebigen Anzahl kleiner, unbewohnter Felsen.

Der einzige Weg, den US-amerikanischen und japanischen Imperialismus wirklich aus dem Ost- und Südchinesischen Meer zu vertreiben, ist ein antiimperialistisches Bündnis der Arbeiter und Bauern, das die gesamte Region umfasst. Doch die KPCh mit ihrer nationalistischen Strategie hat keinen Versuch unternommen, die Arbeiter auf den Philippinen, in Japan, Vietnam und Indonesien für ihre Sache zu gewinnen. Stattdessen hat sie der Anti-VR-China-Kampagne der Imperialisten in die Hände gespielt, indem sie sich nur auf kurzfristige militärische Vorteile konzentriert und dabei sowohl die nationalen Empfindlichkeiten als auch die internen Klassengegensätze der Nachbarländer außer Acht lässt.

Nirgendwo trifft dies mehr zu als in der Frage von Taiwan. Die Arbeiter Taiwans erleiden unter dem Stiefel ihrer Kapitalistenklasse brutale Unterdrückung. Doch anstatt sie zu ermutigen, für ihre eigenen Klasseninteressen gegen die Imperialisten und die lokale Bourgeoisie zu kämpfen, basiert die Strategie der KPCh darauf, letztere davon zu überzeugen, sich freiwillig ihrer Herrschaft zu unterwerfen und der Volksrepublik China beizutreten. Zu diesem Zweck verspricht die Partei, die kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen und die politische Verwaltung auf Taiwan im Rahmen ihrer Politik von „ein Land, zwei Systeme“ aufrechtzu-

erhalten. Den Arbeitern bietet die KPCh keine Befreiung, sondern Unterstützung für die fortgesetzte kapitalistische Ausbeutung und den stalinistischen Unterdrückungsstiefel. Es überrascht nicht, dass dieser Vorschlag, bei dem sie nur doppelt verlieren, wenig dazu beigetragen hat, die taiwanesischen Massen für die Wiedervereinigung zu gewinnen.

Der Plan B der KPCh ist eine direkte militärische Intervention, die zwar erfolgreich die Wiedervereinigung mit Taiwan erreichen könnte, aber mit enormen Kosten verbunden wäre, nicht zuletzt wenn dies auf die Feindseligkeit der lokalen Arbeiterklasse stößt. Sollte die KPCh diesen Weg einschlagen, würden Trotzlisten die VBA gegen die taiwanesischen Kapitalisten und die Imperialisten verteidigen, aber sie würden dabei für eine proletarisch-revolutionäre Strategie kämpfen. Gegen das bankrotte Schema „ein Land, zwei Systeme“ kämpfen Trotzlisten für eine *revolutionäre Wiedervereinigung*, d.h. für eine Wiedervereinigung durch eine soziale Revolution gegen den Kapitalismus in Taiwan und eine politische Revolution gegen die Bürokratie auf dem Festland. Diese Strategie würde die Arbeiter Chinas um ein gemeinsames Klassen- und nationales Interesse herum vereinigen. Sie würde nicht nur dem antikommunistischen Bündnis zwischen der US-amerikanischen und der taiwanesischen Bourgeoisie den Boden entziehen, sondern China zu einem Leuchtturm für die unterdrückten Völker in aller Welt bei ihrem Kampf gegen den Imperialismus machen.

Auch wenn die KPCh heute weiterhin ihre Loyalität sowohl zum Sozialismus als auch zum Kapitalismus verkündet, darf man nicht damit rechnen, dass dies noch lange der Fall sein wird. Es gibt mächtige Kräfte, die mit chinesischen und ausländischen Kapitalisten verbunden sind, die jede Spur von staatlicher Kontrolle beseitigen und China wieder der imperialistischen Plünderung öffnen wollen. Ein solcher Ausgang muss bis zum Tod bekämpft werden! Aber es gibt auch Strömungen innerhalb der herrschenden Kaste, die unter dem Druck der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse die Partei weit nach links rücken könnten, hart gegen die Kapitalisten durchgreifen und die antiimperialistische und egalitäre Rhetorik des traditionellen Maoismus wieder aus der Mottenkiste holen könnten. Doch genau wie Dengs

Marktreforment konnten auch Maos Versuche einer egalitären Autarkie auf Grundlage einer fieberhaften Massenmobilisierung nicht den wirtschaftlichen Würgegriff des Weltimperialismus über China überwinden. Tatsächlich brachten die katastrophalen Folgen von Maos Politik die VR China an den Rand des Zusammenbruchs und führten unmittelbar dazu, dass die KPCh zu „Reform und Öffnung“ übergang.

Die Drehungen und Wendungen der KPCh spiegeln nur verschiedene Wege wider, mit denen die parasitäre bürokratische Kaste versucht, ihre privilegierte Stellung innerhalb der Grenzen eines isolierten Arbeiterstaates zu erhalten. Im Gegensatz zu den Behauptungen der KPCh von Mao bis Xi kann der Sozialismus nicht in einem Land aufgebaut werden, ebenso ist eine friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus unmöglich. Der einzige Weg vorwärts für die Arbeiterklasse Chinas besteht darin, sich in einer Partei zu vereinigen, die auf den wahren marxistisch-leninistischen Prinzipien der Klassenunabhängigkeit, des Internationalismus und der Weltrevolution aufbaut, und die eigennützigen KPCh-Bürokraten hinwegzufegen. *Stürzt die Bürokraten! Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!*

VI. DER KAMPF FÜR EINE REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG

Während die Welt in eine neue historische Krisenperiode eintritt, ist die Arbeiterklasse politisch entwaffnet. Überall wird sie von Bürokraten und Verrätern geführt, die eine Niederlage nach der anderen angeleitet haben. Angesichts der sich abzeichnenden gigantischen Herausforderungen stellt sich mit größter Dringlichkeit die Aufgabe, Führungen der Arbeiterklasse zu schmieden, die ihre Interessen wirklich vertreten. Wie können solche Führungen geschmiedet werden? Das ist die zentrale Frage, mit der Revolutionäre heute konfrontiert sind. Die unvermeidlichen sozialen und politischen Umwälzungen in den kommenden Jahren werden die Massen gegen ihre derzeitigen Führer aufbringen und Gelegenheiten für radikale Neuausrichtungen in der



Favila/AP

Wie China verteidigen?

KPCh setzt auf unbewohnte Inseln statt auf antiimperialistisches Bündnis mit südostasiatischem Proletariat.

Oben: Künstliche Insel im Südchinesischen Meer. Rechts: Maidemonstration 2023, Manila



R. Perez

Arbeiterbewegung bieten. Aber diese Gelegenheiten werden ohne bereits vorhandene revolutionäre Kader, die die gescheiterte Politik der letzten 30 Jahre abgelehnt haben und die Aufgaben von heute korrekt stellen, vergeudet werden.

Die zentrale Lektion des Leninismus

In *Die permanente Revolution* (1929) schrieb Trotzki über Lenin: „Der Kampf um die selbständige politische Partei des Proletariats bildete den Hauptinhalt seines Lebens.“ Es ist genau dieses Kernkonzept des Leninismus, das von jeder neuen Welle des Revisionismus verworfen wird. Auch wenn der Revisionismus je nach dem vorherrschenden Druck in der jeweiligen Epoche unterschiedliche Formen annimmt, besteht er im Grunde immer in der Unterordnung des Proletariats unter die Interessen fremder Klassen.

Lenins Konzeption der Avantgardepartei nahm ihre ausgereifte Form nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs an, als sich die Parteien der Zweiten Internationale, die geschworen hatten, sich dem Krieg zu widersetzen, mit überwältigender Mehrheit patriotisch hinter ihre eigenen Regierungen stellten. In seinen Werken während des Krieges zeigte Lenin, dass dieser historische Verrat nicht plötzlich aus dem Nichts erschien, sondern durch die vorangegangene Periode der imperialistischen Vorherrschaft vorbereitet wurde und in ihr wurzelte. Die Ausbeutung zahlloser Millionen durch einige wenige Großmächte führte zu Superprofiten, die zur Kooptierung der oberen Schichten der Arbeiterklasse genutzt wurden. In ihren Gewohnheiten, ihrer Ideologie und ihren Zielen stellt sich diese Schicht auf die Seite der Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Die umfassende Kapitulation des größten Teils der Sozialdemokratie zeigte, dass die prokapitalistische Strömung in der Arbeiterbewegung nicht nur dominant geworden war, sondern auch die Mehrheit des ehemals revolutionären Flügels der Internationale gelähmt oder kooptiert hatte.

Aus dieser Erfahrung zog Lenin die Schlussfolgerung, dass die Einheit mit prokapitalistischen Elementen der Arbeiterbewegung eine politische Unterordnung unter die Kapitalistenklasse selbst bedeutete und notwendigerweise den Kampf für den Sozialismus verriet. Den größten Teil seines Feuers richtete er gegen die Zentristen in der Arbeiterbewegung, die die Prinzipien des Sozialismus zwar nicht offen ablehnten, aber dennoch um jeden Preis die Einheit mit offenen Verrätern der Arbeiterklasse aufrechterhalten wollten. Lenin bestand darauf, dass die Zentristen das Haupthindernis für den Aufbau einer Partei darstellten, die in der Lage ist, die Massen auf den Weg zur Revolution zu führen. Während diese Lektion für den Erfolg der Oktoberrevolution in Russland entscheidend war, führte in Deutschland das Versäumnis, sie rechtzeitig zu assimilieren, zur Niederlage des Spartakusaufstandes 1919. Aus der Asche von Krieg und Revolution wurde die Dritte Internationale auf dem Prinzip gegründet, dass jede Partei, die den Anspruch erhebt, für die Revolution zu kämpfen, sich politisch und organisatorisch vom prokapitalistischen und zentristischen Flügel der Arbeiterbewegung abspalten muss.

Als die revolutionäre Welle der Nachkriegszeit abebbte, folgte eine Periode der kapitalistischen Stabilisierung, die die Sowjetunion auf der Weltbühne isoliert zurückließ. In diesem Kontext entstand der Stalinismus, der den wesentlichen Bestandteil des Leninismus – die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse – zurückwies. Anstatt sich



M.S. Nappelbaum

März 1919: Wladimir Iljitsch Lenin (links) im Präsidium des I. Weltkongresses der Komintern in Moskau

auf die Ausweitung der Revolution durch die internationale Arbeiterklasse zu verlassen, um die UdSSR zu verteidigen, stützte sich Stalin zunehmend auf andere Klassenkräfte. Ob es sich um die Kulaken, die Guomindang in China, die britische Gewerkschaftsbürokratie oder die Imperialisten selbst handelte, Stalin schloss Abkommen, die die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse zugunsten vermeintlicher kurzfristiger Vorteile opferten. Weit davon entfernt, die Sowjetunion zu stärken, führte dies zu einer blutigen Katastrophe nach der anderen und schwächte die Gesamtposition des internationalen Proletariats.

Trotzkis Kampf für eine linke Opposition und für eine neue, Vierte Internationale war eine Fortsetzung des Leninismus, gerade weil er für den Aufbau einer internationalen Avantgardepartei gegen die sozialdemokratischen und stalinistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung kämpfte. Die physische Vernichtung der Kader, darunter Trotzki selbst, führte zu politischer Desorientierung und zu Niederlagen der revolutionären Gelegenheiten, die sich nach dem Blutbad des Zweiten Weltkriegs eröffneten. Die Folge war das Erstarken des Stalinismus und des Weltimperialismus. Diese historischen Niederlagen und das Scheitern, die Vierte Internationale seither neu zu schmieden, haben zu weiteren katastrophalen Rückschlägen geführt, bis hin zur Zerstörung der Sowjetunion selbst.

Postsowjetische Periode: „Marxisten“ liquidieren sich in den Liberalismus

Zur Zeit der Konterrevolution in der Sowjetunion sahen die Kräfte, die den Mantel des Trotzkiismus für sich beanspruchten, überwiegend tatenlos zu oder jubelten aktiv,

als die letzten Errungenschaften der Oktoberrevolution zerstört wurden. Die IKL kämpfte als einzige für Trotzki's Programm der Verteidigung der Sowjetunion und der politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie. Trotz ihrer winzigen Größe und ihrer politischen Schwächen (siehe Dokument Seite 76) war die IKL auf ihrem Posten, als sie mit der entscheidenden Prüfung der Epoche konfrontiert wurde. Aber ihre Schwäche und Isolation sprechen Bände über den miserablen Zustand der revolutionären Linken zu Beginn der neuen historischen Periode.

Die Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion waren für alle, die sich als Marxisten bezeichneten, verheerend. Der schnelle Rechtsruck in der Welt – nicht zum Bonapartismus oder Faschismus, sondern zum Liberalismus – erzeugte einen enormen Druck in Richtung organisatorischer und politischer Liquidation. Angesichts dieser Wende in der Weltlage bestand die Aufgabe darin, auf der Grundlage der Lehren aus den jüngsten proletarischen Niederlagen und in politischer Opposition zum Liberalismus langsam und geduldig eine revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse wieder aufzubauen. Die IKL war zwar in der Lage, den Zusammenbruch der Sowjetunion zu erklären, aber wie der Rest der „marxistischen“ Linken lehnte sie den Aufbau einer revolutionären Alternative zum Liberalismus ab (siehe Dokument Seite 7).

Indem die „marxistische“ Linke sich dem Liberalismus anpasste und nicht für einen unabhängigen Weg der Arbeiterklasse nach vorn kämpfte, war sie angesichts der Stabilität und des relativen Wohlstands der neuen Periode ohne Kompass. Um ihre Existenz zu rechtfertigen, griff sie auf Krisenbeschwörung zurück und verwies auf spezifische Gräueltaten oder reaktionäre Politik, um zu „beweisen“, dass der Imperialismus seinen reaktionären Charakter beibehalten hat. Dies passte gut mit dem vorherrschenden Liberalismus zusammen, der kein Problem damit hatte, wenn Kritiker „Exzesse“ wie Krieg und Rassismus im Rahmen

der „friedlichen“ Ausbeutung der Welt durch die Expansion des Finanzkapitals eindämmen wollten.

Kriege, Austerität und nationale und rassische Unterdrückung in der postsowjetischen Zeit waren natürlich für Arbeiter und Jugendliche ein Grund, sich aufzulehnen. Aber damit diese Rebellion einen revolutionären Inhalt bekommen konnte, musste man aufzeigen, wie die liberale Führung, die diese verschiedenen Kämpfe dominierte, ein Hindernis für deren Fortschritt darstellte. Es war notwendig, die Widersprüche zwischen den legitimen Gefühlen der Rebellion und der Loyalität der Liberalen gegenüber dem System, das diese Geißeln hervorbringt, zu verschärfen. Die Aufgabe bestand darin, diese Bewegungen von ihren liberalen Führungen zu *brechen*. Doch keine der sogenannten marxistischen Organisationen hat diese Aufgabe auch nur als solche erkannt. Stattdessen klammerten sich die „Revolutionäre“ an jede Welle der liberalen Opposition gegen den Status quo, die aufkam, und gaben den eigentlich bürgerlichen Bewegungen eine leicht marxistische Färbung.

Eher rechtsgerichtete „trotzkistische“ Organisationen gaben die meisten ihrer marxistischen Ansprüche auf und bauten den linken Flügel des Neoliberalismus auf, ob es sich nun um grüne Parteien, die Demokratische Partei der USA, die britische Labour Party oder die brasilianische PT handelte. Die französischen Mandel-Anhänger – die behaupteten, die Vierte Internationale zu sein – lösten ihre Ligue communiste révolutionnaire auf und ersetzten sie durch die amorphe Nouveau Parti anticapitaliste, deren erklärtes Ziel nicht mehr die Revolution der Arbeiterklasse war, sondern lediglich die Schaffung einer „strategischen Alternative zum milden Sozialliberalismus“ (Daniel Bensaid). Andere zogen sich in die schlimmste Form des Sektierertums zurück. Die North-Anhänger (bekannt für ihre World Socialist Web Site) verkündeten, dass die Gewerkschaften in der Epoche der Globalisierung „einfach nicht in der Lage [sind], international organisierte Unternehmen ernsthaft herauszufordern“ und daher völlig reaktionär geworden seien. Bei all den radikalen Floskeln lässt diese gewerkschaftsfeindliche Position die liberale Führung der Gewerkschaften einfach unangefochten.

Die eher zentristischen Gruppen wie die IKL und die Internationalistische Gruppe verkündeten weiterhin die Notwendigkeit einer revolutionären Führung und des „Bruchs mit dem Reformismus“ im Allgemeinen, abstrahierten aber völlig von der Notwendigkeit, die Linke vom Liberalismus zu spalten, der wichtigsten politischen Aufgabe beim Aufbau einer revolutionären Partei in dieser neuen Epoche. So beruhten die Polemiken der IKL und der IG gegen den Rest der Linken (und gegeneinander) zwangsläufig auf zeitlosen Prinzipien und abstraktem Jargon, nicht darauf, wie man dem Klassenkampf entlang revolutionärer Linien Führung gibt.

Das Ergebnis von 30 Jahren der Desorientierung und Kapitulation vor dem Liberalismus spricht für sich selbst. Heute, am Beginn einer neuen Epoche, sind die Organisationen, die für sich in Anspruch nehmen, für die Revolution zu sein, zersplittert, schwach und



L'Anticapitaliste

Frankreichs NPA, ehemals Ligue communiste révolutionnaire: Beispiel dafür, wie die Linke sich in nachsovietischer Periode in den Liberalismus liquidierte

sklerotisch (im wörtlichen wie im übertragenen Sinne) und haben kaum noch Einfluss auf den Verlauf der Arbeiterkämpfe. Sie bleiben in der gleichen Form stecken, in der sie jahrzehntlang erfolglos gearbeitet haben.

Der Kampf für die Vierte Internationale heute

Der Kampf für die Revolution heute muss sich auf ein korrektes Verständnis der wichtigsten Merkmale der Epoche stützen. Der US-Imperialismus ist nach wie vor die dominierende Macht, und die von ihm geschaffene Weltordnung bestimmt weiterhin die Weltpolitik. Sie wird herausgefordert nicht durch den aggressiven Aufstieg rivalisierender imperialistischer Mächte, sondern durch den relativen Verlust des wirtschaftlichen und militärischen Gewichts aller imperialistischen Länder zugunsten Chinas – eines deformierten Arbeiterstaates – und regionaler Mächte, die über eine gewisse Autonomie verfügen, aber weiterhin vom Weltimperialismus abhängig und unterdrückt sind. Die derzeitige Dynamik deutet auf eine zunehmende wirtschaftliche und politische Instabilität in der ganzen Welt und auf regionale Konflikte (Ukraine, Taiwan usw.) mit potenziell katastrophalen globalen Auswirkungen hin. Der Druck auf die Weltordnung nimmt rapide zu, ebenso wie der interne Druck in jedem Land.

Der offensichtlichste Weg für den US-Imperialismus, die Initiative wiederzuerlangen, wäre ein vernichtender Schlag gegen China. Die KPCh-Bükratie hat enorme Widersprüche innerhalb Chinas gefördert, indem sie zwischen dem Weltimperialismus, einer wachsenden Kapitalistenklasse und dem mächtigsten Proletariat des Planeten balanciert. Die Krise des postsowjetischen Gleichgewichts wird diese Widersprüche noch verschärfen. Der Griff der KPCh ist nicht so stabil, wie es nach außen hin scheint, insbesondere angesichts der internen Unruhen (wie die kleinen, aber bedeutenden Proteste gegen die brutalen Lockdowns der KPCh gezeigt haben). Die Arbeiterklasse wird nicht untätig bleiben, wenn ihre wirtschaftlichen Bedingungen nicht nur stagnieren, sondern sich sogar noch verschlechtern. Auch die chinesischen Kapitalisten werden nicht tatenlos hinnehmen, dass sie von der Bürokratie unter Druck gesetzt werden. Letztendlich wird China entweder der Konterrevolution zum Opfer fallen wie die UdSSR, oder das Proletariat wird sich erheben, die Bürokratie hinwegfegen und durch eine politische Revolution eine proletarische Demokratie errichten. Wann dies der Fall sein wird, lässt sich unmöglich vorhersagen. Jeder entscheidenden Konfrontation wird mit Sicherheit ein rabiater Zickzackkurs der Bürokratie vorausgehen, die sowohl gegen Konterrevolutionäre als auch gegen die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse hart vorgeht. Die Aufgabe von Revolutionären in Bezug auf China besteht darin, die Errungenschaften der Revolution von 1949 gegen Konterrevolution und imperialistische Aggression zu verteidigen und gleichzeitig aufzuzeigen, wie die Bürokratie diese Errungenschaften auf Schritt und Tritt untergräbt, indem sie den Kampf für die internationale Revolution verrät.

Der Kampf der USA und ihrer imperialistischen Verbündeten um die Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle der Weltordnung wird für die Bevölkerung im eigenen Land mit immer höheren sozialen Kosten verbunden sein. Schon jetzt verfault das soziale Gefüge der imperialistischen Mächte von innen heraus. Das Gleichgewicht, das durch billige Kredite, Monopolprofite und Spekulationsblasen aufrechterhalten wird,



Titelseite von *Quatrième Internationale* (September/Oktober 1938) verkündet die Gründung der Vierten Internationale

ist nicht mehr haltbar, da der Lebensstandard immer weiter zu Boden gedrückt wird. In zahlreichen westlichen Ländern gibt es Anzeichen für eine wachsende Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse. Am explosivsten ist dies in Frankreich gewesen, aber sogar in Ländern wie den USA und Britannien ist ein Anstieg der gewerkschaftlichen Kämpfe zu verzeichnen.

Während den ersten Wellen dieser Kämpfe gerade Niederlagen zugefügt werden, wird der Druck an der Basis der Gewerkschaften nur weiter zunehmen. Es wird deutlicher werden, dass keines der Probleme, mit denen die Arbeiterklasse konfrontiert ist, durch lindernde Anpassungen des Status quo gelöst werden kann. Dadurch wird sich schärfer denn je die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsführung, die die Arbeiterklasse auf den Weg des revolutionären Kampfes führen kann, herausstellen. Das Haupthindernis, das dieser Entwicklung im Wege steht, sind die sogenannten „Revolutionäre“, die marginal linkere, aber prokapitalistische Gewerkschaftsführer unterstützen, anstatt auf der Grundlage eines revolutionären Programms Oppositionen aufzubauen. Nur im Kampf gegen diesen Zentrismus wird es möglich sein, die Gewerkschaften von ihren derzeitigen prokapitalistischen Führungen zu brechen.

Je mehr sich die Bedrohungen häufen, desto wütender und hysterischer wird der Liberalismus. Dies spiegelt das verzweifelte Festhalten des liberalen Kleinbürgertums am Status quo wider. Aber es spiegelt auch die berechtigte Angst der Unterdrückten angesichts anwachsender rechter Reaktion wider. Revolutionäre im Westen müssen verstehen, dass es, um die aufkommende Reaktion zu bekämpfen, notwendig ist, den Liberalismus abzulehnen, der die Bewegungen zur Verteidigung von Immigranten, rassischen Minderheiten, Frauen und anderen sexuell Unterdrückten fesselt. Eine marxistisch klingende Kritik an bestimmten isolierten

Elementen ihrer Programme, wie Polizeireform oder Appelle an den Staat, reicht nicht aus. Nur wenn wir in der Praxis zeigen, wie der Liberalismus ein direktes Hindernis für die Kämpfe der Unterdrückten ist, kann sein Einfluss auf die Massen gebrochen werden. Dies kann nicht von der Seitenlinie aus geschehen, sondern nur innerhalb des Kampfes, indem eine klassenkämpferische Antwort auf jede Manifestation der kapitalistischen Tyrannei gegeben wird.

Die Erschütterungen der Weltordnung werden die Länder am unteren Ende der Pyramide am stärksten treffen. Die Aussicht auf ein besseres Leben, die vor nicht allzu langer Zeit noch möglich schien, schließt sich nun für Hunderte von Millionen von Menschen. Die neuen Arbeiterschichten in Asien, Afrika und Lateinamerika stellen die größte Gefahr für den Kapitalismus dar. Die Massen des Globalen Südens haben zunehmend die Isolation der Dörfer verlassen und sind urbanisiert, gebildet und mit der Welt verbunden. Ihre wachsende Rolle in der Weltproduktion verleiht ihnen eine enorme Macht, doch ihre einzige Perspektive ist weitere Verelendung. Es ist diese Welle der Wut der Entrechteten, die populistischen Kräften Auftrieb gibt. Die schwachen Kapitalistenklassen dieser Länder müssen zwischen dem Druck von unten, der sie hinwegzufegen droht, und dem Druck der imperialistischen Zahlmeister, die die internationalen Kapitalströme kontrollieren, balancieren. Linke Demagogie und religiöser Obskurantismus haben sich bisher als wirksam erwiesen, um die soziale Unzufriedenheit im Zaum zu halten. Doch wenn dies nicht gelingt, ist die Militärdiktatur nicht mehr weit.

In den vom Imperialismus unterdrückten Ländern spielen der Kampf um die nationale Emanzipation aus dem Würgegriff der Großmächte und die Lösung anderer ganz grundlegender demokratischer Aufgaben eine entscheidende Rolle. In dem Maße, wie sich diese Kämpfe verschärfen, wird sich auf Schritt und Tritt zeigen, dass die nationalen Bourgeoisien eine verräterische Rolle spielen, indem sie die nationale Befreiung und die Emanzipation der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf dem Altar des Privateigentums opfern. Revolutionäre müssen in den Kampf eingreifen und auf Schritt und Tritt zeigen, dass nur die Arbeiterklasse an der Spitze aller Unterdrückten zur Befreiung führen kann.

Unter keinen Umständen kann der Kampf gegen autoritäre oder obskurantistische Regierungen auch nur das geringste Zugeständnis oder Bündnis mit proimperialistischen,

liberal-modernisierenden Alternativen rechtfertigen. Das würde nur die Reaktion stärken und die Kräfte für demokratische Reformen an den Imperialismus binden. In Ländern, in denen sich die Bourgeoisie links und „antiimperialistisch“ gibt, ist es notwendig, ihre verlogene Heuchelei zu entlarven, indem der Kampf gegen den Imperialismus vorangetrieben wird. Nichts kann steriler und kontraproduktiver sein, als abseitszustehen und Revolution zu predigen. Es ist unsere Pflicht, jede Reform zu verteidigen, die die imperialistischen Interessen angreift. Dies darf aber auf keinen Fall eine Unterstützung des bürgerlichen Populismus rechtfertigen. Die Arbeiterklasse muss ihre Unabhängigkeit um jeden Preis verteidigen und dabei immer deutlich machen, dass sie den Imperialismus mit ihren eigenen Methoden und Zielen – denen des revolutionären Klassenkampfes – bekämpft.

Die Kräfte, die für die internationale Revolution kämpfen, sind heute winzig. Die Umgruppierung auf Grundlage eines klaren Programms und einer klaren Perspektive ist unerlässlich. Das vorliegende Dokument ist ein Beitrag zum Prozess des Wiederaufbaus und der Umgruppierung der Kräfte für die Vierte Internationale. Die IKL, die in interne Kontroversen und politische Desorientierung verstrickt war, geht mit der Zuversicht voran, dass der von ihr begonnene Konsolidierungsprozess ihr eine entscheidende Rolle in der kommenden Periode sozialer Unruhen und Konflikte verschaffen wird. Wie Trotzki erklärte:

„Der in den ersten Phasen sehr schwierige und quälende Kristallisationsprozess wird in Zukunft einen ungestümen und schnellen Charakter annehmen... Große Konflikte fegen alles Halbfertige und Künstliche weg und geben andererseits all dem Kraft, was funktionsfähig ist. Der Krieg lässt in den Reihen der Arbeiterbewegung nur Platz für zwei Tendenzen: den Sozialpatriotismus, der vor keinem Verrat haltmacht, und den revolutionären Internationalismus, der kühn und fähig ist, bis zum Ende zu gehen. Genau aus diesem Grund, aus Angst vor den bevorstehenden Ereignissen, führen die Zentristen einen wütenden Kampf gegen die Vierte Internationale. Sie haben auf ihre Weise Recht: In dem Kontext großer Erschütterungen wird nur jene Organisation überleben und sich entwickeln können, die ihre Reihen nicht nur vom Sektierertum gesäubert hat, sondern die sie systematisch im Geist der Verachtung aller ideologischen Schwankung und Feigheit ausgebildet hat.“

– „Sektierertum, Zentrismus und die Vierte Internationale“ (Oktober 1935)

Vorwärts zu einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution! ■



Cruz/AFP, Flores/Anadolu (oben)

18. März 2023: Präsident López Obrador (oben) spricht auf Massendemonstration in Mexiko-Stadt am 85. Jahrestag der Verstaatlichung der Erdölindustrie. Die Massen von den bürgerlichen Populisten zu brechen ist Schlüssel zur nationalen und sozialen Befreiung



Bagla/Corbis

Kombinierte und ungleichmäßige Entwicklung: Büffel an den Ufern des Ganges, Indien, hinten Kernkraftwerk

Permanente Revolution...

(Fortsetzung von Seite 76)

Entwicklung, Kredite, Plünderung natürlicher Ressourcen, billige Arbeitskräfte, Währungspolitik usw. sind alles Mittel, mit denen die Finanzoligarchie und die imperialistischen Monopole ihre Herrschaft festigen, von der gesamten Gesellschaft Tribut erheben und diese Länder in einem Zustand des Elends halten.

In diesen Ländern ist die moderne Industrie ein Produkt des ausländischen Kapitals. Direkt neben der neuesten Technologie in Industrie und Landwirtschaft gibt es vorkapitalistische soziale Verhältnisse. Fabriken, Eisenbahnen, Bergwerke und Häfen sprießen dort aus dem Boden, wo das Land noch mit dem Wasserbüffel und Holzpflug bearbeitet wird. Die dominierende Rolle des ausländischen Kapitals verleiht der nationalen Bourgeoisie einen äußerst schwachen Charakter: Sie ist nur teilweise in der Lage, das Niveau einer herrschenden Klasse zu erreichen, und bleibt somit in der Position einer halb herrschenden und halb unterdrückten Klasse gefangen. Gleichzeitig proletarisiert das ausländische Kapital die Bevölkerung und bringt eine Arbeiterklasse hervor, die dann im Leben des Landes eine zentrale Rolle spielt. Die Gründung mächtiger Gewerkschaften und häufig auch von Arbeiterparteien stellt eine starke Kraft dar, die sich gegen die imperialistische Ausbeutung zur Wehr setzen und fragilen nationalen Bourgeoisien und Regierungen entgegen treten kann.

Die Rückständigkeit der nationalen Wirtschaft, die völlige Korruption der lokalen Regierungen, die zahllosen ethnischen und religiösen Spaltungen, das Fortbestehen vorkapitalistischer Verhältnisse: All diese Bedingungen, die durch die Fremdherrschaft aufrechterhalten und verstärkt werden, schaffen eine untrennbare Verbindung zwischen der sozialen Befreiung der werktätigen Massen und der nationalen Emanzipation. Gerade der Widerstand gegen solches Elend und gegen nationale Erniedrigung sowie das Streben nach Land, Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung treiben den Kampf der Arbeiter- und Bauernmassen voran und geben ihren ganz grundlegenden Forderungen einen explosiven Charakter.

Die Entwicklung und Modernisierung der neokolonialen Länder erfordern die Lösung grundlegender demokratischer Aufgaben; die Entwicklung der nationalen Industrie und des Binnenmarktes erfordern die nationale Vereinigung und Emanzipation sowie eine Bodenreform. Die nationale Bourgeoisie hat ein objektives Interesse an der Lösung dieser Fragen, um ihre gesellschaftliche Position als herrschende Klasse weiter zu verbessern. Aber bei jeder einzelnen dieser Fragen muss man sich der imperialistischen Unterjochung entgegenstellen. Angesichts ihrer Schwäche gegenüber den Imperialisten ist die nationale Bourgeoisie in ihrem Widerstand gegen ausländisches Kapital mehr oder weniger gezwungen, sich auf das Proletariat und die ganze Nation zu stützen. Gleichzeitig ist sie sich als besitzende Klasse bewusst, dass das Proletariat eine Bedrohung ihrer Interessen darstellt. Um diese zu schützen, ist sie gezwungen, sich auf die Imperialisten zu stützen, mit denen sie durch tausend Fäden verbunden ist. Dazu unfähig, eine unabhängige Rolle zu spielen, balanciert daher die nationale Bourgeoisie zwischen diesen beiden mächtigeren Kräften. Trotzki erklärt:

„In den industriell rückständigen Ländern spielt das ausländische Kapital eine entscheidende Rolle. Daher die relative Schwäche der nationalen Bourgeoisie im Verhältnis zum nationalen Proletariat. Das schafft besondere Bedingungen für die Staatsmacht. Die Regierung schwankt zwischen ausländischem und inländischem Kapital, zwischen der schwachen



Kein Bildnachweis



Rousseau/Getty

Imperialistische Plünderung damals und heute. Oben: Sattendarstellung, Kolonialisten zerreißen China, um 1900. Unten: Imperialistisches G7-Treffen in Japan, Mai 2023



Petróleos Mexicanos/Getty

Massenkundgebung auf dem Zócalo, Mexiko-Stadt, feiert Verstaatlichung imperialistischer Ölkonzerne durch Lázaro Cárdenas am 18. März 1938. Links: Zeitungsmeldung vom Tag danach

nationalen Bourgeoisie und dem relativ starken Proletariat. Dies verleiht der Regierung einen bonapartistischen Charakter von besonderer Ausprägung. Sie erhebt sich gewissermaßen über die Klassen. Tatsächlich kann sie entweder regieren, indem sie sich zum Instrument des ausländischen Kapitalismus macht und das Proletariat in den Ketten einer Polizeidiktatur hält, oder indem sie mit dem Proletariat manövriert und sogar so weit geht, ihm Zugeständnisse zu machen und so die Möglichkeit einer gewissen Freiheit gegenüber den ausländischen Kapitalisten zu erlangen.“

– „Verstaatlichte Industrie und Arbeitermanagement“
(Mai 1939)

Angetrieben von den Werktätigen im eigenen Land und bei einem günstigen internationalen Kräfteverhältnis kann die nationale Bourgeoisie Verstaatlichungen, Landreformen und andere fortschrittliche Maßnahmen gegen die Imperialisten durchführen, um die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und die nationale Wirtschaft zu entwickeln. Die Verstaatlichung des Erdöls 1938 in Mexiko unter Lázaro Cárdenas oder die Übernahme des Suezkanals 1956 durch Gamal Abdel Nasser in Ägypten sind klassische Beispiele für diesen Prozess. Aber die Bourgeoisie führt solche Maßnahmen für ihre eigenen Ziele und mit ihren eigenen Methoden durch. Sie will sich an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes behaupten, um die sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Unterdrückten zu kanalisieren und in den Grenzen zu halten, die für ihre Klassenherrschaft akzeptabel sind, und damit ihre eigene Position als halb herrschende Klasse gegenüber den Imperialisten zu verbessern.

Die Bourgeoisien der unterjochten Länder sind sich völlig darüber im Klaren, dass ein ernsthafter Kampf gegen den Imperialismus eine revolutionäre Erhebung der Massen erfordert, die für die nationale Bourgeoisie selber eine Bedrohung wäre. Trotzki schrieb:

„Eine demokratische und nationale Befreiungsrevolution kann der Bourgeoisie eine Steigerung der Ausbeutungsmöglichkeiten verheißen. Ein selbständiges Auftreten des Proletariats in der Arena der Revolution droht ihr die Ausbeutungsmöglichkeiten überhaupt zu entreißen.“

– *Die Dritte Internationale nach Lenin* (1928)

Wenn die Bourgeoisie die Massen hinter sich mobilisiert, muss sie die strikte Kontrolle über sie behalten – sie muss re-

volutionäre Parteien zerschlagen; die Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsbürokratie und manchmal durch die direkte Integration in den Staat im eisernen Griff halten; die Schaffung von staatlich kontrollierten Bauernorganisationen fördern usw. Ob Klassenkampf, Landbesetzungen oder Versuche zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften und Bauernorganisationen – auf jeden Versuch der Massen zur unabhängigen antiimperialistischen Aktion reagiert sie mit blutiger Unterdrückung. Gerade durch die Unterdrückung der einzigen Kraft, die eine echte nationale Emanzipation und Modernisierung herbeiführen kann – die mit der Bauernschaft verbündete Arbeiterklasse –, verhindert die nationale Bourgeoisie nicht nur eine soziale Revolution, sondern sie sabotiert auch den antiimperialistischen Kampf auf Schritt und Tritt, verrät ihn und bahnt der imperialistischen Reaktion den Weg. Weil die nationale Bourgeoisie an das kapitalistische Eigentum gebunden ist und ihre Klasseninteressen gegen die proletarischen Massen verteidigen muss, ist sie nicht nur unfähig, die Aufgaben der nationalen Emanzipation und der Agrarrevolution zu lösen, sondern spielt in diesem Prozess auch eine durch und durch reaktionäre Rolle.

Nur das Proletariat, das die Bauernmassen und das städtische Kleinbürgertum hinter sich schart, ist in der Lage, das Joch des ausländischen Kapitals zu zerbrechen, die Agrarrevolution zu Ende zu führen und vollständige Demokratie für die Werktätigen in der Form einer Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten. Im Hinblick auf Russland erklärte Trotzki in *Die permanente Revolution* (1929, Einleitung zur ersten russischen Ausgabe):

„Ich zog daraus die Schlussfolgerung, dass unsere bürgerliche Revolution nur in dem Falle ihre Aufgabe radikal lösen könnte, wenn das Proletariat mit Hilfe der vielmillionenstarken Bauernschaft fähig wäre, die revolutionäre Diktatur in seinen Händen zu konzentrieren.

Was würde der soziale Inhalt dieser Diktatur sein? Als erstes hätte sie die Agrarrevolution und die demokratische Umgestaltung des Staates restlos zu vollziehen. Mit anderen Worten, die Diktatur des Proletariats wäre ein Mittel, die Aufgaben der historisch verspäteten bürgerlichen Revolution zu lösen. Darauf aber könnte die Sache sich nicht beschränken. Zur Macht gelangt, würde das Proletariat gezwungen sein,

immer tiefer einzugreifen in die Beziehungen des Privateigentums überhaupt, d.h. den Weg sozialistischer Maßnahmen zu beschreiten.“

Die Machteroberung des Proletariats in einem Land ist nicht die Vollendung der Revolution, sondern erst ihr Anfang. Um rückständige Länder zu modernisieren, eine nationale Industrie und einen nationalen Markt zu entwickeln, die Massen aus dem Elend zu befreien, für all das braucht man das höchste Niveau an Technologie und Produktivität und Zugang zum Weltmarkt – die internationale Arbeitsteilung. Doch das alles ist unter der Kontrolle des Imperialismus. Solange der Weltimperialismus besteht, sind die Errungenschaften eines einzelnen Landes weiterhin der ständigen Gefahr ausgesetzt, durch den Imperialismus erstickt und rückgängig gemacht zu werden. Der Sieg der neokolonialen Revolution und die Entwicklung des Sozialismus erfordern die Niederlage des Imperialismus auf Weltebene, d.h. die Ausweitung der Revolution auf die imperialistischen Zentren.

In den unterjochten Ländern besteht der erste Schritt zu diesem Ziel darin, revolutionäre Parteien zu schmieden, deren Hauptaufgabe es ist, der nationalen Bourgeoisie *die Führung* des antiimperialistischen Kampfes zu *entreißen*. Dies lässt sich nur dadurch erreichen, dass man den Kampf für die nationale Befreiung bis zur letzten Konsequenz *vorantreibt* und dabei den Massen jedes Schwanken, jede Kapitulation und jeden Verrat der Bourgeoisie vor Augen führt. Die Beschlagnahmung des Vermögens der Imperialisten, nicht zuletzt ihrer Banken; die Enteignung der in- und ausländischen Grundbesitzer; die Nichtanerkennung der Schulden und jedes „Freihandelsabkommens“ – jede konsequente Aktion, die den Kampf gegen die imperialistische Sklaverei vorantreibt, bringt die Massen in Gegensatz zur Bourgeoisie. Wie Trotzki feststellte, findet diese Klasse „immer starken Rückhalt beim Imperialismus, der ihr noch jedes Mal mit Geldern, Waren und Granaten gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern geholfen hat“ („Die chinesische Revolution und die Thesen des Genossen Stalin“, Mai 1927). Er erklärte: „Doch alles, was die unterjochten und niedergehaltenen Massen der Werktätigen aktiviert, drängt die nationale Bourgeoisie Chinas unweigerlich in einen militärischen Block mit dem Imperialismus. Der Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie und den Arbeiter- und Bauernmassen wird durch das imperialistische Joch nicht abgeschwächt, sondern verschärft sich bei jedem ernsteren Konflikt bis hin zum blutigen Bürgerkrieg.“

Gleichzeitig, wenn die Bourgeoisie versucht, von den Imperialisten Zugeständnisse zu erlangen, unterstützen Revolutionäre solche Maßnahmen unter Beibehaltung ihrer vollen organisatorischen und politischen Unabhängigkeit und versuchen, das Proletariat und die Bauernschaft dafür zu mobilisieren, diese Maßnahmen für ihre eigenen Ziele und mit ihren eigenen Methoden durchzuführen:

Verstaatlichungen?

Keine Entschädigung! Besetzt die Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen, bis die Imperialisten nachgeben!

Bürokratische, begrenzte Landreform?

Bauernkomitees, die das Land beschlagnahmen!

Imperialistische Drohung mit „Regimewechsel“?

Bewaffnet die Arbeiter und Bauern!

In jedem Fall treten die Trotzlisten im Verlauf des Kampfes für die unabhängige Aktion der Massen ein, um den Einfluss der nationalistischen Bourgeoisie zu brechen.



Sharma/AFP

Indien, Januar 2021: Bauernbewegung protestiert gegen Modi-Regierung. Bündnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft ist Schlüssel für sozialistische Revolution

Um den Einfluss der Bourgeoisie zu bekämpfen, ist es von entscheidender Bedeutung, den Nationalismus zu bekämpfen, das wichtigste ideologische Instrument, das sie einsetzt, um für ihre Interessen das Proletariat und die Unterdrückten hinter sich zu sammeln. Der Nationalismus wiegelt das Proletariat gegen nationale Minderheiten auf, gegen seine Klassenbrüder und -schwestern aus anderen unterdrückten Nationen und, was von entscheidender Bedeutung ist, gegen die Arbeiterklasse der unterdrückenden Nation und verhindert so die revolutionäre Einheit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Imperialisten. Um die Massen vom Nationalismus zu brechen, ist es jedoch notwendig, zwischen dem Nationalismus der Unterdrückten als Ausdruck des imperialen Chauvinismus und dem Nationalismus der Unterdrückten als Reaktion auf die Unterdrückung zu unterscheiden. Diesen Unterschied zu leugnen bedeutet, den Wunsch der Massen nach Emanzipation abzulehnen. Nationalismus lässt sich nicht dadurch besiegen, dass man einen abstrakten Internationalismus predigt. Er kann nur im Kampf überwunden werden, indem man den Verrat der nationalen Bourgeoisie im Kampf für die Emanzipation aufzeigt.

Die Interessen des Proletariats erfordern die volle Solidarität der Arbeiter *aller* Nationen. In den imperialistischen Ländern müssen die revolutionären Parteien dem Proletariat das Verständnis vermitteln, dass die Emanzipation der unterjochten Nationen in seinem eigenen objektiven Interesse liegt: Jede Niederlage der Imperialisten im Ausland stärkt die Position des Proletariats im eigenen Land. Trotzlisten müssen für einen Bruch mit den Sozialchauvinisten *in* den Reihen der Arbeiterbewegung kämpfen – den Verteidigern der NATO und der Europäischen Union, den Gewerkschaftsbürokraten in Nordamerika, die den „Freihandels“-Pakt USMCA unterstützen – und mit den Zentristen, die an der Einheit mit den Sozialchauvinisten festhalten. Nur so können Misstrauen und nationalistische Vorurteile in den Neokolonien überwunden

werden. **Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Schmeißt die proimperialistischen Gewerkschaftsbürokraten raus! Für Arbeiterrevolution in den imperialistischen Zentren!**

Die revolutionären Parteien in den unterdrückten Nationen müssen, indem sie den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung führen, die werktätigen Massen im Geiste der revolutionären Einheit mit dem Proletariat der unterdrückten Nationen erziehen. Die Einheit der unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus kann nicht unter der Ägide der käuflichen Kompradoren-Bourgeoisien verwirklicht werden, für die „Patriotismus“ die Verteidigung ihres Privateigentums bedeutet. Sie kann nur unter der Führung der mit der Bauernschaft verbündeten Arbeiterklasse erreicht werden. **Beschlagnahm des Eigentums der Imperialisten! Land in Bauernhand! Für nationale und soziale Befreiung!**

Die Erfahrung hat gezeigt, dass bäuerliche Guerillabewegungen unter außergewöhnlichen Umständen in der Lage sind, den Imperialismus in einem einzelnen Land zu besiegen und die nationale Bourgeoisie zu enteignen (z.B. China, Kuba, Laos, Vietnam). Der Sieg solcher Bewegungen kann jedoch zu nichts mehr als der Errichtung bürokratischer Regime stalinistischer Prägung führen, die ihre Herrschaft durch brutale Unterdrückung der arbeitenden Massen aufrechterhalten, während das Land weiterhin dem Druck des Weltmarktes ausgesetzt ist. Das Markenzeichen dieser stalinistischen Bürokratien ist ihr entschiedener Widerstand gegen die Ausweitung der sozialistischen Revolution über ihre nationalen Grenzen hinaus, in der illusorischen Hoffnung, den Imperialismus zu beschwichtigen. Zur Verteidigung und Ausweitung der Errungenschaften dieser Revolutionen ist eine neue Revolution gegen diese Bürokraten erforderlich. Daher gelten die oben dargelegten Aufgaben der Revolutionäre auch für diese Gesellschaften: Trotzlisten müssen den Bürokraten die Führung des antiimperialistischen Kampfes entreißen und ihn unter dem Banner des authentischen Leninismus führen. **Verteidigt China, Nordkorea, Laos, Kuba und Vietnam gegen Imperialismus und Konterrevolution! Für politische Revolution gegen die stalinistischen Verräter! Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!**

Nur die Verschmelzung des Kampfes des Proletariats



Kunz/ullstein bild

Demonstranten mit Porträt Ho Chi Minhs in Berlin 1968. Großteil der Linken verherrlichte Nationalisten und Stalinisten, statt für revolutionäre Führung zu kämpfen



CBS

Fidel Castro mit Rebellenarmee, 1957. Kubanische Revolution war Niederlage für US-Imperialismus, aber stalinistische Führung ist Hindernis für Sozialismus

in den imperialistischen Ländern gegen die „eigene“ herrschende Klasse mit dem Kampf der Werktätigen der unterdrückten Nationen gegen eben diese Imperialisten und ihre Stellvertreter vor Ort kann den endgültigen Sieg über den Imperialismus sichern.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

DIE REVISION DER PERMANENTEN REVOLUTION DURCH DIE IKL

Von Geburt an deformiert

Seit ihrer Gründung beruhte das Herangehen der Spartacist-Tendenz an das Problem der Revolution in neokolonialen Ländern und unterdrückten Nationen auf einer Revision der permanenten Revolution. Um zu verstehen, wie und warum das der Fall war, ist es notwendig, den historischen und politischen Kontext zu betrachten, in dem unsere Tendenz ihre Herangehensweise entwickelt hat.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war durch einen Aufschwung nationaler Befreiungskämpfe gekennzeichnet, der durch den Zusammenbruch des britischen und des französischen Kolonialreichs und die gestärkte Autorität der UdSSR nach ihrem Sieg über Nazideutschland angespornt wurde. Die Welt war zwischen zwei Supermächten geteilt, die zwei rivalisierende Gesellschaftssysteme repräsentierten: die UdSSR und der US-Imperialismus. In dieser Situation hatten die unterdrückten Länder Spielraum zu lavieren, und viele erhofften sich von der Sowjetunion militärische und politische Unterstützung bei ihrem Kampf gegen den Imperialismus. Bis Ende der 1970er-Jahre erschütterten Revolten die neokoloniale Welt: China, Korea, Indochina, Indien, Zypern, Algerien, Kuba, die arabische Welt, Chile usw. An der Spitze dieser Bewegungen standen bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte. In den meisten Fällen war das Ergebnis die formale Unabhängigkeit unter bürgerlich-nationalistischer Herrschaft, während das Joch der imperialistischen Unterdrückung bestehen blieb.

In dieser ganzen Zeit bestand die Strategie fast der ge-

samen marxistischen Linken international darin, die nationalistischen Führungen dieser Bewegungen und ihre Regime offen oder kritisch zu unterstützen. Die Rechtfertigung lautete, dass der nationalen Bourgeoisie durch die imperialistische Unterdrückung der Kolonien und Neokolonien eine objektiv fortschrittliche Rolle zukomme und dass der Sieg der nationalistischen Kräfte der Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Revolution gleichkomme und damit den Weg zum Sozialismus freimache. Mit dem Argument, dass der „objektive Prozess“ die bürgerlichen und kleinbürgerlichen nationalistischen Führungen unweigerlich zum Sozialismus treiben würde, wurde die Rolle der Revolutionäre darauf reduziert, sie nach links zu drängen. Das war der theoretische Rahmen der stalinistischen Parteien und ihrer maoistischen Abspaltungen, der Neuen Linken und der Pseudotrotzkisten. (Michel Pablo, ehemaliger Führer der Vierten Internationale, endete als Berater der algerischen bürgerlichen Regierung von Ben Bella.)

Damit wurde eine revolutionäre Führung des nationalen Befreiungskampfes völlig abgelehnt. Wenn der „objektive Prozess“ zur Befreiung und zum Sozialismus führen würde, bräuhete man keine revolutionären Parteien. In Wirklichkeit bedeutete dies, das Proletariat und die Bauernmassen an die nationale Bourgeoisie zu fesseln und den antiimperialistischen Kampf und die sozialistische Revolution zu verraten. Für Revolutionäre ging es darum, ein Programm aufzustellen zur unabhängigen Aktion der werktätigen Massen für ihre Bedürfnisse und Bestrebungen, um dadurch den antiimperialistischen Kampf voranzutreiben und sich in diesem Prozess an ihre Spitze und den Nationalisten und Stalinisten entgegenzustellen. Nur auf dieser Grundlage war es möglich, das klassenkollaborationistische Programm der Linken als Hindernis für den Sieg über den Imperialismus zu entlarven und einen Prozess von Spaltungen und Fusionen einzuleiten für den Aufbau einer authentischen trotzkistischen Strömung.

Die Spartacist-Tendenz hat jedoch diesen Weg nicht eingeschlagen. Angesichts der bürgerlichen Führung der nationalen Befreiungskämpfe und einer Linken, die dem Nationalismus hinterherlief, zogen wir eine rigide und sektiererische Linie, indem wir den Nationalismus in der neokolonialen Welt als durch und durch reaktionär verurteilten. Ausgehend von einem richtigen Impuls, das Liquidatorentum der Linken abzulehnen, landeten wir kriminellerweise dabei, den Kern der permanenten Revolution zurückzuweisen: den Kampf für nationale Befreiung in den Mittelpunkt der revolutionären Strategie für die neokoloniale Welt zu stellen. Abgesehen von orthodoxen Phrasen, die die permanente Revolution zusammenfassten, stellten wir die nationale Befreiung dem Klassenkampf und der sozialistischen Revolution entgegen. Damit lehnten wir den Kampf um eine kommunistische Führung des nationalen Befreiungskampfes systematisch ab und stärkten so den Einfluss der Nationalisten und der kleinbürgerlichen Kräfte auf die Massen. Dieser allgemeine Rahmen lief im Grunde auf eine Kapitulation vor dem Imperialismus hinaus.

Nationale Befreiung: Dorn im Auge oder Hebel zur Revolution?

Hier sind zwei klassische Beispiele für die Sicht der Spartacist-Tendenz auf die nationale Frage:

„Im allgemeinen drückt sich unsere Unterstützung für das Recht auf Selbstbestimmung negativ aus: unerbittliche Opposition gegen jede Manifestation nationaler Unterdrückung,



Nordirland:
„Nicht Grün gegen Orange,
sondern Klasse gegen Klasse!“



Québec: „Nicht
bürgerlicher Nationalismus,
sondern proletarischer
Internationalismus!“

IKL-Presse setzte Nationalismus von Unterdrückten und Unterdrückern gleich, behandelte nationalen Befreiungskampf als Störfaktor, der aus dem Weg geräumt werden müsste, statt als Waffe im Kampf für Sozialismus

dies als Mittel, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, nicht aber als Erfüllung der ‚offenkundigen Bestimmung‘ oder der ‚Erbchaft‘ einer Nation, noch als Unterstützung für ‚progressive‘ Nationen oder Nationalismus. Wir unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung und kämpfen für die nationale Befreiung, um die nationale Frage von der historischen Tagesordnung streichen zu können, nicht um eine weitere solche Frage zu schaffen.“

– „Thesen über Irland“, *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 6, Juni 1978

Und:

„In unterdrückten Nationen innerhalb multinationaler Staaten hängt die Frage, ob man *für* die Unabhängigkeit *eintritt* oder nicht, von der Tiefe der nationalen Gegensätze zwischen den arbeitenden Menschen der verschiedenen Nationen ab. Wenn die Beziehungen so vergiftet sind, dass eine echte Klasseneinheit innerhalb einer einzigen Staatsmacht unmöglich ist, unterstützen wir die Unabhängigkeit als einzige Möglichkeit, die nationale Frage von der Tagesordnung zu streichen und die Klassenfrage in den Vordergrund zu stellen.“

– „Quebec Nationalism and the Class Struggle“, *Spartacist Canada* Nr. 12, Januar 1977

Diese Herangehensweise an die nationale Frage beruhte darauf, sie nicht als einen Hebel für die sozialistische Revolution zu sehen, sondern als ein lästiges Problem, das man beseitigen muss, um dem „reinen“ Klassenkampf den Weg zu ebnen. Das hat nichts mit Marxismus zu tun. Das Herangehen von Revolutionären besteht darin, jede Unterdrückung, jede Krise, jeden Akt des Widerstands zu nutzen, um die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf zum Sturz der Bourgeoisie zu schmieden. In dieser Hinsicht stellt der Widerstand gegen die Fremdherrschaft in den unterdrückten Ländern einen mächtigen Hammer zur Zerschlagung des Weltimperialismus dar. Doch anstatt den Kampf für den Sozialismus auf der Grundlage der tatsächlich stattfindenden sozialen und nationalen Kämpfe voranzutreiben, versuchte die Spartacist-Tendenz auf sektiererische und doktrinaire Weise, ihre eigene idealisierte Version des Klassenkampfes, die von allen nationalen „Unannehmlichkeiten“ gereinigt war, auf die lebendige Realität zu projizieren.

Eine solche Herangehensweise an die nationale Frage ist kein Novum in der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Lenin kämpfte sein ganzes Leben lang dagegen an, insbesondere gegen jene sogenannten Sozialisten, die den Dubliner Osteraufstand von 1916 mit Verachtung betrachteten und als bloßen „Putsch“ abtaten. In „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ (Juli 1916) hat Lenin dem irischen Aufstand einen Abschnitt gewidmet (den wir nachgedruckt haben, ohne zu merken, dass dessen gesamter Inhalt uns galt). Er erklärte:

„Die Auffassungen der Gegner der Selbstbestimmung führen zu der Schlussfolgerung, dass die Lebensfähigkeit der kleinen, vom Imperialismus unterdrückten Nationen schon erschöpft sei, dass sie dem Imperialismus gegenüber keinerlei Rolle spielen könnten, dass die Unterstützung ihrer rein nationalen Bestrebungen zu nichts führen werde u.dgl.m.“

Wir lehnten zwar das Selbstbestimmungsrecht nicht ab, aber unser ganzes Herangehen war von der Vorstellung geprägt, dass bei dem „nationalen Problem“ nichts Gutes herauskommen würde. Lenin schreibt weiter:

„Wer einen *solchen* Aufstand einen Putsch nennt, ist entweder der schlimmste Reaktionär oder ein hoffnungsloser Doktrinär, der unfähig ist, sich die soziale Revolution als eine lebendige Erscheinung vorzustellen.

Denn zu glauben, dass die soziale Revolution *denkbar* ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums *mit allen seinen Vorurteilen*, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben heißt *der sozialen Revolution entsagen*. Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Sozialismus‘, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Imperialismus‘, und das wird dann die soziale Revolution sein! Nur unter einem solchen lächerlich-pedantischen Gesichtspunkt war es denkbar, den irischen Aufstand einen ‚Putsch‘ zu schimpfen.

Wer eine ‚reine‘ soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.“

Ist denn die Methode, die nationale Frage von der „historischen Agenda“ zu „streichen“, etwas anderes, als eine „reine“, von den nationalen Gefühlen der unterdrückten Völker „unbefleckte“ Revolution zu erwarten?

Die sozialistische Revolution ist nicht ein einzelner Kampf, sondern eine Reihe von Kämpfen um eine Vielzahl von demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Der Versuch, in den Ländern, die unter dem Joch der Fremdherrschaft stehen, die nationale Frage als Voraussetzung für den sozialistischen Kampf „wegzuräumen“, leugnet, dass bei dem vom Imperialismus aufgezwungenen Zustand der Unterentwicklung die demokratischen Aufgaben objektiv als der wesentliche Hebel zur sozialistischen Revolution in den Vordergrund rücken. Der Kern der permanenten Revolution – und die zentrale Lehre der Oktoberrevolution von 1917 – besteht darin, dass die bürgerlich-demokratische Revolution, die vom revolutionären Proletariat an der Spitze der Bauernschaft und aller Unterdrückten verwirklicht wird, in die sozialistische Revolution übergeht. Trotzki erklärte:

„Die Diktatur des Proletariats, das als Führer der demokratischen Revolution zur Herrschaft gelangt ist, wird unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur *permanenten Revolution*.“

– *Die permanente Revolution*

Im Gegensatz dazu bestand unser ganzes Herangehen darin, darüber nachzudenken, wie diese oder jene demokratische Frage von der Tagesordnung „entfernt“ werden könnte. Dies erwies sich jedoch als komplizierter in Regionen mit vermischten Völkern wie Nordirland oder Israel/Palästina, wo zwei nationale Gruppen konkurrierende Ansprüche auf Selbstbestimmung über dasselbe Territorium erheben. Die Spartacist-Tendenz schuf daher eine „Theorie“ für Fälle von vermischten Völkern. Unser grundlegender Artikel zur Frage Israel/Palästina postulierte:

„Es war klar, dass die Schaffung eines unabhängigen Nationalstaates in Palästina, ob durch palästinensische Araber oder Juden, nur auf Kosten der jeweils anderen Nation geschehen würde. Wenn nationale Bevölkerungen geografisch vermischt sind, wie in Palästina, kann ein unabhängiger Nationalstaat nur durch ihre gewaltsame Trennung geschaffen werden (Zwangsumsiedlungen usw.). So wird das demokratische Recht auf Selbstbestimmung abstrakt, da es nur dadurch ausgeübt werden kann, dass die stärkere nationale Gruppierung die schwächere vertreibt oder zerstört.

In solchen Fällen besteht die einzige Möglichkeit einer demokratischen Lösung in einer sozialen Transformation.“

– „Die Geburt des zionistischen Staates“, *Spartakist* Nr. 159, Sommer 2005 (übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974)

Es war offensichtlich unmöglich, die nationale Frage in Orten wie Belfast oder Gaza von der Tagesordnung zu „streichen“. Also haben wir die Notwendigkeit einer Revolution proklamiert. Aber es bleibt die Frage: *Wie* kann es dort zu einer Revolution kommen? Das ganze Programm hinter der „Theorie“ vermischter Völker bestand darin, die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution zu verkünden und es gleichzeitig abzulehnen, dass man den nationalen Befreiungskampf der Palästinenser und irischen Katholiken in den Mittelpunkt unserer revolutionären Strategie stellen muss. Stattdessen wird die sozialistische Revolution als ein Prozess betrachtet, in dem beide nationalen Gruppen ihre nationalen Gefühle aufgeben zugunsten von Einheit über wirtschaftliche Forderungen und liberaler Solidarität.

Jeder „Marxist“, der meint, der nationale Befreiungskampf sei für die Revolution ein Dorn im Auge und müsse beiseitegeschafft werden, um für den Sozialismus kämpfen zu können, ist bestenfalls zur Bedeutungslosigkeit verurteilt oder schlimmstenfalls ein Agent des herrschenden Unterdrückers, der als Vorbedingung für die Einheit verlangt, dass die Unterdrückten ihre nationalen Bestrebungen aufgeben. Zu einer Revolution in Israel/Palästina oder in Nordirland kann es nur kommen durch einen revolutionären Aufstand für die nationale Befreiung der Palästinenser und der irischen Katholiken, der auch die protestantischen und israelischen Arbeiter von ihrer herrschenden Klasse und den imperialistischen Hintermännern befreit, ohne ihre nationalen Rechte anzutasten. Gerade weil die irischen und palästinensischen Nationalisten zu einer solchen Perspektive nicht fähig sind und sie ablehnen, kann nur eine kommunistische Führung eine gerechte und demokratische Lösung für das nationale Problem dort herbeiführen.

Als Zeichen völliger Ohnmacht heißt es in der ersten These der „Thesen über Irland“, einem Schlüsseldokument, das unseren Standpunkt zum dortigen nationalen Problem darlegt:

„Es ist sehr gut möglich, dass eine gerechte, demokratische, sozialistische Lösung in Irland nur unter dem Einfluss proletarischer Revolutionen außerhalb Irlands, ja konkret durch die Bajonette einer Roten Armee gegen den Widerstand eines großen Teils einer oder beider Volksgruppen der Insel herbeiführt werden könnte.“

In unseren Artikeln zu Palästina haben wir immer wieder betont, dass eine Revolution höchstwahrscheinlich nicht möglich sei, solange es keine Revolution in einem Nachbarland gibt. Im Voraus zu erklären, dass wir nicht wirklich an die Möglichkeit einer einheimischen Revolution in Nordirland oder Palästina glauben und dass wir nicht der Ansicht sind, unsere Intervention in diesen Regionen könne eine wichtige und entscheidende Rolle spielen, ist so, als würde man ein Banner hochhalten, auf dem steht: „Wir sind bankrott“.

Die Aufgabe der Kommunisten ist nicht, den Kampf für die nationale Befreiung dem Kampf für den Sozialismus entgegenzustellen, sondern beides miteinander zu verschmelzen. Eine solche Perspektive ist mit der Rigidität und Engstirnigkeit, die für das Herangehen der Spartacist-Tendenz an die nationale Frage typisch waren, nicht denkbar; sie erfordert die Methode und das Programm der permanenten Revolution. Die Anwendung der permanenten Revolution ist nicht auf Länder mit einer Bauernschaft oder einer verspäteten kapitalistischen Entwicklung beschränkt. Die Methode der permanenten Revolution ist ein Dreh- und Angelpunkt des modernen kommunistischen Programms. Die zentrale Lehre, die Marx und Engels aus den Revolutionen von 1848 in Europa zogen, war die Notwendigkeit einer proletarischen Führung der demokratischen und sozialen Kämpfe. Zum Abschluss ihrer „Ansprache der Zentralbehörde an den [Kommunistischen] Bund“ vom März 1850 betonten Marx und Engels:

„[Die Arbeiter] müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, dass sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muss sein: Die Revolution in Permanenz.“

Leninismus kontra IKL über Nationalismus: Permanente Revolution kontra liberale Empörung

Eine zentrale Frage der Revolution für die meisten Länder der Welt ist die Überwindung nationaler Spaltungen. Diese Frage ist besonders komplex in Ländern mit verspäteter Entwicklung, wo die dominierende Nation (oder ethnische oder religiöse Gruppe) zwar vom Imperialismus unterdrückt wird, selbst aber auch der Unterdrücker von Minderheitsnationen ist. Das ist der Fall in Indien, Iran und Türkiye, um nur einige zu nennen. Der folgende, einem Ar-



Dahman/AP

Oben: Palästinensisches Flüchtlingslager in Süd-Gaza nach israelischer Bombardierung, 7. Dezember 2023. Unten: Polizisten verprügeln irische Nationalisten in Derry, Nordirland, 1998. Befreiung unterdrückter Nationalitäten muss im Mittelpunkt revolutionärer Strategie stehen



McCullough/Globe Photos

tikel über den Nahen Osten entnommene Text veranschaulicht unser Herangehen an diese Frage:

„Man darf nicht vergessen, dass die palästinensischen Araber Opfer des Nationalismus von Unterdrückten sind, die zu Unterdrückern wurden. Wäre in Birundi [sic] der Putsch der Hutu gegen die herrschende Minderheit der Tutsi [sic] erfolgreich gewesen, hätte sich der Tribalismus der Unterdrückten in völkermörderischen Nationalismus der Unterdrücker verwandelt. Jeder Nationalismus ist reaktionär, denn erfolgreicher Nationalismus ist gleichbedeutend mit Völkermord.“

– „Mörderischer Nationalismus und stalinistischer Verrat im Nahen Osten“, *Workers Vanguard* Nr. 12, Oktober 1972

Damit wird jeder Widerspruch im Nationalismus der dominierenden Nation in unterdrückten Ländern ausgelöscht. Der Völkermord an den Tutsi in Ruanda 1994 ist die Realität des Hutu-Nationalismus. Doch der Hutu-Nationalismus

ist grundsätzlich *nicht* das Gleiche wie der amerikanische oder der französische Nationalismus: Er ist das Produkt der Vergewaltigung dieser Region durch den belgischen, dann den französischen und jetzt den amerikanischen Imperialismus. Er ist zum Teil eine reaktionäre Antwort auf diese Realität. Der Hutu-Tutsi-Konflikt kann außerhalb dieses Verständnisses weder richtig angegangen *noch gelöst* werden.

Die gleiche Herangehensweise lag unserer Arbeit zur iranischen Revolution von 1979 zugrunde, bei der wir die von den Mullahs angeführte Opposition gegen den Schah mit Hitler und dem Ku-Klux-Klan gleichsetzten!

„In den letzten Wochen vor dem Sturz des blutigen Schah-Regimes scharten sich alle Kräfte der Opposition gegen die Monarchie, einschließlich des organisierten Proletariats und der Linken, um Chomeini. Aber den Kern von Chomeinis Bewegung bildeten die Mullahs (der 180000 starke schiitische moslemische Klerus) und die Basaris, die traditionelle Händlerklasse, deren Existenz durch die Modernisierung des Landes untergraben wurde. Diese traditionelle soziale Schicht ist durch die ökonomischen Fortschritte zum Untergang verurteilt und so natürlich anfällig für reaktionäre Ideologie und ihre politischen Ausdrucksformen.

Für Opportunisten ist es undenkbar, dass es eine reaktionäre Massenmobilisierung gegen ein reaktionäres Regime geben kann. Aber die Geschichte liefert uns Beispiele von reaktionären Massenbewegungen. Adolf Hitler organisierte fraglos eine Massenbewegung, die die Weimarer Republik stürzte. In den Vereinigten Staaten war der Ku Klux Klan in den zwanziger Jahren eine dynamisch anwachsende Organisation, die fähig war, Zehntausende von Aktivisten auf die Straße zu bringen.“

– „Iran und die Linke: Warum sie die islamische Reaktion unterstützten“, *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 26, September 1979

Die Mullahs *sind* reaktionär: Das islamische Regime im Iran ist frauenfeindlich, anti-sunnitisch und gegen die nationalen Rechte aller nicht-persischen Völker innerhalb der Grenzen des Irans. Dennoch waren die Mullahs eine reaktionäre Antwort auf die imperialistische Ausplünderung des Iran, die von der Pahlavi-Monarchie erleichtert wurde. Es war unmöglich, die Popularität der Mullahs zu untergraben, ohne diese Realität anzuerkennen. Die Konsequenz unserer Propaganda bestand darin, bei den Teilnehmern des Umsturzes von 1979 zu intervenieren, die Illusionen in die islamistische Führung hatten, indem wir ihnen sagten, dass sie einer Hitler-ähnlichen Bewegung folgten!

Von unserem ganzen Ansatz her leugneten wir die Tatsache, dass der Kampf der persischen Massen, sich aus dem

imperialistischen Würgegriff zu befreien, ein fortschrittlicher Kampf war. Unsere Aufgabe bestand darin, zu erklären, dass sich dieser Kampf, solange er von den Mullahs kontrolliert wurde, unweigerlich gegen nationale und andere Minderheiten richten würde, was zu ihrer Verfolgung führen und gleichzeitig die Befreiung der persischen Mehrheit selbst untergraben würde. Die einzige Möglichkeit, den Einfluss der Mullahs zu brechen, bestand darin, konkret aufzuzeigen, wie deren Führung den legitimen und fortschrittlichen Bestrebungen der Massen, sich vom Schah und dem Imperialismus zu befreien, im Wege stand.

Das folgende Zitat von Engels bezieht sich zwar auf die Unterdrückung Polens durch Deutschland, gilt aber in vollem Umfang für Länder wie den Iran, die sowohl unterdrückt als auch Unterdrücker sind:

„Wir deutschen Demokraten haben nämlich ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens. Es sind deutsche Fürsten gewesen, die aus der Teilung Polens Vorteil gezogen haben, es sind deutsche Soldaten, die noch jetzt Galizien und Posen unterdrücken. Uns Deutschen, uns deutschen Demokraten vor allem muss daran liegen, diesen Flecken von unsrer Nation abzuwaschen. *Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andre Nationen zu unterdrücken.* Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustande kommen, ohne dass die Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zustande kommt. Und darum hat Polen und Deutschland ein gemeinschaftliches Interesse, und darum können polnische und deutsche Demokraten gemeinsam arbeiten an der Befreiung beider Nationen.

– „Über Polen“, 29. November 1847
(Unsere Hervorhebung)

In Ländern wie Iran oder Indien *kann es nicht* zur Befreiung von der imperialistischen Unterjochung kommen, solange die Minderheitsnationalitäten und -völker in diesen Staaten weiterhin der Unterdrückung durch die dominierende Nation ausgesetzt sind. Letztere hat „ein besonderes Interesse“ an der Befreiung der unterdrückten Minderheiten und muss sich am konsequentesten für sie einsetzen, denn sonst kann ihre eigene Befreiung keinen Schritt vorankommen. Warum? Weil es der Imperialismus ist, der für den Zustand des Elends der Massen verantwortlich ist, und weil es der Imperialismus ist, der die unzähligen Spaltungen herbeigeführt und die Nationen und Völker in willkürliche Grenzen gezwungen hat, müssen Werktätige gemeinsam *Widerstand leisten* gegen diesen Imperialismus. Es liegt im objektiven Interesse der persischen Arbeiter und Bauern, die in einem



Bettmann



Vermont Historical Society

Links: Iranische Demonstranten bei Erstürmung der US-Botschaft, Teheran, 1979. Oben: KKK-Kundgebung in Vermont, 1927. Es ist grotesk, die islamische Revolution, eine reaktionäre Antwort auf US-Unterdrückung, und die faschistischen KKK-Schläger des US-Imperialismus gleichzusetzen



Guyot/AFP

Französische Soldaten mit Hutu-Milizen, Ruanda 1994. Hutu-Nationalismus, angeheizt durch imperialistische Vergewaltigung Afrikas, führte zu Völkermord an Tutsi

Land schufteten, das durch imperialistische Sanktionen erstickt wird, sich für die Befreiung ihrer kurdischen, belutschischen und aserischen Brüder und Schwestern als Teil ihres eigenen Befreiungskampfes einzusetzen. Dazu gehört auch das Eintreten für deren Recht auf Selbstbestimmung, d.h. auf Lostrennung.

Je aggressiver die Revolutionäre aus dem dominierenden Volk (z.B. die Türken in Türkiye oder die Perser im Iran) für die nationalen Rechte der unterdrückten Völker in ihrem jeweiligen Land eintreten, desto eher können sie die Teile- und herrsche-Manöver der Imperialisten durchkreuzen. Das würde den Bestrebungen der USA, die Unterdrückten zum Handlanger des Imperialismus zu machen wie im Fall der syrischen Kurden, einen Strich durch die Rechnung machen.

Das ging überhaupt nicht mit unserer Perspektive zusammen, mit der wir die Tatsache ausblendeten, dass imperialistische Unterdrückung den Nationalismus schürt. Zum Beispiel haben wir bei unserer Arbeit zu Sri Lanka jede Maßnahme des Bandaranaike-Regimes der Sri Lanka Freedom Party als durch antitamilischen Chauvinismus motiviert oder als unbedeutend abgetan und damit geleugnet, dass es auch Maßnahmen gab zur Behauptung der nationalen Souveränität gegen den Imperialismus. In einer Polemik gegen die Unterstützung des Bandaranaike-Regimes durch die chinesische Bürokratie schrieben wir:

„Die Chinesen beschränken sich darauf, die Ausrufung der Republik Sri Lanka, die *selbst ein ausdrücklicher und demagogischer Appell an den singhalesischen Chauvinismus ist*, als ‚einen bedeutenden Sieg ihres Volkes bei seinem langwierigen Kampf gegen den Imperialismus und für die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit‘ zu bezeichnen.“ (Hervorhebung hinzugefügt)

– „Die ‚antiimperialistische Einheitsfront‘ in Ceylon“, *Young Spartacus* Nr. 19, September/Oktober 1973

Es besteht kein Zweifel, dass das Bandaranaike-Regime antitamilischen Chauvinismus schürte. Doch von dieser richtigen Erkenntnis ausgehend bekämpften wir den singhalesischen Nationalismus, indem wir leugneten, dass er auf seine eigene blutige und reaktionäre Weise eine Antwort auf die britische Vorherrschaft über die Insel war. Das führte uns dazu, sogar die Ausrufung der Republik Sri Lanka, die die Verbindung zur britischen Monarchie kappte, abzulehnen!

Im Fall von Sri Lanka wird jede Verteidigung der Tamilen, die nicht von der Opposition gegen den Imperialismus ausgeht, eine liberale imperialistische Sichtweise widerspiegeln. Dies ist das Drehbuch, nach dem die Imperialisten überall vorgehen: Sie nutzen die Not von Minderheiten aus, um ihre Interessen vorzubringen, wobei sie die Tatsache unter den Teppich kehren, dass die ganze Situation erst durch ihre Vorherrschaft entstanden ist. Das ist in Sri Lanka nicht anders. Mit der Perspektive, die wir hatten, kann ein kleiner Nukleus, der eine revolutionäre Partei werden will, nicht einmal ansatzweise unter den Arbeitern der dominierenden Nation Fuß fassen, sondern er kann nur den Einfluss der Nationalisten auf sie stärken. Und soweit er sich an die unterdrückten Tamilen wendet, wäre diese Perspektive nicht in ihrem Interesse, denn sie würde nicht dazu beitragen, nationale Gegensätze zu überwinden oder einen gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, den gemeinsamen Unterdrücker von Tamilen und Singhalesen, vorzubringen. Mit anderen Worten, es wäre ein liberal-imperialistisches Programm für die Tamilen (Aufschrei über ihre Unterdrückung) und ein liberal-imperialistisches Programm für die Singhalesen (behandelt die Tamilen besser!) – und in der Tat, das war es dann auch.

In unterdrückten Ländern ist der Chauvinismus der dominanten Nation, der den Minderheiten aufgezwungen wird, zum Teil eine Folge der Schwächung dieser Länder durch die imperialistische Ausbeutung. Je mehr der Kampf gegen den Imperialismus unterdrückt wird, desto mehr wendet sich die dominierende Nation gegen Minderheiten im eigenen Land, seien es nationale, religiöse oder andere. Das liegt im Grunde an der Realität der Länder unter dem Stiefel des Imperialismus: Wenn die materielle Entwicklung nicht auf Kosten der Imperialisten geht, muss sie auf Kosten der Arbeiter und der unterdrückten Minderheiten innerhalb der Neokolonie erfolgen. Der nationalen Bourgeoisie gelingt es, die Wut über die miserablen Zustände und die Unterentwicklung abzulenken, indem sie nationale und religiöse Gefühle ausnutzt und das Land weiter spaltet. Umgekehrt gilt: Je stärker sich die Völker eines unterdrückten Landes gegen den Imperialismus, ihren gemeinsamen Unterdrücker, stellen, desto enger ist die Einheit zwischen ihnen und desto schwächer ist der Chauvinismus der dominierenden Gruppe.

Der Hauptfeind ist der Imperialismus

Die Spartacist-Tendenz versuchte den bürgerlichen Nationalismus mit dem Argument zu bekämpfen, dass in den Neokolonien und unterdrückten Nationen die nationale Bourgeoisie der Hauptfeind der Arbeiter und Unterdrückten sei. Über Mexiko, das direkt unter dem Stiefel des US-Imperialismus steht und dessen gesellschaftliches Leben in jeder Hinsicht von dieser Unterdrückung bestimmt wird, schrieben wir: „Wir Spartakisten bestehen darauf, dass in Mexiko der Hauptfeind im eigenen Land steht: Es ist die mexikanische Bourgeoisie, ein Lakai des Imperialismus“ („Mexiko: NAFTAs Mann geht gegen die Arbeiterbewegung vor“, *Workers Vanguard* Nr. 748, 15. Dezember 2000). In einem Artikel über Nordirland mit der hirnrissigen Überschrift „Nicht Grün gegen Orange, sondern Klasse gegen Klasse!“ (*Workers Vanguard* Nr. 7, April 1972) belehren wir:

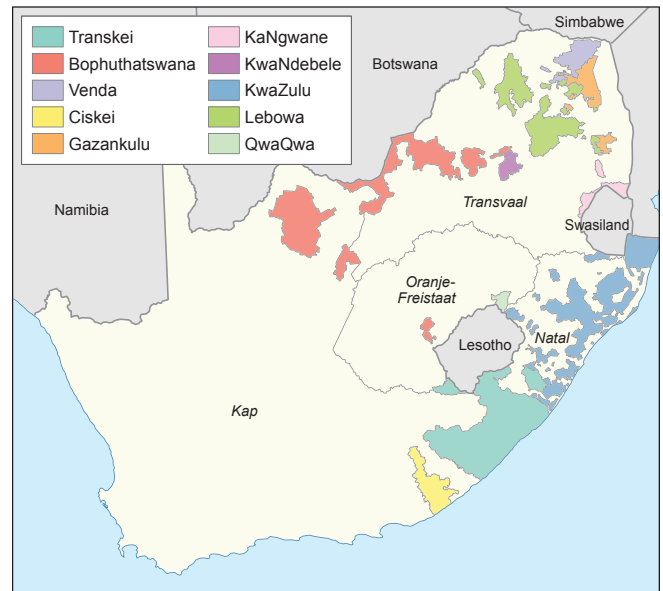
„Alle Kapitalisten sind die Feinde aller Arbeiter überall, aber der Hauptkampf der Arbeiter in einer Nation muss immer gegen die eigene Bourgeoisie gerichtet sein – nur so geben

sie ihren Klassenbrüdern in anderen Ländern das ernsthafte Versprechen ihres Internationalismus, dass sie nicht auf der Seite ihrer eigenen Kapitalisten gegen die Arbeiter anderer Länder stehen und dabei ihren Standpunkt mit klassenkämpferischen Phrasen verschleiern.“

Mit „Klassenunabhängigkeit“ als Ausgangspunkt leugnet dieses bornierte Argument, dass der Hauptfeind in den neokolonialen Ländern der Imperialismus ist und nicht die schwache nationale Bourgeoisie, die, wie wir selbst feststellten, auf die Rolle eines bloßen Lakaien reduziert ist. Die Nationalisten und verschiedene linke Gruppen nutzen diese Wahrheit, um ihre Unterstützung für die nationale Bourgeoisie zu rechtfertigen. Aber ein Minus zu setzen, wo die Nationalisten ein Plus setzen, bringt den Kampf, die Massen vom Nationalismus zu brechen, nicht voran. Im Gegenteil, ein solches Herangehen kann die Kommunisten in den Augen der Arbeiter und Bauern nur diskreditieren und die Nationalisten als die einzigen Vertreter der nationalen Bestrebungen der Massen gegen die Fremdherrschaft aufbauen. Es ist einfach eine Kapitulation vor dem Imperialismus.

In den letzten Jahrzehnten hat die IKL darauf verzichtet, „der Hauptfeind steht im eigenen Land“ für Mexiko zu benutzen. Genosse Jim Robertson argumentierte Anfang der 2000er-Jahre, dass wir angesichts der nackten Ausplünderung Mexikos durch die USA aufhören sollten, diese Losung aufzustellen. Aber der Inhalt dieser Losung blieb das Prinzip, das als Grundlage für unsere Arbeit dort diente. Zum Beispiel argumentierte Genosse Ed C. zwar kurz nach dieser Intervention, dass unsere Aufgabe in Mexiko darin bestehe, „die Nation im Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft zu führen“. Aber er wurde in einem Antrag von der Führung unserer amerikanischen Sektion scharf verurteilt:

„Was Mexiko betrifft, so wäre eine Arbeiterpartei, die sich nicht von einer revolutionären, internationalistischen, proletarischen Perspektive leiten lässt, sondern stattdessen sich zur Hauptaufgabe macht, die Nation im Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft zu führen, eine Partei, die vor der Erfüllung ihres proletarischen Programms zurückschreckt – d.h. sie wäre zumindest stillschweigend menschewistisch. Für eine solche Partei gäbe es keinen Grund, an ihrer Klassenunabhängigkeit festzuhalten.“



Htonl/Africa Open Data

Südafrika: Apartheid-Regime zwang schwarzafrikanischer Mehrheit Stammesspaltungen auf, schuf künstliche schwarze „Republiken“ (Bantustans), um weiße Minderheits Herrschaft und Superausbeutung abzusichern

Das ist nicht nur eine totale Ablehnung der permanenten Revolution, sondern in Wirklichkeit eine umgekehrte Version des Stalinismus, der im Namen des Kampfes gegen den Imperialismus das Proletariat einem Bündnis mit der Bourgeoisie unterordnet. Der oben zitierte Antrag gibt im Namen der Klassenunabhängigkeit den Kampf gegen den Imperialismus ganz und gar auf. Ob Stalinismus oder Politisches Büro der Spartacist League/U.S., das Ergebnis ist das Gleiche: Der Kampf gegen den Imperialismus bleibt in den Händen der bürgerlichen Nationalisten. Diese Konferenz bekräftigt, dass es die Aufgabe der Kommunisten in den Neokolonien ist, „die Nation im Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft zu führen“.

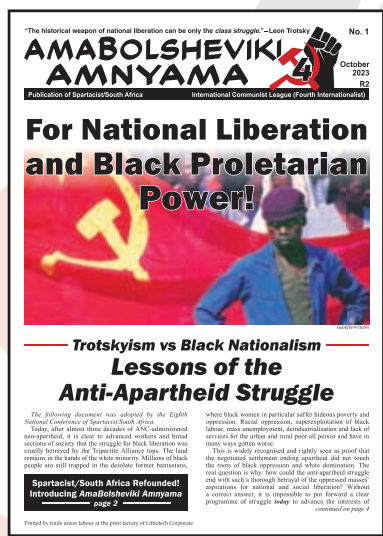
Die nationale Entwicklung unterdrückter Nationen ist historisch fortschrittlich

Die Entwicklung des Nationalstaates in Europa vom 17. bis zum 19. Jahrhundert spielte eine fortschrittliche Rolle dabei, feudale Strukturen hinwegzufegen und den Kapitalismus zu konsolidieren. Doch im Zeitalter des Imperialismus ist das Kapital über die Grenzen des Nationalstaates hinausgewachsen. Imperialismus bedeutet die Ausweitung und Vertiefung der nationalen Unterdrückung auf einer neuen historischen Grundlage. Während also der fortschrittliche Charakter der nationalen Bewegungen in den imperialistischen Ländern der Vergangenheit angehört, spielen in den unterdrückten Ländern die nationalen Bewegungen sowie die Entwicklung und Festigung des Nationalstaats immer noch eine historisch fortschrittliche Rolle, sofern sie sich gegen die imperialistische Unterdrückung richten.

Die nationale Entwicklung unterdrückter Nationen ist historisch fortschrittlich

Die Entwicklung des Nationalstaates in Europa vom 17. bis zum 19. Jahrhundert spielte eine fortschrittliche Rolle dabei, feudale Strukturen hinwegzufegen und den Kapitalismus zu konsolidieren. Doch im Zeitalter des Imperialismus ist das Kapital über die Grenzen des Nationalstaates hinausgewachsen. Imperialismus bedeutet die Ausweitung und Vertiefung der nationalen Unterdrückung auf einer neuen historischen Grundlage. Während also der fortschrittliche Charakter der nationalen Bewegungen in den imperialistischen Ländern der Vergangenheit angehört, spielen in den unterdrückten Ländern die nationalen Bewegungen sowie die Entwicklung und Festigung des Nationalstaats immer noch eine historisch fortschrittliche Rolle, sofern sie sich gegen die imperialistische Unterdrückung richten.

Neugründung von Spartacist / South Africa



Nr. 1, Oktober 2023

Für nationale Befreiung und die Macht des schwarzen Proletariats!

icl-fi.org/english/aba/index.html

Im Gegensatz zu dieser grundlegenden marxistischen Wahrheit behauptete die Spartacist-Tendenz, dass nationale Konsolidierung und Vereinigung heute überall reaktionär sind. Dies war einer der politischen Grundpfeiler unserer südafrikanischen Sektion und einer der zentralen Punkte in *Polemics on the South African Left*, einem ihrer Gründungsdokumente. In unserer Polemik gegen schwarze Nationalisten argumentierten wir, dass zwar die nationale Assimilation in Europa vom 17. bis zum 19. Jahrhundert eine fortschrittliche Entwicklung war:

„Aber heute in Afrika und Asien sind die schwachen einheimischen Bourgeoisien, die vom Imperialismus in Abhängigkeit und in Ketten gehalten werden, *nicht* instande, diese neokolonialen Staaten in moderne Industriegesellschaften zu verwandeln. Daher wird ‚Nationenbildung‘ zum Synonym für die Unterdrückung nationaler und ethnischer Gruppen durch das dominierende Volk.“

– „Brief an New Unity Movement“
(28. Februar 1994)

Südafrika ist ein vom Imperialismus brutal unterdrücktes Land, in dem eine winzige Clique weißer Kapitalisten über die schwarzen Massen herrscht, die gewaltsam auf Bantustans aufgeteilt wurden – Territorien, die von den Apartheid-Herrschern eingerichtet wurden, um Schwarzafrikaner aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu trennen. Wie überall auf dem Kontinent wurden auch die Grenzen Südafrikas von den kolonialen Unterdrückern künstlich gezogen, die dann ein System der strengen Segregation entwickelten, um über die supraausgebeuteten schwarzen Arbeitskräfte die Kontrolle zu haben. Die Bestrebungen der schwarzafrikanischen Völker nach Nationenbildung und Einheit gegen ihre erzwungene Teilung abzulehnen war schlicht reaktionär und stellte uns auf die Seite des *tatsächlich* „dominierenden Volks“: der weißen südafrikanischen herrschenden Klasse, die von den Imperialisten unterstützt wird. Für die Schmiedung einer revolutionären Partei in Südafrika kommt es entscheidend darauf an, für kommunistische Führung im Kampf für Nationenbildung zu kämpfen und dabei aufzuzeigen, wie die schwarzen Nationalisten auf diesem Weg ein Hindernis sind.

Um in Mexiko gegen die weit verbreiteten Illusionen in Cárdenas und den Populismus anzugehen, griff die Sektion der IKL, die Grupo Espartaquista de México, darauf zurück, Cárdenas einfach anzuprangern. Wir haben ihn dafür angegriffen, dass es „seine Absicht war, das Land zum Nutzen der mexikanischen Bourgeoisie zu modernisieren“, und dass sein Vermächtnis „die Konsolidierung des mexikanischen bürgerlichen Regimes war“ („Mexiko: NAFTAs Mann geht gegen die Arbeiterbewegung vor“). Die nationale Entwicklung Mexikos gegen die imperialistische Unterjochung ist sogar unter bürgerlicher Herrschaft tatsächlich äußerst fortschrittlich. Dies zu leugnen ist ein Bankrott, wie aus unseren eigenen Artikeln klar wird. Wir schrieben:

„Die berühmte ‚sozialistische Erziehung‘, die zwei Monate vor Cárdenas Machtübernahme in der Verfassung verankert wurde, hatte kein anderes Ziel als die Anhebung des Bildungsniveaus der Armen und Arbeiter, um sie für die Lohnarbeit geeigneter und für die Bourgeoisie produktiver zu machen.“

Millionen von Arbeitern und Bauern haben dank dieser Reform lesen und schreiben gelernt. Die Vorstellung, dass sie ihre Illusionen in Cárdenas ablegen würden, weil wir darauf hinwiesen, dass die Reform nur ein Trick war, um sie „für die Lohnarbeit geeignet“ zu machen, ist einfach grotesk. Die einzige Reform unter Cárdenas, die wir nicht anpran-



Archivo Histórico de la UNAM

Emiliano Zapata (sitzend, Mitte, 1911) kämpfte in Mexikanischer Revolution für Landverteilung an die Bauern. Trotzlisten sagen: Vollendet Zapatas Werk!

gern konnten, war die Verstaatlichung des Erdöls und der Eisenbahnen, weil Trotzki sie begrüßt hatte. Wir behaupteten auch, dass die mexikanische Revolution lediglich eine Orgie der Reaktion war und dass sogar die Unabhängigkeit Mexikos von Spanien „einen unverkennbaren Geruch von Konterrevolution hatte“ (siehe den Antrag der GEM-Konferenz, der auf diese Frage in *El Antiimperialista* Nr. 1, Mai 2023, weiter eingeht).

Marxisten unterstützen und kämpfen für die nationale Entwicklung unterjochter Nationen. Dazu gehört auch die Festigung der nationalen Einheit, soweit sie sich gegen den Imperialismus richtet. Den fortschrittlichen Charakter der nationalen Entwicklung eines unterdrückten Landes unter dem Vorwand zu leugnen, dass die Bourgeoisie eine reaktionäre Klasse ist, ist einfach eine Kapitulation vor dem Imperialismus. Um den Nationalisten entgegenzuwirken, müssen die Kommunisten unter Wahrung völliger Klassenunabhängigkeit fortschrittliche Maßnahmen für die Souveränität und Entwicklung der unterdrückten Länder unterstützen und danach streben, die Massen unabhängig zu mobilisieren, um diese Maßnahmen umzusetzen. Der Aufstand der Arbeiter und Bauern wird unweigerlich deutlich machen, dass Nationalisten wie Cárdenas oder heute López Obrador in Wirklichkeit Feinde der Befreiung der Neokolonien sind und dass die Bestrebungen der Massen nach einer kommunistischen Führung des antiimperialistischen Kampfes schreien.

Trotzkisten sind die besten Kämpfer für Demokratie

Eines der eklatantesten Beispiele dafür, dass wir den Kampf für den Sozialismus dem Kampf für die Demokratie entgegengesetzt haben, ist die 2011 von unserer Tendenz angenommene Linie, die Losung einer verfassungsgebenden Versammlung unter allen Umständen als falsch zurückzuweisen (siehe „Warum wir die Forderung nach einer ‚konstituierenden Versammlung‘ ablehnen“, *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 29, Sommer 2013). Diese Position wurde vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings angenommen, als sich

Millionen gegen die jahrzehntelange diktatorische Herrschaft auflehn-ten und mehrere linke Gruppen auf einer opportunistischen Grundlage die Einberufung verfassungsgebender Versammlungen forderten. Als Kompensation dafür, dass wir für die arabischen Massen keine Perspektive hatten, versteiften wir uns in einer rigiden und sektiererischen Weise darauf, die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung in Gänge zu verurteilen, und setzten im Gegensatz dazu auf ... eine sozialistische Revolution.

Um den tiefgehenden Revisionismus dieser Linie zu verstehen, muss man wissen, was die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung ist. Es handelt sich um die Forderung nach einem Gremium, dessen Ziel es ist, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Wie in unserem Artikel erwähnt, geht sie auf die Französische Revolution zurück, als die Nationalversammlung die zentralen demokratischen Aufgaben löste: die Abschaffung der Monarchie, Abschaffung des Feudalismus, Neuverteilung des Bodens und Erweiterung des Wahlrechts für Männer. Es ist also eine demokratische Forderung. In Ländern mit einer verspäteten kapitalistischen Entwicklung ohne formale Demokratie, in denen die Massen entrechtet sind und unter langanhaltender diktatorischer oder bonapartistischer Herrschaft leiden, wie in weiten Teilen des Nahen Ostens, Afrikas und Lateinamerikas, treibt diese Forderung Millionen an.

Dennoch haben wir sie mit folgendem Argument verworfen:

„Im Unterschied zu den Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Frau, Land für die Bauern, nach allgemeinem Wahlrecht oder der Ablehnung der Monarchie – von denen jede einzelne entscheidend für die Mobilisierung der Massen hinter den Kämpfen des Proletariats sein kann – **ist die konstituierende Versammlung keine demokratische Forderung, sie ist vielmehr der Ruf nach einer neuen kapitalistischen Regierung.** In Anbetracht des reaktionären Charakters der Bourgeoisie, sowohl in der halbkolonialen Welt wie auch in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten, kann es kein revolutionäres bürgerliches Parlament geben. Somit steht der Aufruf zu einer konstituierenden Versammlung im Gegensatz zur Perspektive der permanenten Revolution.“ (Unsere Hervorhebung)

Dies ist eine Art von bürgerlichem Rationalismus. Aus der richtigen Prämisse, dass die Bourgeoisie vom Gesichtspunkt der Weltgeschichte her eine reaktionäre Klasse ist, haben wir abgeleitet, dass die konstituierende Versammlung immer konterrevolutionär ist. Gerade wegen des reaktionären Charakters der Bourgeoisie ist es Aufgabe der Kommunisten, sich an die Spitze des Kampfes für die demokratischen Bestrebungen der Massen zu stellen, um sie zu verwirklichen. Solange die Massen Erwartungen in den bürgerlichen Parlamentarismus haben und in einer verfassungsgebenden Versammlung die Möglichkeit sehen, ihre Bestrebungen voranzubringen, ist es die Pflicht der Revolutionäre, sich hier einzumischen und sich als die konsequentesten Kämpfer für die Demokratie zu erweisen und



Vasquez/Anadolu

Lima, Peru, 12. Januar 2023: Demonstranten fordern konstituierende Versammlung und Rücktritt von Präsident Boluarte. Kommunisten müssen sich an die Spitze demokratischer Kämpfe gegen nationale Bourgeoisie stellen

gleichzeitig den Massen den Bankrott des bürgerlichen Parlamentarismus vor Augen zu führen und die Notwendigkeit einer Räteherrschaft zu begründen. Die Ablehnung der Forderung nach einer konstituierenden Versammlung bedeutet, die demokratische Revolution in den Händen der Bourgeoisie zu lassen, die die demokratischen Gefühle der Massen nutzen wird, um sie ihren eigenen Klasseninteressen unterzuordnen. So erklärt das Übergangsprogramm von 1938, das Programm der Vierten Internationale:

„Es geht nicht an, das demokratische Programm einfach zu verwerfen: Die Massen müssen im Kampf über dieses Programm hinauswachsen. Die Losung der Nationalen (oder Verfassungsgebenden) Versammlung bleibt in Ländern wie China oder Indien vollauf in Kraft. Diese Losung gilt es, unauf löslich mit den Aufgaben der nationalen Befreiung und der Bodenreform zu verbinden. Zunächst muss man die Arbeiter mit diesem demokratischen Programm ausrüsten. Sie allein können die Bauern aufrütteln und zusammenschließen. Auf der Grundlage des revolutionär-demokratischen Programms gilt es, die Arbeiter in Gegensatz zur ‚nationalen‘ Bourgeoisie zu bringen.

Auf einer gewissen Stufe der Massenmobilisierung unter den Losungen der revolutionären Demokratie können und müssen Räte entstehen.“

Aber die Spartacist-Tendenz wollte direkt zu den Sowjets gehen und vergaß dabei die Notwendigkeit, Arbeiter und Bauern zu vereinigen in Opposition zur nationalen Bourgeoisie!

Das stärkste Argument gegen unsere Ablehnung der Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung ist die Oktoberrevolution von 1917 selbst. Die Logik unseres Arguments besagt, dass die Bolschewiki die erste erfolgreiche Arbeiterrevolution der Geschichte anführten, *obwohl* sie die Bildung „einer neuen kapitalistischen Regierung“ forderten. Wir nahmen die Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki *nach* der Errichtung der Sowjetmacht als „Beweis“ dafür, dass sie erstere niemals hätten fordern dürfen. Tatsächlich spielte die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung eine zentrale Rolle für den Aufstieg der Bolschewiki zur Macht. Sie

nutzten die Forderung, um die Bauernschaft zu mobilisieren und die Provisorische Regierung zu entlarven, die stets versuchte, die Einberufung der Versammlung zu verschieben. Es genügt, Punkt eins der von Lenin im Dezember 1917 verfassten „Thesen zur konstituierenden Versammlung“ zu zitieren:

„Die Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung gehörte mit vollem Recht zum Programm der revolutionären Sozialdemokratie, da die Konstituierende Versammlung in der bürgerlichen Republik die höchste Form des Demokratismus ist und da die imperialistische Republik mit Kerenski an der Spitze bei der Bildung des Vorparlaments die Verfälschung der Wahlen und eine Reihe von Verstößen gegen den Demokratismus vorbereitete.“

Nur ein Formalist kann in der Forderung nach einer konstituierenden Versammlung immer und überall einen Gegensatz sehen zu den Sowjets. Vielmehr ist die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung ein Keil, der zwischen die Massen und ihre verräterischen Führer getrieben werden soll, um erstere für die Perspektive der Sowjetmacht zu gewinnen. Die Bolschewiki lösten die konstituierende Versammlung erst auf, nachdem die Sowjetmacht errichtet worden war, d.h. erst zu dem Zeitpunkt, als die Massen im Kampf über das demokratische Programm hinausgewachsen waren und die Versammlung zu einem konterrevolutionären Werkzeug geworden war.

Das zentrale Argument im *Spartacist*-Artikel zu den Erfahrungen in China und der Forderung nach einer konstituierenden Versammlung besteht aus einer Zusammenstellung von Verleumdungen unterschiedlichen Grades. Wir behaupten, dass Trotzki's Schriften zwischen 1928 und 1932 – als er die Losung einer konstituierenden Versammlung erneut aufstellte – „verworren und widersprüchlich“ sind, dass er diese Losung „fälschlicherweise“ aufstellte, „Spekulationen“ anstellte und „die vielen historischen Beispiele [ignorierte], wo die Bourgeoisie und ihre reformistischen Agenten eine gewählte Versammlung als Werkzeug gegen das aufständische Proletariat benutzt haben“. Trotzki erhob diese Forderung in China nach der Niederlage der Revolution von 1925–27 gegen den von Stalin und der Komintern verfolgten sektiererischen Kurs. Dieser Aufruf war ein entscheidendes Mittel zur Wiederherstellung der Autorität der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bei den arbeitenden Massen in der Zeit der konterrevolutionären Militärdiktatur der Guomindang. Trotzki war nicht „verworren“. Seine Schriften zu dieser Frage sind kristallklar. In Wirklichkeit erinnerte unsere Linie an Stalins Komintern von 1928, die diese Forderung als opportunistisch bezeichnete und sich weigerte, sie aufzustellen.

Diese Konferenz bekräftigt, dass die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung prinzipienfest ist. Natürlich missbrauchen viele Reformisten diese Forderung, um Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu schüren. Diese Forderung allein ist nicht revolutionär. Sie muss in Verbindung mit einem revolutionären Programm aufgestellt werden, das die nationale Emanzipation und die Agrarfrage so angeht, dass es die Massen vereint und der Bourgeoisie entgegentritt.

Die nationale Frage und stalinistische Unterdrückung

Die Spartacist-Tendenz wurde im Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock direkt mit der nationalen Frage konfrontiert, als die Imperialisten die Un-

terdrückung der nicht-russischen Nationen durch die Moskauer Bürokratie nutzten, um eine Reihe von Kräften für die Restauration des Kapitalismus aufzuhetzen. Die IKL stach heraus durch ihre bedingungslose Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten. Ihr eigenes Programm jedoch unterminierte diesen Kampf durch die Ablehnung, den Kampf gegen nationale Unterdrückung als eine treibende Kraft für die proletarische politische Revolution zu nutzen, und überließ diese Waffe den Imperialisten und ihren Handlangern vor Ort. Das früheste und deutlichste Beispiel dafür war der Kampf in den 1980er-Jahren gegen die konterrevolutionäre Solidarność-Bewegung in Polen, deren Aufstieg und wachsende Unterstützung in der Arbeiterklasse vor allem auf der von den Massen tief empfundenen nationalen Unterdrückung durch die Herrschaft des Kremls beruhte.

Polen hatte jahrhundertlang unter nationaler Unterdrückung gelitten, bevor die Sowjetarmee einmarschierte und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Enteignung der Bourgeoisie von oben einen Arbeiterstaat schuf. Dieser gesellschaftliche Umsturz war ein großer Sieg für die polnischen und sowjetischen Arbeiter, der gegen Imperialismus und Konterrevolution bedingungslos verteidigt werden musste. Doch wie in Ostdeutschland und in ganz Osteuropa ist der polnische Arbeiterstaat bürokratisch deformiert entstanden unter der Vorherrschaft der russischen stalinistischen Bürokratie, die Polens nationale Unterdrückung unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen fortsetzte. Der Grund dafür führt direkt zum Kern des stalinistischen Programms vom „Sozialismus in einem Land“. Die proletarische Revolution in einem Land oder sogar in mehreren Ländern eröffnet den Weg zu echter nationaler Gleichheit und zur Assimilation der Nationen. Aber dieses Ergebnis wird nur durch den Aufbau und die Entwicklung eines weltweiten sozialistischen Wirtschaftssystems erreicht werden, das das Problem des Mangels endgültig löst. Im Gegensatz zum Kampf für die Weltrevolution, der einzigen Möglichkeit, dieses Stadium zu erreichen, verteidigen die stalinistischen Regime von Moskau bis Beijing die privilegierte Stellung der dominierenden Nation in ihrer Gesellschaft.

Mit der Ausweitung der stalinistischen Herrschaft auf Osteuropa nach dem Krieg waren es nun die „Kommunisten“, die auf den Polen, Ungarn und anderen herumtrampelten. Trotzki'sten mussten von Anfang an den Kampf für nationale Rechte und proletarische Demokratie in den Mittelpunkt ihres Programms für die politische Macht der Arbeiterklasse stellen, um die Errungenschaften der sozialen Revolution zu verteidigen und sie international auszuweiten. Aber genau das hat die IKL abgelehnt. Anstatt das Gefühl der nationalen Unterdrückung zu nutzen, um die Notwendigkeit einer politischen Revolution zu begründen, taten wir solche Gefühle als durch und durch konterrevolutionär ab und bezeichneten Äußerungen des Nationalismus von Unterdrückten als antisemitisch, klerikal, frauenfeindlich, nazi-freundlich usw. Das stand in krassem Widerspruch zu den Lehren aus Ungarn 1956, als eine sich entwickelnde politische Revolution der Arbeiter die Form eines nationalen Aufstandes gegen den Stalinismus annahm.

Das Dokument der internationalen Konferenz von 1992 fasste die Perspektive der IKL im Lichte des Zusammenbruchs der Sowjetunion so zusammen: „Der Zusammenbruch der

stalinistischen Ordnung konnte *entweder* zur proletarisch-politischen Revolution oder zur kapitalistischen Konterrevolution führen, abhängig vom konjunkturellen politischen Bewusstsein der Arbeiterklasse – der relativen Stärke der sozialistischen Bestrebungen gegen bürgerlich-demokratische Illusionen und antisowjetischen Nationalismus“ (*Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993). Diese Erklärung griff eine wesentliche Wahrheit auf, nur um es dann so darzustellen, als gebe es einen völligen Gegensatz zwischen sozialistischem Bewusstsein und nationaldemokratischen Bestrebungen. Als die polnischen Konterrevolutionäre 1981 nach der Macht griffen, war es richtig, dass die Spartacist-Tendenz forderte: Stoppt die Konterrevolution von Solidarność! Die Frage war nur, wie?

Es war notwendig, die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter und die Verteidigung ihrer nationalen Rechte zu vereinen gegen die konterrevolutionären Nationalisten und die Stalinisten. Um die Arbeiter von Solidarność wegzubrechen, mussten die Trotzlisten erklären, dass deren Programm sie geradewegs in die imperialistische Knechtschaft führen würde, was ihre nationale Unterdrückung verstärken, die aus dem Sturz des Kapitalismus hervorgegangenen sozialen Errungenschaften zerstören und auch die Aussicht auf eine Vereinigung der polnischen und russischen Arbeiter im gemeinsamen Kampf gegen die stalinistische Misswirtschaft zunichtemachen würde. Dem mussten die Trotzlisten ein revolutionär-internationalistisches Programm entgegenstellen, das die Forderung nach einer unabhängigen polnischen Arbeiterrepublik mit den Forderungen verbindet, Jaruzelski und die Kreml-Bürokraten zu stürzen und polnische und sowjetische Arbeiter im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen.

Da die Spartacist-Tendenz sich weigerte, den Kampf gegen die nationale Unterdrückung aufzunehmen, konnte sie nicht annähernd eine solche Perspektive der revolutionären Verteidigung bieten. Alles, was sie den Massen, die Moskaus Vorherrschaft hassten, stattdessen anbieten konnte, waren leere Appelle an die „historische Einheit“ der polnischen und russischen Arbeiter in Verbindung mit dem Vertrauen darauf, dass die verknöcherte bürokratische Kaste des Kremls den Arbeiterstaat verteidigt. Als das polnische und das sowjetische stalinistische Regime darangingen, Solidarność zu stoppen, stellte die Spartacist-Tendenz die trotzkistische Verteidigungspolitik mit folgender Erklärung auf den Kopf:

„Falls die Kreml-Stalinisten in ihrer zwangsläufig brutalen, stumpfsinnigen Weise militärisch intervenieren, um ihn zu stoppen, werden wir das unterstützen. Und wir übernehmen die Verantwortung dafür im Voraus: Welche Idioten und Scheußlichkeiten sie auch begehen werden, wir schrecken nicht vor der Verteidigung der Zerschlagung der Konterrevolution von Solidarność zurück.“

– „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność“, *Spartakist* Nr. 40, Oktober 1981



Budapest, 2. November 1956. Ungarische politische Revolution – von sowjetischen Truppen zerschlagen – richtete sich zum Teil gegen die Unterdrückung Ungarns durch Moskau

Das war eine Erklärung zur politischen Unterstützung für die stalinistische Bürokratie, die im völligen Gegensatz stand zur Mobilisierung der Arbeiter in der UdSSR und in Polen dafür, die politische Macht den Stalinisten zu entreißen, deren ganzes Programm die Verteidigung der beiden Arbeiterstaaten unterminierte.

Als „theoretische“ Rechtfertigung für ihre Kapitulation vor dem Stalinismus in der nationalen Frage erklärte die IKL wiederholt, dass Selbstbestimmung und andere demokratische Fragen gegenüber der Verteidigung der Arbeiterstaaten, einer „Klassenfrage“, untergeordnet seien. Sicher gibt es viele historische Beispiele dafür, dass vom Imperialismus unterstützte Kräfte das nationaldemokratische Banner zur Mobilisierung für die Konterrevolution hochhalten, wie es die Menschewiki in Georgien während des russischen Bürgerkriegs taten. In solchen Fällen ist die Verteidigung des Arbeiterstaates die vorrangige Notwendigkeit des Augenblicks, aber damit verschwinden nicht die Realität der nationalen Unterdrückung und die Notwendigkeit, sie zu bekämpfen. Doch die IKL missbrauchte solche historischen Beispiele, um den Kampf für demokratische und nationale Rechte in den Arbeiterstaaten total abzulehnen. Dies stand im Widerspruch zu Lenins Kampf, jede Spur von großrussischem Chauvinismus im sowjetischen Arbeiterstaat zu beseitigen. Kurz nach der Niederlage der Menschewiki in Georgien führte Lenin seinen „letzten Kampf“ gegen Stalin und Konsorten, die den tief sitzenden georgischen Groll gegen die russische Unterdrückung böse mit Füßen traten. In einer Schrift, die eine Polemik gegen die IKL hätte sein können, schrieb Lenin:

„Man muss unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation...“

Ein Georgier [gemeint sind Stalin und Ordschonikidse], der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des ‚Sozialnationalismus‘ um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter ‚So-

zialnationalist', ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda [Polizist in Gogols Revisor, zu deutsch: Halt-die-Schnauze] ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität, weil nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit und weil die ‚gekränkten‘ nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben wie für die Gleichheit und für die Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch nur aus Fahrlässigkeit, sei es auch nur im Scherz, für die Verletzung dieser Gleichheit durch ihre Genossen Proletarier. Deshalb ist in diesem Falle ein Zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten besser als ein Zuwenig. Deshalb erfordert in diesem Falle das grundlegende Interesse der proletarischen Solidarität und folglich auch des proletarischen Klassenkampfes, dass wir uns zur nationalen Frage niemals formal verhalten, sondern stets den obligatorischen Unterschied im Verhalten des Proletariats einer unterdrückten (oder kleinen) Nation zur unterdrückenden (oder großen) Nation berücksichtigen.“

– „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“ (Dezember 1922)

Im Gegensatz zu Lenins Kampf zog die IKL aus der Konterrevolution die Lehre, alle Äußerungen nationaler Gefühle in den Arbeiterstaaten noch schärfer als konterrevolutionär zu verurteilen. In diesem Zusammenhang nahm das Internationale Exekutivkomitee (IEK) im Oktober 1993 ein Dokument an, in dem Trotzki's Aufruf zur Unabhängigkeit der Sowjetukraine zurückgewiesen wurde (siehe „Über Trotzki's Eintreten für eine unabhängige Sowjet-Ukraine“, deutschsprachiger *Spartacist* Nr. 16, Herbst 1994). Trotzki erhob diesen dringenden Aufruf im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs mit dem Ziel, die gerechten nationalen Gefühle der ukrainischen Massen, die unter Stalins Stiefel brutal unterdrückt wurden, sowohl zur politischen Revolution in der Sowjetunion als auch zur sozialistischen Revolution im westlichen Gebiet der Ukraine hinzulenken, das damals unter kapitalistischer Herrschaft stand. Er forderte die Bolschewiki-Leninisten (Trotzkisten) ausdrücklich auf, sich für diese Sache einzusetzen, da dies notwendig sei, um die Errungenschaften des Oktobers gegen die Hitleristen und andere konterrevolutionäre Verfechter des ukrainischen Nationalismus zu verteidigen und auszuweiten.

Die IKL wollte nichts davon wissen. Das IEK-Dokument kleidete unsere Ablehnung von Trotzki's Aufruf verschämte in die Form einer empirischen Einschätzung der Situation im Jahr 1939 – z.B. habe Trotzki „die antisowjetische Haltung unter den ukrainischen Massen überschätzt“, während die nazifreundlichen ukrainischen Nationalisten „nie einen Massenanhang gewinnen [konnten]“. Außerdem wurde Trotzki's Position in eklatanter Weise verfälscht durch die Andeutung, er sei für eine politische Revolution eingetreten, die „national begrenzt auf die Ukraine“ wäre, wohingegen sie sich, wie wir schrieben, „von Anfang an [hätte] ausweiten müssen, was zu einem Entscheidungskampf gegen die stalinistische Bürokratie in der ganzen UdSSR geführt hätte“. Aber gerade um die politische Revolution in der UdSSR und die sozialistische Revolution im Westen voranzutreiben, forderte Trotzki eine unabhängige Sowjetukraine!

Der Schlussteil des Dokuments macht deutlich, dass der Zweck seiner tendenziösen Argumentation darin bestand, *alle* Forderungen nach Selbstbestimmung abzulehnen, die sich gegen die stalinistische Unterdrückung richteten. Es heißt dort, dass die nationalen Bewegungen, die in den letzten Jahren der Sowjetunion ausbrachen, „von Anfang an von offen prokapitalistischen und proimperialistischen Kräften organisiert, gefördert und geführt“ wurden und „*allgemein* als ein Mittel gesehen [wurden], die Restauration des Kapitalismus und die Integration in die westliche imperialistische Ordnung zu erreichen“. Aber gerade *deshalb* war es die Pflicht der Trotzkisten, einen kommunistischen Kampf für die nationalen Rechte der Völker Osteuropas und der Teilrepubliken der Sowjetunion zu führen und zu versuchen, die Massen von allen proimperialistischen Kräften loszureißen und sie für ein Programm des proletarischen Internationalismus zu gewinnen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die IKL ihre Ablehnung von Trotzki's Losung einer unabhängigen Sowjetukraine zurücknimmt. Dies ist nicht nur eine Frage der historischen Richtigstellung. In China haben die Imperialisten seit langem die Han-chauvinistische Unterdrückung der Tibeter, Uiguren und anderer durch die KPCh ausgenutzt, um den Sturz dieses Arbeiterstaates voranzutreiben. Das

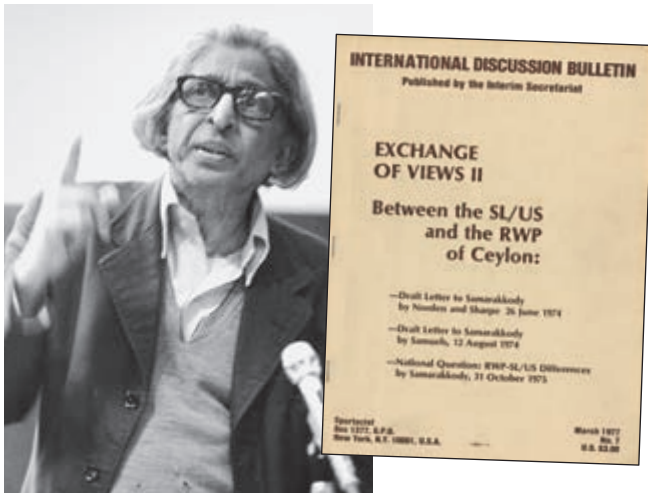


Ng Han Guan/AP



Elias/Reuters

Juli 2009: Polizei Chinas gegen uigurische Demonstranten, Urumqi, Xinjiang. Kampf gegen Han-Chauvinismus der KPCh: Hebel für politische Revolution oder Werkzeug der Imperialisten für Konterrevolution



Spartacist

Edmund Samarakkody auf internationaler Konferenz 1979. Rechts: Sein Brief von 1975 (abgedruckt im Bulletin) enthält wichtige Kritikpunkte an unserem Programm zur nationalen Frage und zum Imperialismus

programmatische Herangehen Trotzki wird dringend benötigt für eine Intervention, die Tibeter und Uiguren mit ihrem nationalen Groll von den Reaktionären wegzubringen und zur mächtigen Strömung der proletarischen Opposition gegen die stalinistische Herrschaft hinzuführen, wobei das Eintreten für das Recht auf Selbstbestimmung ein Hebel zur politischen Revolution ist, welche die Errungenschaften der Revolution von 1949 verteidigen und ausweiten muss.

Andererseits reicht es nicht aus, die Stalinisten einfach als „nationalistisch“ zu denunzieren, was wir in unserer alten Propaganda oft getan haben; notwendig ist es, darauf hinzuweisen, dass nur eine trotzkistische Führung die Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in einem gemeinsamen Kampf gegen nationale Unterdrückung, Stalinismus, Konterrevolution und Imperialismus vereinigen kann. Die chinesischen Massen werden, wie auch die der anderen noch existierenden deformierten Arbeiterstaaten, wirtschaftlich vom Imperialismus unterjocht und stehen militärisch unter Druck, und ihr Nationalismus ist eine Reaktion auf diese Unterdrückung. In diesen Gesellschaften präsentieren sich die Stalinisten als Verteidiger der Nation gegen den Imperialismus. Aber obwohl die Errichtung von Arbeiterstaaten qualitative Schritte dahin waren, die Grundlage für eine echte nationale Befreiung zu schaffen, wird diese Befreiung auf Schritt und Tritt durch die stalinistischen Bürokratien und ihr Vertrauen auf eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus behindert. Kurzum, der Stalinismus ist kein Programm für nationale Befreiung.

* * *

Mitte der 1970er-Jahre wurde die Spartacist-Tendenz über ihr Programm zur nationalen Frage und zum Imperialismus durch Edmund Samarakkody von der Revolutionary Workers Party (RWP) Sri Lankas herausgefordert. In umfangreichen Briefen benannte Samarakkody richtig die Hauptmängel in unserem Programm und wies auf unser Versäumnis hin, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen zu unterscheiden, sowie auf unsere „*einseitige Interessengleichheit zwischen den Imperialisten und der einheimischen Bourgeoisie*“ und unsere Leugnung, dass der

Imperialismus der „Hauptfeind der weltweiten Arbeiterklasse“ ist. In seinem Brief von 1975 erklärte er:

„Aus der richtigen leninistisch-trotzkistischen Position, dass die nationale Bourgeoisie Handlanger des Imperialismus sind, zieht die SL [Spartacist League] die falsche Schlussfolgerung, dass es keinen Widerspruch zwischen der nationalen Bourgeoisie oder solchen feudalkapitalistischen Herrschern und den Imperialisten gibt. So kommt die SL zu dem Schluss, dass der Handlanger des Imperialismus – die nationale Bourgeoisie – in einem unterdrückten Land der Imperialismus selbst ist, und dass der einzige Kampf in den kolonialen und halbkolonialen Ländern im antikapitalistischen Kampf besteht, dass es keinen antiimperialistischen Kampf gibt.“

– „Nationale Frage: Differenzen zwischen RWP und SL/U.S.“, 31. Oktober 1975, *International Discussion Bulletin* Nr. 7 (März 1977)

Die politischen Schlussfolgerungen, die Samarakkody in Bezug auf Irland, Israel, Zypern und Québec zog, waren falsch, und wir hatten weitere Meinungsverschiedenheiten mit der RWP. Dennoch hatte er zu dieser Frage im Wesentlichen Recht mit seiner Kritik an unserer Methode. Seine Herausforderung war eine Gelegenheit für die Spartacist-Tendenz, sich grundlegend neu zu orientieren, aber stattdessen haben wir unseren revisionistischen Kurs noch verstärkt und uns von einer möglichen Fusion mit dieser Gruppe und überhaupt von der neokolonialen Welt abgeschottet.

Dieser Rahmen wurde erst mit dem Kampf zur nationalen Frage im Jahr 2017 zum ersten Mal angegriffen (siehe *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 31, Herbst 2017). Jahrzehntelange chauvinistische Propaganda zu Québec und anderen Regionen wurde über den Haufen geworfen, und zum ersten Mal wurde die entscheidende Erkenntnis vorgebracht, dass der Kampf für nationale Befreiung eine treibende Kraft für die Revolution ist. Doch der politische Inhalt des Kampfes von 2017 war grundsätzlich fehlerhaft. Erstens war er von der Illusion geprägt, dass der historische Führer unserer Tendenz, Jim Robertson, eine richtige Herangehensweise an die nationale Frage hatte, und deshalb wurde an vielen Positionen festgehalten, die zur permanenten Revolution im Gegensatz stehen. Zweitens kann man nicht von „Leninismus in der nationalen Frage“ sprechen, ohne die Notwendigkeit einer kommunistischen Führung des Kampfes für die nationale Befreiung hervorzuheben. Da diese Frage beim Kampf von 2017 keine Rolle spielte, wurde das alte Programm einfach durch eine Variante des Liberalismus ersetzt, die gegenüber unterdrückten Nationen wohlwollender war. Schließlich, und das ist am wichtigsten, waren die Diskussionen, die mehr als sechs Monate lang die Partei erschütterten, völlig losgelöst von all dem, was zu dieser Zeit in der Welt geschah. So trug die VII. Internationale Konferenz der IKL nichts dazu bei, die Partei bei ihren Interventionen in der Welt anzuleiten.

Der Revisionismus der Spartacist-Tendenz zur permanenten Revolution hat unsere gesamte Arbeit gegenüber den unterdrückten Ländern gelähmt. Wenn wir so viel von unserer Geschichte überprüft und korrigiert haben, dann deshalb, weil dies eine notwendige Voraussetzung für den Kampf um die revolutionäre Führung im größten Teil der Welt ist. Wir werfen unsere stumpfe sektiererische Klinge weg und ersetzen sie durch das rasiermesserscharfe Programm des Leninismus. Die Aufgabe besteht nun darin, es zu handhaben. Wie Trotzki gewarnt hat:

„Man kann indessen dies als Gesetz betrachten: die ‚revolutionäre Organisation‘, die in unserer imperialistischen Epoche unfähig ist, in den Kolonien Wurzeln zu fassen, ist zu elendem Dahinvegetieren verurteilt.“

– „Eine ganz frische Lehre“, Oktober 1938 ■



Zur Verteidigung des II. und IV. Weltkongresses der Komintern

Nachfolgend drucken wir das Schlusskapitel des Dokuments über die permanente Revolution ab, das von der Internationalen Konferenz angenommen wurde.

Das Hauptziel des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern oder KI) von 1920 bestand darin, den Bruch mit der Sozialdemokratie zu vertiefen und festzuschreiben: die Reihen der KI von politischen Anhängern der II. Internationale zu säubern und gleichzeitig ultralinke Tendenzen in der kommunistischen Bewegung zu bekämpfen. Eines der Mittel, diesem Ziel näher zu kommen, war die nationale und koloniale Frage. Die von Lenin verfassten „Bedingungen der Aufnahme“ in die Komintern forderten:

„Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe ‚ihrer‘ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, *jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen*, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.“ (Unsere Hervorhebung)

Die „Grundidee“ in den von Lenin verfassten „Leitsätzen und Ergänzungsthesen über die National- und die Kolonialfrage“ des II. Weltkongresses war, wie Lenin selbst bei der Vorstellung der Leitsätze erklärte, „der Unterschied zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Nationen. Wir heben diesen Unterschied hervor – im Gegensatz zur II. Internationale und zur bürgerlichen Demokratie.“ Die Komintern sah in der kolonialen und halbkolonialen Welt, die die überwältigende Mehrheit der Menschheit bildete, ein immenses Reservoir an revolutionärer Energie für den Kampf gegen die imperialistische Unterjochung.

Der zweite Hauptgedanke der Thesen sei, so Lenin, dass das Verhältnis der Staaten zueinander im weltpolitischen

Links: Delegierte des II. Komintern-Kongresses im Juli 1920. Rechts: Mitglieder der Orientabteilung beim IV. Kongress, 1922

V.K. Bulla, Kein Bildnachweis

System bestimmt werde durch den Kampf zwischen der kleinen Zahl imperialistischer Mächte und der Sowjetbewegung, die von Sowjetrußland angetrieben würde. Die weltpolitische Lage setzte so die Diktatur des Proletariats *im unterjochten, wirtschaftlich rückständigen Osten* ebenso wie im fortgeschrittenen Westen auf die Tagesordnung. Mit Blick auf die unterentwickeltesten Länder des Ostens erklärte Lenin mit Nachdruck:

„Das wichtigste Merkmal dieser Länder ist, dass dort noch vorkapitalistische Zustände herrschen, und deshalb kann dort von einer rein proletarischen Bewegung nicht die Rede sein. Es gibt dort fast gar kein Industrieproletariat. *Trotzdem haben wir in ihnen die führende Rolle übernommen und übernehmen müssen.*“ (Unsere Hervorhebung)

In der Tat legte der Weltkongress als zentrale Aufgabe der Kommunisten in den unterjochten Nationen den *Kampf um die Führung* der nationalen Befreiungsbewegung gegen die einheimische Bourgeoisie und die proimperialistische Sozialdemokratie fest. In den Leitsätzen heißt es, dass die Kommunistischen Parteien die revolutionäre Bewegung in den abhängigen Nationen und Kolonien direkt unterstützen müssen, da sonst der Kampf gegen die Unterdrückung „ein lügnisches Aushängeschild [bleibt], wie wir dies bei den Parteien der Zweiten Internationale sehen“. Das Dokument betonte die Notwendigkeit, gegen den reaktionären und mittelalterlichen Einfluss der Geistlichkeit und der christlichen Missionen sowie gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung zu kämpfen, die versuchten, den nationalen Befreiungskampf mit der Stärkung des lokalen Adels, der Großgrundbesitzer und der Geistlichkeit zu verknüpfen

und an die Interessen der konkurrierenden Imperialisten zu binden. Es sei notwendig, wo auch immer möglich die Bauern und alle Ausgebeuteten in Sowjets zu organisieren, „und so eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und den rückständigen Ländern herzustellen“.

Die Kommunisten in den unterjochten Ländern müssten die Massen zu dem Bewusstsein erziehen, dass es ihre besondere Aufgabe ist, um die Führung der bürgerlich-demokratischen Bewegung in ihrer eigenen Nation zu kämpfen. In den Leitsätzen hieß es:

„Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muss unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung – sei es auch in ihrer Keimform – aufrechterhalten.“

Lenin verkündete in seinem „Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale“ auf dem II. Weltkongress:

„Der Weltimperialismus muss fallen, sobald der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter in jedem Lande den Widerstand der kleinbürgerlichen Elemente und den Einfluss der wenig zahlreichen Oberschichten der Arbeiteraristokratie [die soziale Basis des Reformismus] besiegt, sich mit dem revolutionären Druck von Hunderten von Millionen der Menschheit vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen, nur als ihr Objekt betrachtet wurden.“

Die „Leitsätze zur Orientfrage“ des IV. Weltkongresses von 1922 erweiterten und konkretisierten die auf dem II. Weltkongress festgelegten allgemeinen Leitlinien. Die Leitsätze entlarven die Rolle der einheimischen herrschenden Klassen als das Haupthindernis für die nationale Befreiung. Diese Kräfte zielen darauf ab, die Bestrebungen der werktätigen Massen zu nutzen, um nur ihre eigenen Interessen als besitzende Klasse voranzutreiben und gleichzeitig sich mit dem Imperialismus zu versöhnen. In dem Maße, wie der Kampf die Form einer revolutionären Massenbewegung annimmt, werden sich die einheimischen Herrscher gegen sie wenden und Schutz bei ihren imperialistischen Herren suchen.

Die Leitsätze erklären, dass der Imperialismus in seinem Streben nach Superprofiten die Entwicklung der von ihm unterjochten Länder hemmt und die feudalen und wucherischen Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft so lange wie möglich aufrechterhält. Der Kampf um die Befreiung des Landes von den feudalen Verhältnissen nimmt somit den Charakter eines Kampfes um die nationale Befreiung an. Doch die bürgerlichen Nationalisten werden aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus und ihrer Verbindungen zu den Großgrundbesitzern alles daransetzen, die agrarischen Parolen zu verwässern und die revolutionäre Erhebung der Bauernmassen, d.h. die Bauernrevolution, zu verhindern. Die Leitsätze stellen als Aufgabe: „Dieses Wanken und Schwanken muss von allen revolutionären Elementen zu systematischer Kritik und zur Entlarvung der Halbheit der bürgerlichen Führer der nationalistischen Bewegungen ausgenutzt werden.“

Mit den Lehren der Oktoberrevolution und insbesondere durch die Arbeit des III. Weltkongresses, der die Losung der Einheitsfront propagierte, weitete der IV. Weltkongress diese Taktik auf alle unterdrückten Nationen aus: die anti-



Kein Bildnachweis

Sinowjew spricht auf erstem Kongress der Völker des Ostens, Baku, 1920. Bolschewiki kämpften darum, antikonkoloniale Kämpfer für Kommunismus zu gewinnen und von sozialdemokratischen und nationalistischen Kräften zu brechen

imperialistische Einheitsfront. Die „Leitsätze zur Orientfrage“ erklären:

„Die *Zweckmäßigkeit* dieser Losung ergibt sich aus der Perspektive eines dauernden und langwierigen Kampfes mit dem Weltimperialismus, der die Mobilisierung aller revolutionären Elemente erfordert. Diese Mobilisierung ist umso notwendiger, als die einheimischen herrschenden Klassen geneigt sind, mit dem ausländischen Kapital Kompromisse zu schließen, die sich gegen die Lebensinteressen der Volksmassen richten. Und wie die Losung der proletarischen Einheitsfront im Westen zur Entlarvung des sozialdemokratischen Verrates an den Interessen des Proletariats beigetragen hat und weiter noch beiträgt, so wird die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront zur Entlarvung des Schwankens der einzelnen Gruppen des bürgerlichen Nationalismus beitragen. Diese Losung wird auch die Entwicklung des revolutionären Willens und die Klärung des Klassenbewusstseins der werktätigen Massen fördern und sie in die vordersten Reihen der Kämpfer nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Überbleibsel des Feudalismus stellen.“

Die IKL hat immer behauptet, sich an die ersten vier Weltkongresse der Komintern zu halten, da sie die Kontinuität des Leninismus repräsentieren, aber wir haben im Hinblick auf die koloniale Frage den II. und IV. Weltkongress davon ausgenommen. Die Grundlage für unsere Ablehnung dieser Leitsätze ist unsere Revision von Trotzki's permanenter Revolution. Die grundlegende Kritik am II. Weltkongress wurde 1998 in den „Bemerkungen zur nationalen und kolonialen Frage“ von Genosse Robertson dargelegt (veröffentlicht in *Marxist Studies* Nr. 9, August 2003). Er argumentierte:

„In den Augen der Genossen auf dem II. Weltkongress hatte die koloniale Frage keine proletarische Komponente, und die Kommunistische Internationale basierte auf der proletarischen Zentralität, also schien dies ein großer Widerspruch zu sein. Die Position, die sie annahmen, bestand mehr oder weniger darin – und noch einmal, recht vage, weil es keinen Zusammenhang gab –, koloniale Aufstände anzufeuern mit der Begründung, dass sie die imperialistischen Großmächte schwächen und daher in diesem Maße der proletarischen Revolution helfen würden... *Aber es gab* – aus ziemlich guten Gründen – *keine Ausweitung der Erfahrung des Zarenrei-*

ches auf die koloniale Welt: Bis zum Ersten Weltkrieg findet man überhaupt außerhalb dieses schwachen Gliedes [sowohl imperialistisch als auch halbkolonial] des Zarenreiches kaum Industrie in den Kolonialländern.“ (Unsere Hervorhebung, Klammern im Original)

Das ist eine *sozialdemokratische* Kritik am II. Weltkongress. Die Verurteilung der Leitsätze als „Anfeuerung kolonialer Aufstände“ ist nicht nur ein Zerrbild des Programms der jungen Komintern, sondern auch eine Ablehnung der Rolle der nationalen Befreiung als wesentlicher Hebel für die proletarische Revolution. Sie ist deshalb der Verzicht auf die Führung dieser Kämpfe. Die „Erfahrung des Zarenreiches“, d.h. die Erfahrung von 1917, spricht für den *grundlegenden Kern* der permanenten Revolution, was nichts anderes bedeutet als die Notwendigkeit einer *kommunistischen Führung des demokratischen Kampfes*, in erster Linie der nationalen Befreiung. *Genau* das ist es, was die Leitsätze sowohl des II. wie auch des IV. Weltkongresses als die Hauptaufgabe der Kommunistischen Parteien in den unterdrückten Ländern darstellten. Wie bereits oben gezeigt, betonte Lenin die Notwendigkeit, auch in den Ländern, in denen es überhaupt kein Proletariat gab, um die Führung des antiimperialistischen Kampfes zu kämpfen. Tatsächlich gründete sich die Komintern nicht auf eine objektive „proletarische Zentralität“ (die Existenz einer „lebensfähigen proletarischen Konzentration“, wie es in so vielen IKL-Artikeln heißt), sondern auf den Kampf um die proletarische *Führung*.

Es ist kein Zufall, dass der eingefleischte Zentrist Giacinto Serrati auf dem II. Weltkongress die Spartacist-Kritik an den Leitsätzen des II. Weltkongresses (und in der Tat auch an denen des IV.) quasi buchstabengetreu formulierte:

„Überhaupt ist jede von bürgerlich-demokratischen Gruppen unternommene nationale Befreiungsaktion, selbst wenn sie zum Mittel des Aufstands greift, keine revolutionäre Aktion.

Sie wird zugunsten eines in der Entwicklung begriffenen nationalen Imperialismus oder im Kampf des kapitalistischen Imperialismus eines neuen Staats gegen den früher herrschenden Staat unternommen...

Die wahre Befreiung der geknechteten Völker kann nur durch die proletarische Revolution und die Sowjetordnung und nicht durch einen zeitweiligen und zufälligen Bund kommunistischer Parteien mit den revolutionär genannten bürgerlichen Parteien durchgeführt werden.“

Tatsächlich bringt Serratis Verurteilung der Leitsätze des II. Weltkongresses die Spartacist-Karikatur der permanenten Revolution getreu zum Ausdruck: eine orthodox klingende Formel, die in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats der nationalen Befreiung und jedem demokratischen Kampf *entgegenstellt* – das genaue Gegenteil des Trotzismus.

Für die antiimperialistische Einheitsfront!

Da die Spartacist-Tendenz die permanente Revolution in ihr Gegenteil verkehrt hatte, behaupteten wir bisher, dass Trotzki seine Theorie erst auf Grundlage der Erfahrung der Chinesischen Revolution von 1925–27 über die Grenzen des ehemaligen Zarenreiches hinaus „erweitert“ habe. Genosse Robertson stellt in seinen oben zitierten Bemerkungen Trotzki Buch *Die permanente Revolution*, dessen verschiedene Abschnitte zwischen 1928 und 1930 geschrieben wurden, den Thesen des II. Weltkongresses gegenüber: „Ich glaube“, erklärte er, „dass es 1920 tatsächlich nicht möglich war, zu der Position zu gelangen, die Trotzki erst nach der Niederlage der Chinesischen Revolution und schriftlich um 1930 aufstellen konnte.“

In dem Artikel „Die Ursprünge des chinesischen Trotzismus“ im deutschsprachigen *Spartacist* Nr. 19, Winter 1997/98, wird es sogar so dargestellt, als ob es eine – wenn auch nur teilweise – Kontinuität zwischen dem Stalinismus und den „Leitsätzen zur Orientfrage“ gäbe: „Es war natürlich ein steiler Abstieg von diesen opportunistischen Impulsen, die auf dem IV. Weltkongress der revolutionären Komintern zum Ausdruck kamen, bis zu dem voll entwickelten, katastrophalen Verrat, den später Stalin und Bucharin in China begingen.“ Die historische Spartacist-Position stellte die Welt auf den Kopf: Trotzki permanente Revolution war in der jungen Komintern nicht vorhanden, während Stalins Verrat auf dem IV. Weltkongress bereits im Keim angelegt war!

Gegen die „Leitsätze zur Orientfrage“ des IV. Weltkongresses argumentierte unser Artikel:

„Die Leitsätze legten es nahe, zu einem *politischen* Block mit dem bürgerlichen Nationalismus aufgrund eines Minimalprogramms von demokratischen Forderungen aufzurufen. Implizit stellten sie ein menschowistisches Zwei-Etappen-Programm für die koloniale Revolution auf, wobei die erste Etappe ein demokratischer Kampf gegen den Imperialismus war (die ‚anti-imperialistische Einheitsfront‘).“

Der „Beweis“ für diese „menschowistische Abweichung“ war, so *Spartacist*, der folgende Satz der Leitsätze:

„Das Proletariat unterstützt und stellt auch selbst Teilforderungen auf, wie z.B. die Forderung einer unabhängigen demokratischen Republik, die Beseitigung der Rechtlosigkeit der Frauen usw., insofern das gegenwärtig bestehende Kräfteverhältnis es ihm nicht gestattet, die Verwirklichung seines Sowjetprogramms zur Gegenwartsaufgabe zu machen.“

Aber der obigen Passage gingen unmittelbar die folgenden zwei Sätze voraus, in denen auf der Notwendigkeit der Klassenunabhängigkeit bestanden wurde:

„Die Arbeiterbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern muss sich vor allem die Stellung *eines selbständigen revolutionären Faktors* in der anti-imperialistischen Gesamtfront erkämpfen. Erst wenn ihr diese selbständige Bedeutung zuerkannt wird und sie sich *dabei ihre politische*



Russische Botschaft in Türkiye

März 1922: Sowjetischer Botschafter in Türkiye und Mustafa Kemal Atatürk (Mitte) während des Unabhängigkeitskrieges. Die Sowjetunion unterstützte Unabhängigkeitskampf von Türkiye gegen Imperialisten und ihre griechischen Lakaien

Unabhängigkeit bewahrt, sind zeitweilige Verständigungen mit der bürgerlichen Demokratie zulässig und notwendig.“ (Hervorhebung hinzugefügt)

Aber egal wie viele Klauseln der Leitsätze des II. und IV. Weltkongresses auf der Notwendigkeit proletarischer Klassenunabhängigkeit bestehen, selbst die Idee, dass Kommunisten sich in demokratischen Kämpfen engagieren – in zeitweiligen Bündnissen mit nationalistischen Kräften, damit sie um die Führung der werktätigen Massen wetteifern –, stellte nach Ansicht von *Spartacist* eine Ablenkung von „der Klassenfrage“ dar, mit anderen Worten, sie sei nur ein menschenwistisches Schema.

Wie die „Leitsätze zur Orientfrage“ verdeutlichen, ist es notwendig für die Kommunisten, zeitweilige Abkommen mit der nationalen Bourgeoisie zu schließen – anti-imperialistische Einheitsfronten –, solange diese ihre Hegemonie über den nationalen Befreiungskampf behält. So können die Schwankungen und Kapitulationen der nationalen Bourgeoisie im Kampf entlarvt werden. Nur so kann man einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und die Bauernmassen auf der einen und die neokoloniale Bourgeoisie auf der anderen Seite treiben, und man kann beweisen, dass die Trotzlisten nicht nur die besten, sondern die *einzig* konsequenten Kämpfer für die nationale Befreiung sind.

Im Gegensatz zur Komintern, deren Programm die bürgerlichen und reformistischen Führungen der demokratischen Kämpfe herausforderte, um die Massen hinter dem kommunistischen Banner zu versammeln, bestand das Programm der IKL bisher darin, den bürgerlichen Nationalismus in den unterdrückten Ländern als einfach nur reaktionär anzuprangern. Zweifellos haben linke Gruppen aller Couleur den Kampf für die proletarische Diktatur verraten, indem sie im Namen der antiimperialistischen Einheitsfront die werktätigen Massen der Bourgeoisie unterordneten. Doch die sektiererische Ablehnung dieser Taktik durch die IKL tut überhaupt nichts, um die Bourgeoisie vor den Arbeitern und Bauern zu entlarven. Vielmehr festigt sie die Unterordnung der Massen unter die Bourgeoisie noch weiter, denn sie zeigt, dass „Kommunisten“ gegenüber nationaler Emanzipation, Landreform und anderen demokratischen Fragen völlig unsensibel sind.

Die Leitsätze von 1922 polemisieren direkt gegen das Programm und die Methodik der IKL:

„Die Weigerung der Kommunisten der Kolonien, am Kampf gegen die imperialistische Vergewaltigung teilzunehmen, unter Vorgabe angeblicher ‚Verteidigung‘ selbständiger Klasseninteressen, ist Opportunismus schlimmster Sorte, der die proletarische Revolution im Osten nur diskreditieren kann.“

Das war genau die Rechtfertigung, mit der wir die nationalen Befreiungskämpfe in Québec, Griechenland, Mexiko usw. verunglimpft haben. Der Hauptunterschied zum obigen Zitat: Wir schulmeisterten, in den meisten Fällen, *von den imperialistischen Ländern aus* die unterdrückten Massen der neokolonialen Welt.

Die antiimperialistische Einheitsfront war damals unerlässlich und ist es auch heute noch in allen Ländern, in denen der



Athen, Juni 2015: Tausende protestieren vor dem Referendum über den EU-Hungerplan. Antiimperialistische Einheitsfront war notwendig, um Syriza zu entlarven, die trotz der massiven „Nein“-Stimmen an Imperialisten ausverkaufte

nationale Befreiungskampf in den Händen der Bourgeoisie liegt. Damit die Kommunisten den Griff der Bourgeoisie auf den Kampf brechen können, ist es notwendig, einen entscheidenden Einfluss auf das Proletariat, die Bauern und die unteren Schichten des städtischen Kleinbürgertums zu gewinnen. Und dazu ist es notwendig, nicht als unbefleckte Kritiker am Rande des Kampfes in der Luft zu schweben, sondern sich mitten ins Getümmel zu stürzen. Wir müssen Einfluss und Ansehen im nationalen und demokratischen Kampf gegen die Fremdherrschaft gewinnen, und das kann nur dadurch gelingen, dass wir den Massen gegenüber die Schwächen, Mängel und den Verrat der nationalen Bourgeoisie enthüllen. Das ist der Zweck der antiimperialistischen Einheitsfront: die Massen zu gewinnen, um dem unvermeidlichen offenen Konflikt mit der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Weltimperialismus den Boden zu bereiten.

Trotzki kontra IKL über Lenins „Demokratische Diktatur“

Von 1905 bis 1917 bestand zwischen Trotzki's permanenter Revolution und Lenins strategischer Linie, die in der Formel von der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ zum Ausdruck kam, eine *wesentliche Identität*, da beide in den ungelösten demokratischen Aufgaben, vor allem der Agrarrevolution, die treibende Kraft der kommenden russischen Revolution sahen. Im Gegensatz zu den Menschewiki erkannten beide den äußerst reaktionären Charakter der liberalen Bourgeoisie, die bereit stand, einen Kompromiss mit dem Zarismus einzugehen. Und sie kamen beide zu derselben revolutionären Schlussfolgerung: der Notwendigkeit der proletarischen Führung des demokratischen Kampfes an der Spitze der Bauernschaft, in Opposition zur liberalen Bourgeoisie. Darüber hinaus waren sie beide der Meinung, dass eine Diktatur der Arbeiter und Bauern das notwendige Instrument der bürgerlich-demokratischen Revolution war. Aus diesen Gründen liefen ihre strategischen Linien zusammen.

Der Unterschied bestand darin, dass Trotzki in seiner Analyse der Klassenposition der Bauernschaft als Bestandteil des heterogenen Kleinbürgertums die Ansicht vertrat, dass diese unfähig sei, eine unabhängige revolutionäre Rolle zu spielen: Sie könne nur entweder dem Proletariat oder der Bourgeoisie folgen. Lenin erläuterte zwar stets die einzigartige revolutionäre Rolle des Proletariats, ließ aber die *Möglichkeit* der Entwicklung einer sowohl vom Proletariat als auch von der Bourgeoisie unabhängigen Bauernpartei offen. Er weigerte sich daher, a priori die konkreten Formen festzulegen, die das notwendige Bündnis von Arbeitern und Bauern annehmen würde, die konkreten Regierungsformen, die aus der von diesen beiden Klassen durchgeführten Revolution hervorgehen würden. Das ist der einzige Unterschied zwischen Trotzki's Formel, der Diktatur des Proletariats unterstützt von der Bauernschaft, und Lenins *algebraischer* Formel.

Wie Trotzki selbst in *Die permanente Revolution* rückblickend erklärte, waren diese beiden Formeln *Prognosen*, welche einer historischen Prüfung bedurften. Es handelte sich um einen Unterschied von Nuancen in der revolutionären Tendenz des russischen Marxismus. Der Ausbruch des revolutionären Prozesses im Februar 1917 löste die Gleichung *ein für alle Mal* und zeigte Lenin die tatsächliche Klassendynamik. Die algebraische Formel hatte sich überlebt. Um die Interessen der Arbeiter und Bauern durchzusetzen, musste die Algebra durch die Arithmetik ersetzt werden. „Keine Unterstützung für die Provisorische Regierung!“, „Alle Macht den Sowjets!“, „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“ usw. wurden zu den Parolen des Kampfes für die Diktatur des Proletariats, unterstützt von der Bauernschaft.

Lenins Formel war kein Dogma, sondern ein Aufruf zum Handeln: das revolutionäre Bündnis von Arbeitern und Bauern für den allumfassenden Kampf nicht nur gegen die Autokratie und den Landadel, sondern gegen die liberale Bourgeoisie selbst – die Notwendigkeit einer Diktatur der revolutionären Klassen, die aus einem siegreichen Aufstand hervorgeht. Lenins strategische Linie lässt sich nicht von seinem Kampf für den Aufbau der bolschewistischen Partei trennen, der revolutionärsten Partei der Geschichte. Die *wirkliche* programmatische Differenz zwischen Lenin und Trotzki betraf nicht die Aussichten der russischen Revolution, sondern gerade die Parteifrage in Bezug auf die Einheit mit dem Opportunismus. Trotzki's Prognose war zwar brillant, doch hatte er jahrelang versucht, die Bolschewiki und Menschewiki wieder zu vereinigen. Sobald er dieses Problem verstanden hatte, gab es, so Lenin, keinen besseren Bolschewiken als Trotzki.

Lenins Kampf innerhalb der bolschewistischen Partei, der in seinen Aprilthesen von 1917 und den „Briefen über die Taktik“ kodifiziert wurde, um die Partei durch das Aufgeben der algebraischen Formel als *überholt* wieder zu bewaffnen, entsprang Lenins *eigener* strategischer Linie und *nicht* einer Ablehnung dieser Formel. Die Stalinisten haben die Losung der „demokratischen Diktatur“ wiederbelebt, indem sie sie aus dem „Archiv der ‚bolschewistischen‘ Antiquitäten“ ausgruben, in das Lenin sie 1917 übergeben hatte. Dadurch wollten sie ihre Unterordnung der Kommunistischen Partei Chinas unter die bürgerliche Guomindang verdecken. Der stalinistische Verrat an der Chinesischen Revolution von 1925–27 war das *genaue Gegenteil* von Lenins strategischer Linie, es war Menschewismus in Reinkultur.



L.Y. Leonidov

Lenin und Trotzki, die zentralen Führer der Oktoberrevolution, am zweiten Jahrestag auf dem Roten Platz

In ausdrücklichem Widerspruch zu allem, was Lenin und Trotzki zu diesem Thema geschrieben haben, heißt es in unserer Grundsatzerklärung, Lenins „demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ sei „eine mangelhafte Losung, die das Bild eines Staates vermittelte, der die Interessen zweier verschiedener Klassen verteidigt“, und dass die Bolschewiki es versäumt hätten, diese „ausdrücklich zurückzuweisen“ (deutschsprachiger *Spartacist* Nr. 20, Sommer 1998). Das ist wiederum eine sozialdemokratische Denunzierung Lenins, die sogar das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern und die frühe Sowjetregierung, die dieses Bündnis verkörperte, zurückweist. Das läuft darauf hinaus, den *Oktober selbst* in eine Karikatur zu verwandeln.

Unsere Entgegenstellung von Lenin und Trotzki vor 1917 konnte *nur* auf einer Perversion der permanenten Revolution basieren, die den Trotzkiismus in das sozialdemokratische Geschwafel eines Serrati oder Levi verwandelt: indem sie die zentrale Bedeutung des demokratischen Kampfes verleugnet. Das sind die reaktionären Schlussfolgerungen aus unserer Linie. Der grundlegende Hebel des Oktobers war in erster Linie die *Agrarfrage*. Die frühe Sowjetregierung *hat* in Wirklichkeit die Interessen der Arbeiter und Bauern dadurch verteidigt, dass sie den Bauernkrieg unter der Führung des Proletariats entfesselte. Ohne die Verteidigung der Interessen der Bauernschaft hätte die Diktatur keinen einzigen Tag überlebt. Wie Trotzki in *Die permanente Revolution* warnte, muss man „Lenin auf Leninsche Art, und nicht auf die der Epigonen, betrachten“. In Bezug auf die „demokratische Diktatur“ erklärte Trotzki weiter:

„Die bolschewistische Parole hatte sich in der Tat verwirklicht – nicht als morphologische Anspielung, sondern als größte historische Realität. Nur hat sie sich *nicht vor dem Oktober, sondern nach dem Oktober* verwirklicht. Der Bauernkrieg hat, nach einem Ausdruck von Marx, die Diktatur des Proletariats gestützt. Die Zusammenarbeit der zwei Klassen wurde durch den Oktober in gigantischem Maßstabe verwirklicht. Jetzt begriff und fühlte jeder finstere Bauer, sogar ohne die Kommentare Lenins, dass sich die bolschewistische Parole im Leben durchgesetzt hatte. Und auch Lenin selbst hat diese Oktoberrevolution – ihre erste Etappe – als die *wahre* Verwirklichung der demokratischen Revolution, und damit auch als die wahre, wenn auch veränderte Realisierung der strategischen Parole der Bolschewiki eingeschätzt.“ ■

— Hamas bringt nur Tod und Niederlage —

Ein revolutionärer Weg zur Befreiung der Palästinenser

*Der folgende Artikel wurde ursprünglich als Spartacist Extra-
blatt am 10. Oktober 2023 veröffentlicht.*

Lasst uns zwei Dinge klarstellen. Erstens: Die Palästinenser sind brutaler nationaler Unterdrückung und wahlloser Ermordung durch den Staat Israel ausgesetzt – sie haben jedes Recht, sich zu verteidigen, auch mit Gewalt. Zweitens: Die gezielte Ermordung israelischer Zivilisten durch die Hamas und ihre Verbündeten ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, das für die Befreiung der Palästinenser völlig kontraproduktiv ist. Angesichts der Tatsache, dass dem Gazastreifen nun Aushungerung und Massenmord durch die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) drohen, muss sich die internationale Arbeiterbewegung diesem Angriff dringend entgegenstellen. Aber um voranzukommen und zu siegen, braucht der Kampf für die Befreiung der Palästinenser einen völlig anderen Weg als alles, was angeboten wird, ob Islamismus oder säkularer Nationalismus. Was wir brauchen, sind keine leeren Mitleidsbekundungen der linksliberalen und der pseudosozialistischen Meute, sondern einen revolutionären Weg zur Befreiung der Palästinenser.

Wie man den zionistischen Staat besiegt

Um seinen Feind zu besiegen, muss man seine Schwächen ausnutzen und seine Stärken neutralisieren. Die Widerstandsfähigkeit des Staates Israel beruht auf der Tatsache, dass die Millionen von Juden, die innerhalb seiner Grenzen leben, ihn als die einzige Möglichkeit sehen, sich in einer feindlichen Region zu verteidigen. Solange dies der Fall ist, werden die Israelis bis zum Tod kämpfen, um den zionistischen Staat zu verteidigen. Das alles war Teil des Plans, seit der britische Imperialismus beschlossen hat, das zionistische Projekt zu unterstützen. Heute sichern die USA und Israel ihre Interessen im Nahen Osten, indem sie die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verletzen und einen permanenten Zustand der Feindseligkeit zwischen Juden und Muslimen befeuern. Die Kombination aus einer militarisierten Bevölkerung und imperialistischer Unterstützung verleiht dem israelischen Staat seine Stärke und den Anschein der Unbesiegbarkeit.

Dieses Gebilde ist jedoch brüchig und wird nur durch eine Belagerungsmentalität aufrechterhalten, die von der herrschenden Klasse gefördert wird. Der Schwachpunkt ist eben, dass es sich um einen militarisierten theokratischen Staat handelt, der von einer immer extremeren Clique korrupter Fanatiker regiert wird. Die arbeitende Bevölkerung Israels ist mit Wehrpflicht, religiöser Reglementierung und brutalen Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert. Widerstand gegen irgendetwas davon wird als Verrat an Juden bezeich-

net. Diese Situation schafft tiefe rassische, soziale und politische Risse in Israel, die ausgenutzt werden müssen, um den zionistischen Staat zu zerschlagen und die Palästinenser zu befreien.

Die Dschihad-Strategie der Hamas tut nichts von alledem und bedient nur die Stärken Israels. Durch die Angriffe auf israelische Zivilisten ist es ihr nur gelungen, alle Israelis hinter der verhassten Netanjahu-Regierung zu versammeln und zu garantieren, dass die gesamte Gesellschaft geschlossen hinter der blutigen militärischen Reaktion gegen den Gazastreifen stehen wird. Eine militärische Konfrontation unter diesen Bedingungen wird dem palästinensischen Volk eine Niederlage und unzählige Tote bringen. Es kann keinen Sieg geben, ohne die Verbindung zwischen der jüdischen arbeitenden Bevölkerung und ihren Machthabern zu brechen, und dies kann nicht geschehen, ohne das demokratische Recht des israelisch-jüdischen Volkes anzuerkennen, als Nation in Israel/Palästina zu leben.

Islamisten und palästinensische Nationalisten sind immer in der Zwickmühle, entweder ihren Kampf gegen das gesamte jüdische Volk in Israel zu richten oder ein Zusammenleben mit dem zionistischen Staat zu akzeptieren. Beides sind Sackgassen. Der Schlüssel liegt darin, einen Keil zwischen das israelische Volk und den theokratischen Staat zu treiben. Dies kann nur mit einer marxistischen militärischen und politischen Strategie geschehen, die auf der Einsicht beruht, dass die miteinander verknüpften Klassen- und Nationalitätenkonflikte nicht innerhalb der Grenzen des Privateigentums gelöst werden können. Nur von diesem Ausgangspunkt aus ist es möglich, ein Programm auszuarbeiten, das den Interessen sowohl der Palästinenser als auch der israelischen Arbeiterklasse entspricht.

Was das Land betrifft, so fordern die Palästinenser zu Recht eine Entschädigung für das an ihnen begangene historische Verbrechen. Innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen ist dies unmöglich mit dem Recht der Juden zu vereinbaren, das Land zu behalten, auf dem sie oft seit Generationen leben. Aber Israel ist, wie alle kapitalistischen Gesellschaften, extrem ungleich. Das meiste Land und Eigentum wird von einem winzigen Teil der Bevölkerung kontrolliert, während die Mehrheit darum kämpft, über die Runden zu kommen. Indem man diese parasitäre Schicht enteignet, kann man sowohl damit beginnen, den Palästinensern zu ihrem Recht zu verhelfen, als auch die Bedingungen der jüdischen Werktätigen verbessern.

Auf militärischer Ebene ist es notwendig, maximalen Druck auf die IDF auszuüben, um der israelischen Gesellschaft zu zeigen, dass der Preis für die Unterdrückung der

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationale)
Gründet sich in der Palästinenser Liga Deutschland und Mitglied der Spartakus-Gruppe, 21. Januar 1920

نداء لتتشيظ جبهة موحدة:
دافعوا عن الفلسطينيين في غزة و في المانيا
الاحد 22 أكتوبر الساعة الثالثة عصرا

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationale)
Gründet sich in der Palästinenser Liga Deutschland und Mitglied der Spartakus-Gruppe, 21. Januar 1920

**Aufruf zur Einheitsfront-Veranstaltung:
Verteidigt die Palästinenser
in Gaza und Deutschland!**

Sonntag, 22. Oktober, 15 Uhr
ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Münzenbergsaal
Nähe S-Bhf. Ostbahnhof (S3, 5, 7 und 78)

Israel geht gegen die Palästinenser in die Offensive und richtet ein Massaker an der Zivilbevölkerung in Gaza an. Die deutsche Regierung unterstützt Israel voll und ganz und erstreckt nur gleichen Zeit eine Welle von Repression gegen Palästinenser und jegliche Palästinensolidarität in Deutschland.

Die Situation ist dringend! Jeder Linke, jeder Arbeiter und jeder, der für die Rechte der Palästinenser kämpfen will, muss sich dem engagieren und JETZT in Aktion treten.

Deshalb rufen wir zu einer Einheitsfront-Veranstaltung mit den folgenden Forderungen aus:

Verteidigt Gazat!

Nieder mit der anti-palästinensischen Staatsrepression in Deutschland!

**Hände weg von Samidoun!
Nieder mit dem Verbot aller palästinensischen Organisationen!**

Lasst uns auf dieser Grundlage diskutieren, welche Strategie notwendig ist für die Befreiung der Palästinenser.

Jede Organisation, die die genannten Forderungen unterstützt, ist eingeladen, bei gleicher Rückzeit ihr Programm zu präsentieren.

Kontaktiert uns



Imago/Ipon

Spartakist-Arbeiterpartei intervenierte auf Pro-Palästina-Demo am 4. November in Berlin gegen liberale Politik der Organisatoren, die an UNO und Regierung appellierten. Die SpAD kämpfte für Einheitsfront gegen das Verbot der palästinensischen Gefangenen-Solidaritätsorganisation Samidoun und organisierte dringende Protestaktionen am 22. Oktober in Berlin-Neukölln und Kreuzberg. Alle anderen linken Organisationen weigern sich, für die dringend nötige breite Front der Arbeiterbewegung zu kämpfen, die sich nicht mit leeren Solidaritätsbekundungen begnügt, sondern Gaza verteidigt und die Staatsrepression gegen palästinensische Organisationen bekämpft.

Palästinenser zu hoch wird. Raketen blind auf israelische Städte abzuschießen erhöht nur die Kampfbereitschaft der Truppen. Stattdessen muss die gesamte palästinensische Bevölkerung dafür mobilisiert werden, jeden Zentimeter ihres Territoriums gegen Übergriffe zu verteidigen und die Belagerung des Gazastreifens und der Westbank zu durchbrechen.

Aber bewaffneter Widerstand allein kann nicht den Sieg bringen: Er muss mit einer Perspektive des Klassenkampfes innerhalb Israels kombiniert werden. Dies erfordert Kämpfe für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter, gegen die rassistische Diskriminierung von Arabern und nicht-weißen Juden und für die Trennung von Religion und Staat. Diese **müssen** mit der Überwindung des Haupthindernisses verbunden werden, das jedem sozialen Fortschritt im Wege steht: die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel. Die vorrangige Aufgabe von Revolutionären in Israel besteht gerade darin, dafür zu kämpfen, dass die Arbeiterbewegung die Sache der palästinensischen Befreiung aufgreift, im Kampf gegen die zionistischen Arbeiterführer.

Entscheidend ist, dass der Klassenkampf in den Städten auch in die israelische Armee hineingetragen wird, mit der Perspektive, sie zu spalten. Die IDF besteht zum überwiegenden Teil aus Wehrpflichtigen, die zum Dienst gezwungen werden. Wenn der Militärdienst nicht mehr als lebenswichtig für das Überleben des jüdischen Volkes angesehen wird, wenn die Kosten der Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu hoch werden und wenn der Konflikt innerhalb Israels einen Siedepunkt erreicht, kann und wird die israelische Armee auseinanderbrechen.

Mehr als 75 Jahre brutaler Geschichte haben die Schicksale der israelischen Juden und der Palästinenser vollständig miteinander verwoben. Die Befreiung Palästinas erfordert

die Zerschlagung des zionistischen Staates, die ohne die Befreiung der israelischen Arbeiterklasse unmöglich ist. Die wirtschaftliche, demokratische und soziale Entwicklung der israelischen Arbeiter und selbst ihr Fortbestehen im Nahen Osten erfordert wiederum das Ende der Unterdrückung Palästinas, die gerade das Fundament des zionistischen Staates ist.

Wie man den Imperialismus besiegt

Israel wird von den USA und allen anderen imperialistischen Mächten unterstützt, wie ihre bedingungslose Unterstützung des Angriffs auf Gaza einmal mehr zeigt. Die Befreiung der Palästinenser erfordert daher eine Strategie zur Konfrontation und Niederlage des Imperialismus im Nahen Osten und letztlich weltweit. Doch die Nationalisten sind dazu völlig unfähig, da sie ihr Vertrauen in die UNO und die „internationale Gemeinschaft“ setzen oder sich darauf verlassen, dass die arabischen Staaten sich gegen die USA zur Wehr setzen werden.

Die UNO ist eine Räuberhöhle, die von den USA und den „Großmächten“ beherrscht wird, die selbst für die Zerstückelung Palästinas und seine fortgesetzte Unterdrückung verantwortlich sind. Der Konsens unter den Imperialisten ist durch und durch pro-israelisch. Selbst wenn sie einen Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen aushandeln würden, würde dies zwangsläufig ihr Interesse widerspiegeln, das darin besteht, den zionistischen Staat als ihren Vorposten in der Region zu erhalten. Von der PLO bis zur BDS-Kampagne: Jede Strategie, die sich auf die Räuber der Welt stützt, kann die Unterdrückung Palästinas nur verstärken und zu einer Niederlage führen.

Fortgesetzt auf Seite 74

Permanente Revolution & Frauenbefreiung

Der folgende Artikel basiert auf einem Dokument der Genossin Kaur, das von der Internationalen Konferenz angenommen wurde.

Die Heftigkeit und Schärfe der Unterdrückung der Frauen in den Neokolonien ist das Ergebnis der verspäteten kapitalistischen Entwicklung, die zurückzuführen ist auf die imperialistische Unterjochung. Dies führt dazu, dass sozial rückständige, vorkapitalistische Praktiken fortbestehen und in das moderne Leben integriert werden, z.B. die Burka im Islam, die Mitgift in vielen südasiatischen Kulturen, Lobola [Brautpreis] im südlichen Afrika und die weibliche Genitalverstümmelung. Da der Imperialismus die gesellschaftliche Entwicklung stoppt, ist er letztlich für die Aufrechterhaltung dieser Praktiken verantwortlich. Die Unterdrückung der Frauen und die nationale Unterdrückung haben also eine gemeinsame materielle Grundlage. Der Kampf für die Befreiung der Frauen in den neokolonialen Ländern ist daher untrennbar mit dem Kampf für die nationale Befreiung verbunden; beide müssen gemeinsam geführt werden, um für die soziale Revolution zu kämpfen.

In den Neokolonien gibt es viele „antiimperialistische“ Kräfte mit dem Anspruch, für die nationale Befreiung zu kämpfen; in Wirklichkeit jedoch behindern sie diese auf Schritt und Tritt. Marxisten müssen sich diesen Kräften entgegenstellen und zeigen, dass das, was sie den Frauen anzubieten haben, völlig reaktionär ist. Wir kämpfen dafür, den Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen mit dem Klassenkampf gegen Imperialismus und die nationale Bourgeoisie zu verbinden. Im Sinne der „Leitsätze zur Orientfrage“ der Komintern von 1922 kämpfen wir für eine kommunistische Führung, die versteht,

„dass nur eine konsequente revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breitesten Massen in den aktiven Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Siege zu führen vermag.“



L.G. Brodaty

Sowjetplakat 1918: „Arbeiterinnen, greift zu den Gewehren!“

Diese Sichtweise steht in völligem Gegensatz zur Internationalen Grundsatzerklärung der IKL, in der es heißt:

„In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung ist die scharfe Unterdrückung und Erniedrigung von Frauen tief verwurzelt in vorkapitalistischen ‚Traditionen‘ und religiösem Obskurantismus. In diesen Ländern ist *daher* der Kampf gegen Frauenunterdrückung eine treibende Kraft des revolutionären Kampfes.“ (Hervorhebung hinzugefügt)

Das ist aus zwei Gründen liberal. Erstens wird der Marxismus revidiert, indem behauptet wird, dass der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen aufgrund der akuten Schärfe der Unterdrückung in den neokolonialen Ländern eine treibende Kraft für den revolutionären Kampf ist. Das ist falsch. Die Unterdrückung der Frau ist grundlegend im Privateigentum verwurzelt und ist *überall* eine treibende Kraft für die Revolution.

Mit der Behauptung, sie sei nur in den abhängigen Ländern eine treibende Kraft, machte die IKL eine grundlegende Unterscheidung zwischen der Unterdrückung der Frau im Osten und im Westen. Wir beschönigten die Frauenunterdrückung im Westen, indem wir die Rolle der Religion dort verschwinden ließen, und kapitulierten vor den westlichen liberalen Feministen, die vor der Rückständigkeit des Ostens

zurückschrecken und für die der Gipfel der Frauenbefreiung die bürgerliche Demokratie in den fortge-

schrrittenen kapitalistischen Gesellschaften ist. Mit unserer Position definierten wir die Aufgaben der Kommunisten als Kampf für die Angleichung der Bedingungen für Frauen im Osten an die des Westens und stimmten objektiv mit „fortschrittlichen“ Kräften überein, die in der gesamten Dritten Welt Aufklärung predigen, um „arme Frauen“ zu retten – die Linie der CIA-Feministen zur Rechtfertigung imperialistischer Interventionen in Afghanistan! In diesem Rahmen wurde der Klassenkampf als Quelle des sozialen Fortschritts ersetzt durch nichtproletarische Mittel, im Einklang mit den zivilisatorischen Missionen von Nichtregierungsorganisationen, die direkt von imperialistischen Regierungen finanziert werden und politisch auf deren Prioritäten ausgerichtet sind.

Zweitens ist es *wahr*, dass die Unterdrückung der Frauen in neokolonialen Ländern noch schärfer ist und mit Religion

Frauen und Revolution



Touring Club Italiano/Getty



Getty

Imperialistische „Zivilisierungsmission“ damals und heute: Missionar bei Einsatz im kolonialen Basutoland, heute Lesotho (links); grüne Außenministerin Annalena Baerbock (mit Rose) besucht ein jesidisches Flüchtlingslager in Irakisch-Kurdistan, verpackt imperialistische Unterdrückung als „feministische Außenpolitik“, März 2023

und Tradition begründet wird. Doch wie bereits erwähnt, ist die imperialistische Ausplünderung der abhängigen Länder der Hauptgrund für deren Unterentwicklung und für das Fortbestehen der „Rückständigkeit“. Indem die Grundsatzerklärung darauf beharrt, dass die Frauenunterdrückung im Osten „tief verwurzelt in vorkapitalistischen ‚Traditionen‘“ sei, blendet sie deren materielle Grundlage aus und macht den Kampf für die Befreiung der Frauen zu einem ideologischen Kampf um Ideen und *nicht* zu einem Kampf um die sozialen Beziehungen und die materiellen Bedingungen, die sie hervorbringen. Das ist eine idealistische Perversion des Marxismus, die die Klassenlinie verschwinden lässt. Wie Lenin schrieb:

„Wir müssen die Religion bekämpfen. Das ist das A und O des *gesamten* Materialismus und folglich auch des Marxismus. Aber der Marxismus ist kein Materialismus, der beim A und O stehen geblieben ist. Der Marxismus geht weiter. Er sagt: Man muss *verstehen*, die Religion zu bekämpfen, dazu aber ist es notwendig, den Ursprung, den Glauben und Religion unter den Massen haben, *materialistisch* zu erklären. Den Kampf gegen die Religion darf man nicht auf abstrakt-ideologische Propaganda beschränken, darf ihn nicht auf eine solche Propaganda reduzieren, sondern er muss in Zusammenhang gebracht werden mit der konkreten Praxis der Klassenbewegung, die auf die Beseitigung der sozialen Wurzeln der Religion abzielt.“

– „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ (Mai 1909)

Liberal imperialistische Predigten nähren reaktionäre Kräfte, die unter der Vorspiegelung des Widerstands gegen den Imperialismus die Unterdrückten immer stärker an die „Tradition“ binden. So konterte der ehemalige südafrikanische Präsident Jacob Zuma den liberalen Widerstand gegen einen Gesetzesentwurf, der der Stammesführerschaft mehr Befugnisse einräumt: „Lasst uns afrikanische Probleme auf die afrikanische Weise lösen, und nicht auf die Art des weißen Mannes“ (zitiert in *Spartacist South Africa* Nr. 9, Winter 2013). Die breiten Massen in Südafrika lehnen verständlicherweise die liberale zivilisatorische Propaganda ihrer historischen Unterdrücker ab. Indem die IKL diese Propaganda widerspiegelte, ließ sie den Anspruch von Leuten wie Zuma unangefochten, sie seien Verteidiger der Nation.

Versteht man darüber hinaus die Sache so, dass es bei der Befreiung der Frau im Wesentlichen um den Kampf gegen Religion und Tradition gehe, spaltet man die Arbeiterklas-

se und die ländlichen Massen auf der Grundlage, wer die besseren oder schlechteren Ideen hat, anstatt sie im Kampf gegen den Imperialismus und seine Agenten zu vereinen – der einzige Weg, um die materielle Grundlage der vorkapitalistischen Überreste auszurotten. Um den Spaltungsmechanismus liberaler Predigten zu verstehen, können wir uns auf Lenins Bemerkungen zu Bismarcks Kampf gegen die deutsche katholische Partei beziehen:

„Durch diesen Kampf hat Bismarck den streitbaren Klerikalismus der Katholiken nur *gestärkt*, hat er der Sache der wirklichen Kultur nur Abbruch getan, denn statt *der politischen Scheidewände rückte er die religiösen Scheidewände in den Vordergrund* und lenkte so die Aufmerksamkeit gewisser Schichten der Arbeiterklasse und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des revolutionären und des Klassenkampfes auf einen ganz oberflächlichen und bürgerlich verlogenen Antiklerikalismus ab.“

– „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ (Zweite Hervorhebung von uns)

Die Anwendung der permanenten Revolution auf die Frauenbefreiung bedeutet nichts anderes, als gegen den Imperialismus und für die Hegemonie des kommunistischen Banners zu kämpfen, in Opposition zu den liberalen Feministen, den bürgerlichen Nationalisten und ihren verschiedenen linken Nachläufern. Unsere Aufgabe ist es, aufzuzeigen, dass all diese Kräfte den Kampf gegen den Imperialismus auf Schritt und Tritt unterminieren und behindern und damit die Entwürdigung der Frauen aufrechterhalten. Im Geiste von Trotzki's Brief an die südafrikanischen Revolutionäre („Anmerkungen zu den Thesenentwürfen der Südafrikanischen Arbeiterpartei“, 20. April 1935) besteht unser Programm für die Befreiung der Frauen in den abhängigen Ländern darauf:

- 1) Die nationale Frage und die Frauenfrage haben die gleiche Grundlage und erfordern daher einen Kampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger.
- 2) Beide Fragen können nur auf revolutionäre Weise gelöst werden, durch klassenkämpferische Methoden im Gegensatz zu liberalen Predigten, die die Reaktion fördern.
- 3) Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen muss zur Diktatur des Proletariats führen, unterstützt von den Bauernmassen. ■



Puerto Rico:

Für Unabhängigkeit und Sozialismus!

Dieser Artikel basiert auf einem Antrag der Genossin Maxine, der auf der Internationalen Konferenz angenommen wurde.

Von den Massenprotesten gegen das von den US-Imperialisten durchgesetzte PROMESA [Gesetz, das eine kolonialistische Finanzaufsicht kreierte] über den Kampf gegen die Privatisierung von Strom und Wasser bis hin zu den verheerenden Hurrikans, der Pandemie und dem Wiederaufflammen der Independentista-Bewegung: Die puerto-ricanischen Massen brauchen dringend eine kommunistische Führung, die mit einem antiimperialistischen Programm bewaffnet und dem Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus verpflichtet ist.

Im Programm der IKL seit 1993 wurde jedoch selbst der Kampf für die puerto-ricanische Unabhängigkeit abgelehnt. Die Begründung dafür wurde 1998 in einer Präsentation des Genossen Jim Robertson dargelegt:

„Weil wir rassistischen Chauvinismus auf dem Festland und Nationalismus auf der Insel bekämpfen wollen, treten wir entschieden für Unabhängigkeit ein, wobei uns aber bewusst ist,

San Juan, 25. Juli 2019: Puerto Ricaner feiern Rücktritt des US-Handlungers Rossello vom Gouverneursamt und fordern, er solle die PROMESA-Aufseher gleich mitnehmen

Garcia/Bloomberg

dass die Bevölkerung zutiefst ambivalent ist. Darum ist unsere zentrale Stoßrichtung das *Recht* auf Selbstbestimmung. Während unsere Position von hier [den USA] aus gesehen tatsächlich die Selbstbestimmung ist, sollte sie von Puerto Rico aus der Kampf für Arbeitermacht sein. Die siegreichen Arbeiter sollten die Entscheidung treffen, wie sie ihre proletarische Selbstbestimmung ausüben werden, je nach der jeweiligen aktuellen Situation auf der Welt und in der Karibik.“

– zitiert in „Der Kampf gegen die chauvinistische Hydra“, *Spartacist* (deutschsprachige Ausgabe) Nr. 31, Herbst 2017

Lasst uns eine Sache klarstellen. Die puerto-ricanische Arbeiterklasse und die unterdrückten Massen wollen Unabhängigkeit, aber sie wollen *nicht* verarmt sein. Das ist der

Fortgesetzt auf Seite 72

Malvinas/Falklands-Krieg: Der Hauptfeind war der Imperialismus



Versenkung der britischen HMS Sheffield durch argentinische Flugzeuge am 28. Mai 1982. Oben: Britische Premierministerin Margaret Thatcher. Unten: US-Präsident Ronald Reagan

Cleaver/AP; Fotos rechts: PA, Bettmann

Der nachfolgende Antrag, redigiert für die Veröffentlichung, wurde auf der VIII. Internationalen Konferenz der IKL angenommen.

Der Malvinas/Falklands-Krieg fand 1982 im Kontext einer imperialistischen Offensive der USA in ganz Lateinamerika statt. Als Reaktion auf die Verschärfung der imperialistischen Ausbeutung explodierten in den 1960er-Jahren die Kämpfe der argentinischen Arbeiterklasse. Die argentinische Bourgeoisie suchte nach verschiedenen Wegen, die Arbeiterklasse zu kontrollieren, und brachte sogar Juan Perón wieder an die Macht (für sie ging die Rechnung allerdings nicht auf). Schließlich griff sie 1976 auf eine Militärdiktatur zurück, die als integraler Bestandteil der US-geführten antikommunistischen Allianz und mit Hilfe der Imperialisten die kämpferische Arbeiterbewegung unterdrückte und neoliberale Reformen durchsetzte.

1982, als die Unzufriedenheit und die Arbeiterproteste anwuchsen, fiel die Junta unter General Galtieri in die von Britannien kontrollierten Falklandinseln ein und lenkte so den Kampf gegen ihre Herrschaft effektiv ab. Der Junta gelang es, sich an die Spitze der antiimperialistischen Stimmung zu stellen, die die Proteste in Bewegung gesetzt hatte. Gleichzeitig entsprach die Invasion den Interessen der argentinischen Bourgeoisie, die britische Präsenz in der Region zu verringern.

Beim Versuch, die Position des im Niedergang begriffenen britischen Imperialismus zu stützen, verstärkte Margaret Thatchers Regierung die Allianz mit den USA und schlug die Arbeiterbewegung nieder. Thatchers Regime wurde zur

Speerspitze der neoliberalen Reformen in Britannien und der Welt, zerstörte die britische Industrie und ordnete die Wirtschaft vollkommen der City of London, basierend auf Kapitalexport, unter. Für die britischen Imperialisten sollte der Krieg der Verteidigung ihres kolonialen Besitzes im Rahmen der Aufrechterhaltung ihrer Rolle als eine Plünderungsmacht dienen.

Der Sieg Argentiniens wäre im Interesse der Arbeiterklasse gewesen. In Argentinien wäre er ein Schritt in Richtung nationaler Befreiung gewesen und hätte das Joch des Weltimperialismus geschwächt. Darüber hinaus hätte ein Schlag gegen die Imperialisten, die die neoliberale Austerität vorantrieben, die Arbeiterklasse und den sozialen Kampf ermutigt, auch gegen die Junta, die diese Angriffe ausgeführt hat. Die Niederlage Britanniens hätte der Arbeiterklasse und den Unterdrückten die Möglichkeit eröffnet, Thatcher und den britischen Imperialismus zu stürzen. Die tatsächlich stattgefundenen Niederlage Argentiniens hat die Ausplünderung des Landes intensiviert und in Britannien die Thatcher-Regierung bei ihren Angriffen auf die Arbeiterklasse gestärkt.

Diese Konferenz lehnt unsere damalige reaktionäre Linie ab, die für die Niederlage beider Seiten war. In Bezug auf Argentinien argumentierten wir:

„Ein Sieg der argentinischen Junta in diesem Krieg wäre den Interessen der argentinischen Arbeitermassen **zuwiderge-**laufen und hätte die chauvinistischen Gefühle verstärkt, die

Fortgesetzt auf Seite 73

Puerto Rico...

(Fortsetzung von Seite 70)

Grund, warum die Massen der Boricua [aus Puerto Rico stammend] nicht für die Unabhängigkeit stimmen – nicht weil sie der Unabhängigkeit „ambivalent“ gegenüberstehen, sondern weil sie die nationalistische Forderung nach Unabhängigkeit unter dem Kapitalismus zu Recht als weitere wirtschaftliche Verelendung unter denselben Herren ansehen. Anstatt eine Antwort auf diese reale Furcht zu geben, haben wir sie als Vorwand genommen, um den Kampf für die Unabhängigkeit fallen zu lassen.

Kommunisten setzen sich für die Unabhängigkeit Puerto Ricos ein, weil es eine unterdrückte Kolonie ist und wir gegen die nationale Unterdrückung sind, und nicht, weil unser Ausgangspunkt ist, dass „wir rassischen Chauvinismus auf dem Festland und Nationalismus auf der Insel bekämpfen wollen“. In Bedingung 8 der „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ heißt es:

„In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe ‚ihrer‘ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.“

Das Internationale Konferenzdokument der IKL von 2017 korrigierte die Ablehnung der Unabhängigkeit Puerto Ricos in unserer Presse und behauptete, dass der Kampf für Unabhängigkeit eine treibende Kraft für die Revolution sei. Gleichzeitig wurde behauptet, die oben zitierte Formulierung

des Genossen Robertson „kodifiziert ... unsere antikonkoloniale Haltung von den USA aus ... und unsere Perspektive für permanente Revolution angewandt auf Puerto Rico“.

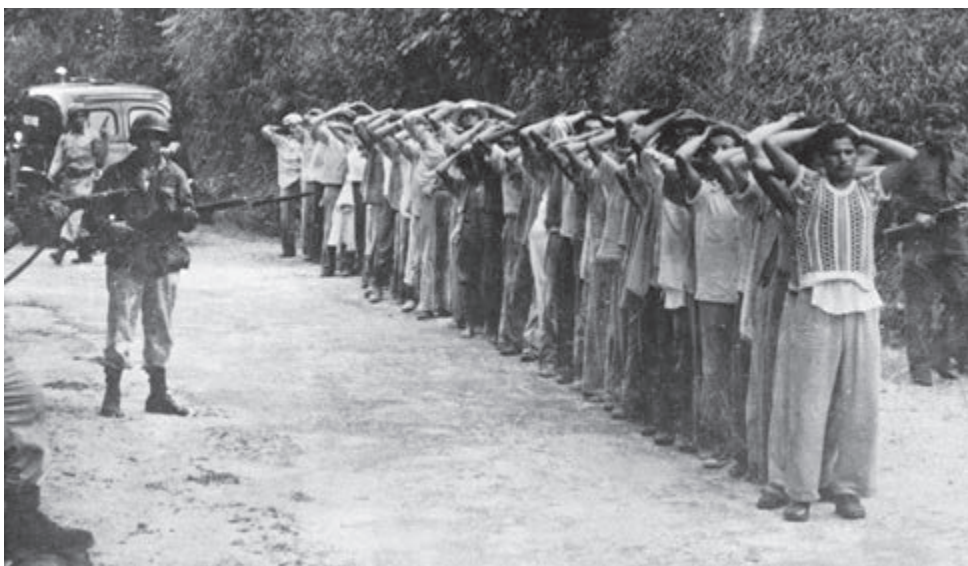
Dies war sowohl eine zentristische Vernebelung als auch eine Entstellung der permanenten Revolution. In Robertsons Präsentation heißt es zwar, dass wir „für Unabhängigkeit eintreten“. Es heißt aber nicht, dass wir für die Unabhängigkeit **kämpfen**. Ein Schlüsselargument von uns war, dass „wir als Leninisten nicht versuchen, ihnen [den Puerto Ricanern] unseren Standpunkt aufzuzwingen und darauf zu bestehen, dass sie sich lostrennen“, und daher „betonen wir das Recht auf Selbstbestimmung“. Damit wird fälschlicherweise die „Stimmung der Bevölkerung“ zur Grundlage für die Intervention in die puerto-ricanische Arbeiterbewegung gemacht und nicht der prinzipielle Widerstand gegen die imperialistische Unterdrückung.

Robertsons Bericht von 1998 ist keine Anwendung der permanenten Revolution. Er argumentiert, dass wir im Gegensatz zu den USA, wo wir auf Selbstbestimmung für Puerto Rico bestehen, auf der Insel selbst auf „Arbeitermacht“ bestehen sollten. Damit wird die demokratische Aufgabe entgegengestellt zur Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution, obwohl beide Kämpfe miteinander verflochten sind. Nur durch die Verknüpfung des Kampfes für die nationale Befreiung und des Kampfes für den Sozialismus lässt sich die permanente Revolution für Puerto Rico vorantreiben. Nur so lässt sich die imperialistische Erpressung durchbrechen, die mit noch größerer Verwüstung droht, sollte Puerto Rico die Unabhängigkeit erkämpfen. Im Gegenteil, die beiden Kämpfe zu trennen verrät die nationalen Bestrebungen der Massen, verzichtet auf den antiimperialistischen Kampf und überlässt die Führung der Unabhängigkeitsbewegung den Nationalisten.

Der Kampf für die Unabhängigkeit ist eine treibende Kraft für die Revolution in Puerto Rico und ein potenzieller Funke für die Revolution in der gesamten Region. Der revolutionäre Sturz des US-Imperialismus erfordert den gemeinsamen Kampf zwischen dem amerikanischen Proletariat und den puerto-ricanischen Massen, der sich auf die ganze

Karibik ausdehnt. Heißt das, dass wir das Proletariat der Insel auffordern sollten, passiv auf die Revolution in den USA zu warten? Nein. Der Kampf für die nationale Befreiung kann und muss in eine sozialistische Revolution übergehen und ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Auf dieser Grundlage kämpfen wir für permanente Revolution in Boriquén und für eine sozialistische Föderation der Karibik.

Anstatt das Argument für die revolutionäre Einheit auf der Grundlage des Kampfes zum Sturz des US-Imperialismus vorzubringen, trat die IKL für eine Einheit auf der Grundlage des liberalen Internationalismus ein und behauptete



AP

Puerto-ricanische Unabhängigkeitskämpfer 1950, gefangen genommen von der Nationalgarde der Imperialisten

tete, die Hauptaufgabe der amerikanischen Arbeiter bestehe darin, „den rassistischen Chauvinismus auf dem Festland“ zu bekämpfen. Die Avantgarde des Proletariats wird die Arbeiterklasse nicht durch moralische Predigten vereinen, sondern dadurch, dass sie die Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus führt. Sie muss zeigen, wie der Kampf des amerikanischen Proletariats für seine eigene Verteidigung der eine Teil des Kampfes ist und der Kampf der puerto-ricanischen Massen zusammen mit den übrigen Völkern Lateinamerikas für ihre Befreiung der andere Teil ist. Nach und nach im Verlauf dieser beiden Kämpfe werden

diese Arbeiter erkennen, dass zwischen ihnen ein objektives Bündnis besteht, das auf der Beendigung der imperialistischen Tyrannei der USA beruht. Wie Trotzki schrieb:

„Diese Union wird sich natürlich als umso wirksamer und fruchtbarer erweisen, je früher und besser die **Avantgarde** des amerikanischen Proletariats – im Norden, im Zentrum und im Süden – die Notwendigkeit der engsten revolutionären Zusammenarbeit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind verstehen wird. Diese Verbindung aufzudecken, zu erklären und zu organisieren – darin besteht auch eine der wichtigsten Aufgaben der IV. Internationale.“

– „Unwissenheit ist kein Werkzeug der Revolution“ (1939) ■

Malvinas/Falklands...

(Fortsetzung von Seite 71)

Galtieri geschürt und manipuliert hatte, um einen wachsenden Klassenkampf zu entschärfen.“

– „Britain and Argentina: Between some Rocks and Losing Face“ [Zwischen ein paar Felsen und Gesichtsverlust], *Workers Hammer* Nr. 220, Herbst 2012

Indem wir die zentrale Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes leugneten, konnte unsere Linie nur den Einfluss der Nationalisten stärken, anstatt die Illusionen in sie zu zerstören. Indem wir die Notwendigkeit ablehnten, dem antiimperialistischen Kampf eine revolutionäre Führung zu geben, haben wir ihn in den Händen der Nationalisten gelassen, die ihn zwangsläufig verrieten. Man gewinnt die Massen für sich gegen den Nationalismus dadurch, dass man um die Führung des nationalen Kampfes ringt.

Der erfolgreiche Kampf gegen den Imperialismus erfordert eine kommunistische Führung. In diesem Krieg hätte einzig und allein ein Bündnis der argentinischen und briti-

schen Arbeiter den britischen Imperialismus stürzen können, im Kampf gegen ihren gemeinsamen Feind, den Imperialismus. Der Nationalismus ist ein Hindernis in diesem Kampf, weil er die internationale Arbeiterklasse spaltet. Die nationale Bourgeoisie beschränkt den Kampf gegen den Imperialismus auf ihre eigenen Ziele und Methoden, die das Privateigentum nicht grundlegend bedrohen, und lehnt Maßnahmen ab, die dem Imperialismus die schwersten Schläge versetzen würden. Argentinien hätte sich nicht einfach dadurch befreit, dass es Britannien von den Inseln vertrieben hätte. Seine Befreiung erfordert die Streichung der imperialistischen Schulden, die Rücknahme der Privatisierungen, die Beendigung der Austerität usw.

Alles, was die Lage des Proletariats im Kampf verbessert, treibt die nationale Bourgeoisie hin zu den Imperialisten, da das Proletariat eine Bedrohung für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie darstellt. Die Kämpfe für die nationale und soziale Befreiung können nur gemeinsam vorwärts kommen. Die entscheidende Frage in diesem Krieg war, den antiimperialistischen Kampf als Hebel einzusetzen, um die sozialistische Revolution international vorwärtszutreiben. ■

SPARTACIST

ORGAN DES REVOLUTIONÄREN MARXISMUS



UN PROGRAMME POUR LA IV^e INTERNATIONALE



UN PROGRAMA PARA LA IV INTERNACIONAL



A PROGRAM FOR THE FOURTH INTERNATIONAL



Krieg in der Ukraine
Dreht die Gewehre!

Griechenland
Nationale Befreiung! Für Arbeiterregierung!

Verteidigt China!
Für politische Revolution!



Erscheint auf Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch und ist in allen Abonnements der IKL-Presses in diesen Sprachen enthalten.

icl-fi.org

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

icl-fi.org • spartacist@spartacist.org • X @SpartacistICL • Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA

Spartacist League of Australia

asp@exemail.com.au • (03) 9329 0275
 @X @Aust_Spartacist
 Spartacist ANZ Publishing Co.
 PO Box 967, North Melbourne Vic 3051, Australien

Australasian
SPARTACIST 

A\$5 / 3 issues • International rate: A\$7

Spartacist League/Britain

workershammer@btconnect.com • 020 7281 5504
 @X @WorkersHammer
 Spartacist Publications
 PO Box 42886, London N19 5WY, England

WORKERS HAMMER 

£5 / 4 issues
 Europe outside Britain and Ireland £7 • Other countries £9

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

spartakist@online.de • (0 30) 4 43 94 00
 @X @spartakist_IKL
 SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Deutschland

SPARTAKIST 

Abo (3 Ausgaben): 3 € • Auslandsabo: 6 €

Ligue trotskyste de France

lfp@paris@hotmail.fr • 01 42 08 01 49
 @X @leBolchevik_LTF
 Le Bolchévik, BP 135-10
 75463 Paris Cedex 10, Frankreich

LE BOLCHEVIK 

4 numéros : 4 € • Hors de France : 6 €
 Chèques à l'ordre de : Société d'édition 3L

Τροτσκιστική Ομάδα της Ελλάδας Trotskistische Gruppe Griechenlands

spartacist@hotmail.com • 693 069 4112
 @X @toe_icl
 T.Θ. 8274, T.K. 10210, Αθήνα, Ελλάδα
 Box 8274, Athen 10210, Griechenland

Ο ΜΠΟΛΣΕΒΙΚΟΣ 

Συνδρομή 3 € / 4 τεύχη

Lega trotskista d'Italia

red_sp@tin.it • 02 9163 7755
 Spartaco, Ufficio Milano Cordusio
 Casella postale 430, 20123 Milano (MI), Italien

SPARTACO 

Abbonamento a 4 numeri: € 5
 Europa: € 6 • Paesi extraeuropei: € 8

Grupo Espartaquista de México

elantiimperialista@protonmail.com
 @X @GEM_LCI • f GEM.LCI
 Escribe sólo: Ángel Briseño, Apdo. Postal 006
 Admón. Postal 13, CP 03501, Ciudad de México, Mexico

EL ANTIIMPERIALISTA 

México: Méx. \$40 / 4 números
 América Latina: Méx. \$80 • Otros países: US\$6 o 6 €

Ligue trotskyste au Québec et au Canada/ Trotskyist League in Quebec and Canada

republique.ouvriere@gmail.com
 tl.workertribune@gmail.com
 (514) 728-7578 • f République ouvrière • X @Rep_Ouvriere
 Les Éditions collectives, C.P. 583 Succ. Place d'Armes
 Montréal QC H2Y 3H8, Kanada

RÉPUBLIQUE OUVRIÈRE

3 numéros : 5 \$Cdn • Prix international : 10 \$Cdn

WORKERS TRIBUNE

3 issues: Cdn\$5 • International price: Cdn\$10
 Chèques à l'ordre de / Pay to: Les Éditions collectives

Spartacist/South Africa

spartacist_sa@yahoo.com • Voicemail: 088-130-1035
 f AmaBolsheviki Amnyama • X @AmaBolsheviki
 Spartacist, P.O. Box 61574
 Marshalltown, Johannesburg 2107, Südafrika

AMABOLSHEVIKI AMNYAMA 

R10 / 4 issues • International rate: R20

Spartacist League/U.S.

vanguard@tiac.net • (212) 732-7860
 X @WorkersVanguard
 Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

WORKERS VANGUARD

US\$5 / 10 issues • International: US\$15 / 10 issues

Zur Verteidigung der permanenten Revolution



**Für kommunistische Führung des
antiimperialistischen Kampfes!**

WAS IST DIE PERMANENTE REVOLUTION?

Das folgende Dokument wurde von der VIII. Internationalen Konferenz der IKL angenommen.

Die Epoche des Imperialismus ist gekennzeichnet durch die Aufteilung der Welt in eine große Zahl von unterdrückten Ländern und eine Handvoll wirtschaftlich und militärisch dominierender Unterdrückerländer. Die gegenwärtige Weltlage ist durch die Hegemonie des US-Imperialismus gekennzeichnet, der im Bündnis mit den anderen imperialistischen Mächten (Deutschland, Britannien, Frankreich, Japan) die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung durch den Export von Finanzkapital unterjocht. Die nackte und offene Ausplünderung der Kolonien in den alten Zeiten der Kolonialreiche ist der Ausplünderung von Ländern ge-

wichen, die zwar formal unabhängig, in Wirklichkeit aber Neokolonien oder abhängige Staaten sind, die durch die Großmächte mit wirtschaftlicher und militärischer Erpressung in Knechtschaft gehalten werden.

In den meisten Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas kontrollieren und diktieren die Imperialisten, und nicht die nationale Bourgeoisie, jeden Aspekt des wirtschaftlichen und politischen Lebens und behindern und verhindern so die wirtschaftliche, nationale und kulturelle

Fortgesetzt auf Seite 45

Fotos: Joe/AFP; unten: Basil Blackwell, Inc.

Südafrikanischer Bergarbeiterstreik in Marikana, 2014. Unten: Bolschewistischer Führer Leo Trotzki, der das Programm der permanenten Revolution entwickelte, spricht 1920 vor Soldaten der Roten Armee